Stand: 11.07.2025 22:29:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19067

"Situation in den Kliniken verbessern - Bundeswehr-Rettungszentrum einsetzen und Rückkehrprämie zahlen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19067 vom 23.11.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19079 vom 23.11.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 23.11.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.11.2021 **Drucksache** 18/**19067**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw, Roland Magerl, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Situation in den Kliniken verbessern – Bundeswehr-Rettungszentrum einsetzen und Rückkehrprämie zahlen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Zuge der Amtshilfe nach Art. 35 Grundgesetz (GG) die Bundeswehr zu bitten, ihr Rettungszentrum inklusive aller möglichen Intensivkapazitäten in Bayern aufzubauen und so mitzuhelfen, die angespannte Kliniksituation zu entlasten. Der Einsatz ist bis 31. März 2022 zu befristen.
2. allen Pflege- und vorrangig Intensivpflegekräften, die im vergangenen Jahr aus dem Beruf ausschieden oder ihre Arbeitszeit auf 50 Prozent oder weniger verringert haben, eine einmalige Prämie von 1.500 Euro (steuer- und sozialversicherungsfrei) zu zahlen, wenn sie sich verpflichten, bis 30. April 2022 mit einem Arbeitsanteil von mindestens 85 Prozent wieder tätig zu werden.
3. allen anderen Pflege- und Intensivpflegekräften in bayerischen Kliniken, die COVID-19-Patienten behandeln, eine einmalige Prämie von 1.500 Euro (steuer- und sozialversicherungsfrei) zu zahlen.
4. nachhaltig dafür zu sorgen, dass wieder Intensivkapazitäten aufgebaut werden, sodass der „Bettenbestand“ von vor Beginn der Pandemie erreicht wird.

Begründung:

Die Staatsregierung ist derzeit dabei, Grundrechte wieder einzuschränken und Maßnahmen zu ergreifen, die die Freiheit der bayerischen Bürger beschränken. Grund ist die angespannte Situation in bayerischen Kliniken. Diese entstand zum einen durch hohe Infektionszahlen, aber auch dadurch, dass Pflegepersonal fehlt und somit Intensivbetten nicht betrieben werden können. Damit die angespannte Situation im Gesundheitswesen entspannt wird, sind erst in diesem Bereich Maßnahmen zu ergreifen, bevor die Freiheit der Bürger wieder beschnitten wird und auch die Wirtschaft wieder Schaden nimmt.

Art. 35 GG ermöglicht es, Kräfte der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe bei Katastrophenfällen einzusetzen. Im Freistaat wurde am 11. November 2021 erneut der Katastrophenfall festgestellt. Dies gibt der Staatsregierung die Möglichkeit, die Bundeswehr um Hilfe zu bitten. Bisher geschah dies vor allem im Bereich des Rettungsdienstes oder bei der Kontaktnachverfolgung in den Gesundheitsämtern. Die Bundeswehr verfügt jedoch über ein modernes mobiles Rettungszentrum, welches die Leistungsfähigkeit eines Kreiskrankenhauses hat und binnen 72 Stunden in Betrieb gehen kann. Nachdem die Krankenhausampel auf Rot steht und Intensivkapazitäten knapp werden, wäre es geboten, die Bundeswehr zu bitten, das mobile Rettungszentrum zentral in Bayern

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

aufzustellen und so für die Zeit des Katastrophenfalls mit den Kapazitäten eines Kreiskrankenhauses zu unterstützen. Anbieten würde sich hier die Gäuboden-Kaserne, da diese ohnehin das Sanitätslehrregiment beheimatet und relativ zentral im Freistaat liegt. Zudem wäre die Bitte dahingehend zu erweitern, dass die Bundeswehr, sofern logistisch möglich, noch weitere Intensivkapazitäten an dieses Rettungszentrum anbaut. Die Staatsregierung ist gefordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, um ein Überhitzen der Kliniken und eine drohende Triage zu verhindern. Deshalb ist diese Komponente der Bundeswehr schnellstmöglich anzufordern. Der Einsatz ist bis 31. März 2022 zu befristen. Gleichzeitig hat die Staatsregierung zu eruieren, wieso zahlreiche Intensivkapazitäten seit Beginn der Pandemie abgebaut wurden und unverzüglich dem entgegenzuwirken. So soll schnellstmöglich wieder die Intensivkapazität erreicht werden, die vor der Pandemie vorhanden war.

Zudem sind Mittel zu ergreifen, um Pflegekräfte zu reaktivieren, vor allem diejenigen, die den Beruf kürzlich aufgegeben oder massiv ihren Arbeitsanteil reduziert haben. Diesen Pflegekräften ist eine einmalige Prämie von 1.500 Euro zu zahlen, wenn sie sofort wieder in den Beruf einsteigen bzw. ihren Arbeitsanteil wieder auf mindestens 85 Prozent erhöhen. Der Einsatz muss dabei bis mindestens 30. April 2022 in Kliniken erfolgen, die COVID-19-Patienten versorgen.

Um auch die bestehenden Pflegekräfte weiterhin zu motivieren und für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken, ist allen Pflegekräften in Kliniken, die COVID-19-Patienten behandeln, eine Prämie von 1.500 Euro zu zahlen.

Die Maßnahmen sind unverzüglich und unbürokratisch umzusetzen, um die Situation schnellstmöglich zu entspannen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 23.11.2021 **Drucksache** 18/**19079**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw, Roland Magerl, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**19067**

Situation in den Kliniken verbessern – Bundeswehr-Rettungszentrum einsetzen und Rückkehrprämie zahlen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Katharina Schulze
Abg. Thomas Kreuzer
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Markus Plenk
Abg. Uli Henkel
Abg. Christian Klingen
Abg. Florian Streibl
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Florian von Brunn
Abg. Klaus Holetschek
Abg. Martin Hagen
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Andreas Krahl
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Ralf Stadler

Präsidentin Ilse Aigner: Deshalb rufe ich **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten

zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Ilse Aigner, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Coronapandemie: Feststellung der Epidemischen Notlage in Bayern, entschlossener Kampf gegen die vierte Welle (Drs. 18/19065)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Klinikkollaps ist da: Jetzt um Amtshilfe der Bundeswehr ersuchen! (Drs. 18/19066)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Situation in den Kliniken verbessern - Bundeswehr-Rettungszentrum einsetzen und Rückkehrprämie zahlen (Drs. 18/19067)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Dramatische Coronasituation in Bayern: Impfungen entschieden vorantreiben - Soziale Teilhabe von Kindern sicherstellen - Bayerische Wirtschaftshilfen auflegen (Drs. 18/19068)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. (FDP)
Corona entschlossen bekämpfen - Instrumente des IfSG ausschöpfen
(Drs. 18/19069)

Jetzt hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder das Wort.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Wir stehen wieder vor einem Corona-Drama. Erneut wird unser Land von Corona gebeutelt und erschüttert. Wir haben bislang drei Wellen erfolgreich gemeistert; jetzt geht es leider in die nächste Runde. Die vierte Welle ist heimtückischer, weil die Delta-Mutation aggressiver und deutlich gefährlicher in der Ansteckung ist. Die vierte Welle hat eine Infektionslage, die ungefähr viermal so hoch ist wie bei der dritten. Das Ergebnis ist: Die Inzidenzen sind massiv gestiegen, und die Intensivbetten laufen voll.

Die Inzidenz in Bayern ist heute sage und schreibe 644. Wir sind damit aber nicht die Spitzenreiter, sondern liegen in Deutschland auf Platz drei. Deutschlandweit ist der Schnitt bei 400. Es zieht sich durch das ganze Land. Niemand sollte sich täuschen: Es zieht sich wie bei allen Wellen von Süd nach Nord und von Ost nach West. Alle, die sich heute sicher wähnen, haben morgen vielleicht nicht die gleichen, aber doch ähnliche Zahlen.

Auch bei uns steigen die Zahlen weiter an. Allerdings hat sich der Anstieg am dritten Tag in Folge etwas abgeflacht. Dies ist zwar kein Anlass zur Hoffnung; aber man muss es wahrnehmen. Vor allen Dingen ist es kein Anlass zur Entwarnung.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, zu handeln, zu entscheiden und unser bayerisches Corona-Paket vorzulegen. Ich kann es nur in aller Deutlichkeit sagen: Wir müssen vor den Herausforderungen der Zeit bestehen. Ich danke jetzt schon unserer Koalition, die sofort, ohne Verzug, gehandelt hat. Ein herzliches Dankeschön! Wir beweisen auch in der Not, dass wir als Staat handlungsfähig sind, und das ist das Entscheidende in einer solchen Situation.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die vierte Welle ist anders als die Wellen eins bis drei. Sie ist heimtückischer, nicht nur von der Mutation her, sondern auch deswegen, weil nicht alle gleich betroffen sind. In den Wellen eins bis drei gab es keinen Impfstoff. Jeder von uns teilte quasi das gleiche Schicksal. Dies ist nicht mehr so. Wenn man sich die Inzidenzen genau anschaut, stellt man fest – je nach Tagesverlauf, aber im Schnitt –: Bei Ungeimpften liegt die Inzidenz über 1.000, bei Geimpften über 100. Das heißt, es ist absolut korrekt zu sagen: Es handelt sich um eine Pandemie der Ungeimpften, meine Damen und Herren.

Die Inzidenz steigt überall, und die Betten laufen voll. Noch vor fünf Wochen schien alles stabil zu sein, auch nach der Krankenhausampel. Ab Oktober war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, und ab November ging es steil nach oben; innerhalb von zwei Wochen hat sich die Belegung verdoppelt.

Auf den Intensivstationen liegen leider zu 90 % ungeimpfte Patienten. Die Lage dort ist echt dramatisch. Obwohl Bayern mit das beste Gesundheitssystem Deutschlands und sogar der Welt hat, droht dort eine komplette Überlastung. Wir haben mit dem K-Fall, dem Katastrophenfall, die Möglichkeit geschaffen, schnell zu verlegen und alle freien Betten in Bayern zu nutzen. Aber auch das wird nicht ausreichen. Wir mussten das Kleeblattsystem aktivieren. Denn: Wir verzeichnen nicht nur eine zunehmende Konkurrenz der COVID-Patienten untereinander; es entsteht eine völlig neue Konkurrenzsituation. Betroffen sind nicht nur – geimpfte oder ungeimpfte – COVID-Patienten, sondern auch all die anderen Patienten, die geimpft sind und normal ins Krankenhaus

müssen, etwa wegen einer Krebs-OP, wegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen, eines Unfalls oder einer Transplantation.

Folgende Erkenntnis ist ganz entscheidend: Hier geht es nicht nur um Corona, sondern um die gesamte Gesundheitssituation bei uns. Die medizinische Versorgung kann sich, wenn wir nicht aufpassen, in kürzester Zeit für alle verschlechtern. Deswegen braucht es Solidarität; diese ist wichtig.

Ich sage es so offen, wie es ist: Viele Geimpfte, aber auch Ärzte und Pflegekräfte sind zunehmend genervt und erschöpft von manchen Diskussionen, die wir im Land führen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zwei Beispiele: In der "Süddeutschen Zeitung" vom 6. November 2021 berichtet eine Intensivpflegerin aus Ebersberg:

> Die aktuelle Situation auf der Intensiv ist schauderhaft. […] Deshalb ist der Ärger bei uns Pflegekräften und in der Ärzteschaft groß über die vielen Ungeimpften …

Eine Krankenschwester sagte bei "welt-online" noch Ende September – ein Bericht –:

> Als der Patient

– ein ungeimpfter –

> sich erholte, habe er ihr gesagt, dass ja alles nicht so schlimm gewesen sei. Und dass er sich in einer "Diktatur von Coronajüngern" auch weiterhin an keine Schutzmaßnahmen halten werde.

Was sagte die Krankenschwester dann – wieder zitiert –?

> Könnt ihr verstehen, dass ich echt keinen Bock mehr habe?

Ja, ich kann es bei einer solchen Aussage verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum sind die Zahlen in Bayern hoch? Ist Bayern damit übrigens allein? Manch einer in der politischen Debatte der letzten Tage erweckte den Eindruck, nur Bayern wäre von Corona betroffen.

Alle Nachbarn um uns herum haben erhebliche, hohe Inzidenzen und Probleme: Sachsen und Thüringen – Grenzländer –, auch Baden-Württemberg, und ganz besonders, wie so oft, unsere Partner in Österreich und Tschechien mit sehr, sehr hohen Inzidenzen.

Was ist der Hauptgrund, warum wir in der dritten und im Übergang zur vierten Welle schlechter dastehen?Nun seien wir, bitte, ehrlich: Es ist Realität, dass die Impfquote in Bayern leider niedriger als im Norden Deutschlands ist. Wir können direkt nachvollziehen: Wo die Impfquote am niedrigsten ist, ist die Infektion am höchsten. Diesen Trend zwischen Norddeutschland und Süddeutschland kann man übrigens auch in Bayern sehen: Im Norden liegt die Impfquote höher, im Süden niedriger. Der insgesamt beste Bezirk ist Mittelfranken mit 70 %, der Regierungsbezirk Schwaben hat knapp über 60 %, und die Altbayern liegen alle hinter den Franken, was das Impfen betrifft.

Dies ist kein historisch singuläres Ereignis, sondern leider traditionell. Bayern hat – das können wir beklagen; ich bedaure das auch – regelmäßig geringere Impfquoten als andere, wie zum Beispiel bei Influenza, Masern, Windpocken, Hepatitis, Mumps und Ähnlichem mehr. Wir haben leider niedrigere Impfquoten. Das ist aber kein bayerisches Phänomen, sondern wir können es in Süddeutschland insgesamt beobachten, auch in Baden-Württemberg und anderswo. Wir erleben es ganz besonders im gesamten Alpenraum: in Österreich, in der Schweiz und in Südtirol. Eine Zeitung titelte jüngst: Der ganze Alpenraum hat ein Impfproblem. – Dies ist kein Vorwurf, sondern nur eine Beschreibung unserer Realität.

Es ist also keineswegs so, dass nicht jeder Landrat und jeder Oberbürgermeister in der Region versucht hätte, Impfangebote zu machen. Die Realität sah, bitte schön, so

aus: Hätten wir das Impftempo von Juni und Juli beibehalten, wären wir im Oktober bei denjenigen über zwölf Jahren durch gewesen. Aus unterschiedlichen Gründen ist es aber ab Juli und August kaum mehr zum Impfen gekommen, was leider einer der Punkte ist. Auch das sei gesagt: Auch viele aus dem politischen Umfeld haben den Eindruck erweckt, es brauche kein Impfen mehr, Corona sei vorbei, und man könne das Ganze sein lassen. Auch das ist die Realität in dieser Situation.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Impfskepsis hat eine lange Tradition; es ist nicht nur die AfD, die in dieser Tradition steht. 1807 hat Bayern als erstes Land eine Pflicht zur Impfung gegen Pocken eingeführt. Gegen die Pockenimpfung gab es heftigen Widerstand: Es gab eine Zeitschrift der Impfgegner, in der die große Sorge geäußert wurde, den Menschen könnten von dem Kuhpockenimpfstoff tatsächlich Kuhohren wachsen.

(Zuruf)

Später gab es Petitionen an den Reichstag mit folgendem Inhalt: Impfungen seien nutzlos und Lug und Trug. Sie richteten entsetzliche Verheerungen im Organismus an und verunreinigten das Blut. – Wenn ich das von damals lese, erinnere ich mich an manchen Antrag und manche Aussage der AfD von heute.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Impfgegner von damals finden sich heute bei manchen Querdenkern oder Reichsbürgern. Dabei ist Impfskepsis nicht allein das Problem. Selbstverständlich ist Nachfragen richtig, und Aufklärung tut not. Bei uns kommt aber noch mehr dazu: Es gibt auch in anderen Bereichen große Skepsis, gerade in Bayern und im Alpenraum, insbesondere bei den Esoterikern, die einen anderen Ansatz verfolgen wie zum Beispiel eine gewisse Skepsis gegenüber der Wissenschaft. Auch dies ist im Süden und in den Alpen stärker verbreitet als woanders.

In der Schweiz zum Beispiel gibt es den großen Esoterikstar Christina von Dreien, die empfiehlt, eine frühmorgendliche Meditation sei der beste Schutz gegen Corona. In Österreich empfiehlt eine Gruppe Energetiker die Heilzahl 537354; durch das regelmäßige Anbringen und Schreiben an alle möglichen Wände sei man bestens vor Corona geschützt. Die These, dass ein Entwurmungsmittel für Pferde optimal gegen Corona helfen soll, konnten Sie in den letzten Tagen hören, sodass die Pferde leiden, weil das Mittel nicht zur Verfügung steht, die Infektionen aber trotzdem steigen.

Das klingt auf den ersten Blick lustig, ist aber im Endeffekt im wahrsten Sinne des Wortes todernst. Deswegen müssen wir alle daran arbeiten, nicht nur die Impflogistik aufrechtzuerhalten, sondern vor allen Dingen die Impfbereitschaft zu fördern, die Menschen mit vernünftigen Argumenten davon zu überzeugen, dass es ohne Impfen auf Dauer keine Freiheit gibt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Impfquote ist das eine, Impfdurchbrüche sind das andere. Noch vor Wochen lag die Impfdurchbruchquote bei 0,2 % aller Geimpften. Jetzt sind es zwar immer noch nur 0,5 % aller Geimpften, was eigentlich nicht viel ist, aber der Wert liegt eben mehr als doppelt so hoch. Auch das gehört dazu: Viele Menschen gehen nicht mehr so richtig mit bei der Corona-Sorgfalt. Viele sind ermüdet, gestresst und genervt – und das verstehe ich auch. Viele sind aber auch sorglos: Städte sind voll, und Masken werden oft nicht von allen und wenn, dann manchmal nicht richtig, getragen.

Viele nehmen Corona einfach nicht mehr ernst und hatten gehofft, es möge an uns vorbeiziehen. Manche verhalten sich leider auch bewusst unsolidarisch. Viele besorgte Bürger berichten, dass zum Beispiel bei der Anwendung der 3G-Regel nicht in jeder Gastronomie sofort nach Test oder Ausweis gefragt wird. Im Fernsehen hat jüngst ein Gastronom – Gott sei Dank nicht aus Bayern – gesagt, 3G bedeute für ihn: gebraut, gezapft und getrunken.

Es gibt auch kriminelle Energie. Manch einer sieht darin einen Volkssport, aber das Fälschen von Impfausweisen oder Testnachweisen ist im Endeffekt extrem unsolidarisch. Ich bin dankbar, dass alle endlich zu härteren Strafen bereit sind, denn wer Impfausweise fälscht, wer Testnachweise kopiert und herumschickt, zeigt letztlich keine Solidarität mit anderen. So etwas kann man nicht akzeptieren.

(Beifall)

All das schwächt uns im Kampf gegen das Virus. Seien wir untereinander bitte ehrlich: Wir haben doch die schwierige Situation, dass die meisten eigentlich solidarisch sind. Wir müssen jetzt vor allem zum Schutz der Ungeimpften Maßnahmen ergreifen, die das eigentlich gar nicht wollen. Das ist die Schwierigkeit, vor der wir stehen. Ich weiß, dass das die Gesellschaft spaltet, aber das liegt auch daran, dass wir seit Monaten in erster Linie über die Sorgen und Gefühle der Ungeimpften reden, dass wir jeden Tag über Freedom Days reden, jedoch viel zu wenig an die Solidarität appellieren. Ich will ein Beispiel geben, ohne Vorwürfe zu erheben: Der Bundestagsvizepräsident Herr Kubicki sagt im "SPIEGEL", Impfen sei quasi Privatsache; denn es gehe nur um den Schutz für sich selbst.

(Zuruf)

Das ist der falsche Freiheitsbegriff. Es geht auch um die Freiheit wozu und nicht nur wovon. Impfen schützt doch nicht nur den Einzelnen selbst, sondern auch alle anderen; das ist doch der Grundunterschied bei Corona. Es gibt noch keine gesetzliche Impfpflicht, aber es gibt doch eine moralische Impfpflicht. Ich finde, wir brauchen mehr Idealisten im Land statt Ichlinge; das ist doch entscheidend.

(Lebhafter Beifall)

Viele fragen und kritisieren; sie stellen die Frage zu Recht: Hätten wir nicht viel eher handeln müssen, vielleicht schon im Sommer? – Dass eine vierte Welle droht, hatten viele befürchtet – auch ich –, aber die Dynamik und die Geschwindigkeit haben viele

nicht gesehen – ich auch nicht. Seien wir bitte auch da gegenseitig offen: Was wäre gewesen, wenn wir vor drei oder vier Wochen wie heute diskutiert hätten? Was hätten uns die Menschen gesagt und geantwortet?

(Zuruf)

Ich habe bereits im August auf der Ministerpräsidentenkonferenz ein frühzeitiges Einsetzen von 2G gefordert. Ich kann mich nur erinnern, dass es massivste Kritik an mir und an allen gab. Ich gebe zu: Dass die Dynamik so stark ist, habe ich wie viele andere auch so nicht eingeschätzt, auch nicht unser Klaus Holetschek, der großartige Arbeit leistet, wenn ich das sagen darf.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben die Dynamik, auch die Impfdurchbrüche, so nicht vorhergesehen. Aber da sind wir auch nicht allein. Der von mir sehr bewunderte Prof. Drosten sagte am 19.08. zum Thema Boostern, für einen Großteil sei wohl keine Auffrischung notwendig. Klaus Reinhardt, Chef der Bundesärztekammer, sagte etwas Ähnliches noch vor drei Wochen, nämlich dass es dafür gar keine Evidenz gebe. Frau Prof. Protzer, eine wirklich kluge, umsichtige Virologin, sagte am 18.10.: "Ich glaube nicht, dass es wieder so heftig wird wie im letzten Jahr." Und am 08.11 sagte sie: "Wir sind schon überrascht worden, wie schnell es geht." Gleiches ergänzte Prof. Keppler am 14. November: "Diese große Welle haben wir so in der Vehemenz nicht kommen sehen." – Dies ist weder ein Vorwurf noch eine Ausrede. Aber es hilft bei einer fairen, gemeinsamen Einordnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayern ist und bleibt im Team Vorsicht. Wir haben Clubs und Discos als Letzte geöffnet, und ich kann mich erinnern, dass viele massiv gedrängt haben, das doch eher zu tun. Wir haben mit als Erste verschärft, mit 2G und 3G, und haben jetzt zusammen mit Sachsen fast die strengsten Regeln in Deutschland. Aber die ganze Zeit der letzten Wochen gab es dafür nicht Unterstützung, sondern nur massive Kritik.

Herr Hagen, Herr Kubicki sagte noch im August, 2G sei hochgradig rechtswidrig und spalte die Gesellschaft. Ich freue mich, dass diese Regelung jetzt unterstützt wird. Sie, Herr Hagen, Herr Föst oder Herr Spitzer sahen das ähnlich. Herr Spitzer beispielsweise sagte am 03.11.: "Kein Mensch darf in Bayern durch eine Corona-Regel benachteiligt werden." Die FDP fand schon den Einsatz der Masken in der Schule überzogen.

Sie, Herr Hagen, Herr Föst und Herr Buschmann, haben zum Beispiel immer gesagt: Die epidemische Notlage muss beendet werden. Wir brauchen einen Freedom Day. Herr Föst und Herr Buschmann haben am 19.10. und 28.10. in fester Überzeugung gesagt, es drohten keine Überlastungen des Gesundheitssystems. – Ich kann nur eines sagen: Es ist nicht schlimm, aber bitte geben Sie zu, dass auch Sie sich an der Stelle geirrt haben.

Deswegen finde ich: Wenn wir alle bei solchen Diskussionen, die wir haben, endlich zueinander etwas ehrlicher sind und uns auf die Zukunft konzentrieren, kommen wir besser durch die Pandemie als in den letzten Wochen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Und die GRÜNEN? – Liebe Frau Schulze, Herr Hartmann, wir haben in den letzten anderthalb Jahren eng zusammengearbeitet – nicht in allen Punkten, aber von der Grundeinschätzung her –, aber auch bei Ihnen habe ich nicht verstanden – das ist jetzt nicht persönlich –, warum die GRÜNEN schon im August im Bundestag gegen die Verlängerung der epidemischen Notlage gestimmt haben. Die epidemische Notlage wurde von vielen zu einem wirklichen Mantra erhoben, zu einem Kampfbegriff definiert. Dabei wissen wir alle, dass diese epidemische Notlage nichts anderes als die Basis für alle Entscheidungen ist.

Wer sieht, wie jetzt, in den letzten Tagen oder Wochen, Infektionen nach oben gegangen sind, und wer dann trotzdem sagt, wir schaffen den Rechtszustand der Notlage ab

und ersetzen sie durch nichts Wirkliches, dem kann ich nur sagen: Sie haben sich dann schon ein Stück weit aus dem Team Vorsicht verabschiedet.

Auch das gehört dazu: Ich habe kein Problem damit, wenn neue Regierungen gebildet werden. Aber Regieren heißt, nicht nur das zu tun, was man will, sondern das zu tun, was notwendig ist. Das ist jetzt in dieser Situation ganz besonders deutlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was tun wir jetzt? Was ist rechtlich überhaupt möglich? – Das fragen viele, auch die Experten, nicht nur Mediziner und Journalisten.

Wir haben nicht panisch, sondern mit Vernunft, aber ohne Verzug gemeinsam agiert. Die Basis aller Maßnahmen ist natürlich das neue Gesetz, das Bundesinfektionsschutzgesetz. Auch das noch mal zur Einordnung und zum Verständnis für die Bürgerinnen und Bürger: Nach dem ersten Entwurf, den die neue Mehrheit auf den Weg gebracht hat – positiv ist: Sie hat sich bemüht und einen neuen Entwurf auf den Weg gebracht, das ist anzuerkennen –, war eine Geltung alten Rechtes nicht mehr möglich. Das heißt, alle Maßnahmen, die wir gerne unter Lockdown subsumieren, haben keinen Sinn gemacht. Wir hätten es für fünf oder sieben Tage machen können, aber das hätte eine fatale Wirkung gehabt: Erstens hätte es nichts gegen Corona bewirkt. Zweitens hätte es, wenn wir für sieben Tage eine Maßnahme einführen und dann wieder abschaffen, bei den Bürgern den Eindruck hinterlassen: Der Staat, egal, wer da regiert, weiß überhaupt nicht, was getan wird.

Deswegen waren wir der Meinung, dass der erste Entwurf Lücken hatte und nachgebessert werden muss. In der Tat war das nicht nur die Meinung von Bayern, sondern das haben viele Bundesländer massiv eingefordert. Übrigens standen da gerade die grünen Gesundheitsminister Seit an Seit und wollten Dinge verbessern.

Ich habe auch nicht ganz verstanden – das sage ich ganz offen –, warum man das Gesetz erst verabschiedet und dann bewusst die MPK mit den Ministerpräsidenten

der Länder danach einberuft, weil es uns eigentlich in der Pandemie, so anstrengend es auch sein mag, in der gesamten Zeit geholfen hat, dass wir erst geredet und dann endgültig entschieden haben.

(Unruhe)

Sei es, wie es wolle. Es gab Zugeständnisse.

(Anhaltende Unruhe)

– Hören Sie zu! Hören Sie zu, Sie sind in den Dingen nicht ganz so drin.

Danach gab es Veränderungen, und zwar war die Hauptveränderung, dass nach dem alten Recht getroffene Maßnahmen – und das war erst letzte Woche klar – letztmalig bis 15.12. verlängert werden können. Danach ist Schluss, unabhängig davon, wie die Infektionslage ist. So ist der Rechtsstaat.

In diesem Gesetz fehlt unserer Ansicht nach vieles: ein ausreichender Schutz für Krankenhäuser, und insbesondere das gesamte Thema Pflege wird ausgeblendet. Wir brauchen dringend schnelle Unterstützung für die Pflege, beispielsweise einen steuerfreien Bonus. Ich glaube auch, dass es stimmt, dass man das viele Jahre vorher schon hätte deutlicher machen können. Wir brauchen eine grundlegende Reform der Pflege. Das stimmt, das fehlt auch alles.

Wir wundern uns auch, warum gerade die GRÜNEN bereit sind, in diesem neuen Gesetz lieber die Kultur als die Gastro zu schließen. So ist die Kaskade. Aber all diese Fragen müssen woanders diskutiert werden, nicht bei uns. Deswegen haben wir gesagt, dass wir im Bundesrat zustimmen. Eine Blockade wäre eine Katastrophe gewesen; besser ein Gesetz, von dem man nicht ganz begeistert ist, als gar keines. Meine feste Überzeugung ist: Dieses Gesetz bleibt nicht so, wie es jetzt beschlossen wurde. Ich bin gespannt, wann und wie es geändert wird.

Jedenfalls ist dieses Gesetz die Basis. Wir haben dann eben am Freitag gehandelt. Ich danke dem Koalitionspartner sehr für die zügige und auch sehr konstruktive gemeinsame Behandlung. Wir haben drei Prüfungsmaßstäbe aufgesetzt: Prüfungsmaßstab eins: Was ist nach neuem Recht erlaubt? Prüfungsmaßstab zwei: Was gibt das alte Recht her?

Aber, und das ist jetzt das Entscheidende, auch drittens: Wir haben von den Verfassungsrechtlern und auch von den obersten Verwaltungsrechtlern in den letzten Monaten eine Vorgabe bekommen, was wir aus Welle eins und drei zu lernen haben. Insbesondere besteht ein Unterschied beim Schutz und den Rechten der Geimpften. Die gleichen Einschränkungen wie bei Welle eins bis drei sind gegenüber Geimpften nicht so einfach darstellbar. Denn es ist einfach so: Geimpfte müssen ihre Freiheitsrechte wahren. Eine einfache Einschränkung kann es so nicht geben. Deswegen ist wichtig, dass das, was wir vorschlagen, angemessen, verhältnismäßig, differenziert und zielgerichtet ist.

Daher kann nicht einfach alles zugesperrt werden, aber umgekehrt kann man auch nicht alles laufen lassen. Wir haben ein Stufenkonzept mit regional abgestimmten Elementen vorgelegt. Der Leitsatz ist: Bremsen, blocken und boostern.

Zunächst einmal stellen wir die epidemische Lage fest. Ich glaube zwar auch, dass in Deutschland bei einer Inzidenz von 400 eine epidemische Lage besteht, aber egal. Wir stellen sie jetzt für Bayern fest. Das ist die Grundlage.

Zweitens. Wir machen einen Lockdown, aber einen Lockdown für Ungeimpfte. Anders hat es keinen Sinn. Es tut mir leid, aber es ist die einzige Möglichkeit, die wir haben. Das heißt, Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte, 2G fast überall, ergänzt durch 3G am Arbeitsplatz, was wir ja schon hatten, und 3G im ÖPNV. Wir müssen leider Discos, Clubs und Bars schließen und bei der Gastro die Sperrstunde um 22 Uhr machen, weil wir die Kontakte runterfahren wollen. Gerade bei Discos und Clubs haben wir leider

durch die Luca-App vermittelt bekommen, dass hier höhere Infektionen sind und die Verbreitung leider stärker ist.

Neben 2G nutzen wir auch massiv 2G plus. Man kann die Frage stellen: Machen wir denn nicht lieber auch Kultur, Freizeit- und Sportveranstaltungen landesweit komplett zu? Die Frage darf man stellen. – Wir haben uns auch wegen der Verhältnismäßigkeit und der Rechte der Geimpften dafür entschieden, 2G zuzulassen, aber mit der besonderen Situation "plus". Das heißt, es kommt jetzt darauf an, für einen höheren Schutz zu sorgen, weil die Impfdurchbrüche eben zu mehr Infektionen geführt haben. Deswegen haben wir 2G plus. Das Plus steht für Maske, Schnelltest und die Obergrenze der Kapazitäten von 25 %.

2G und 2G plus müssen – und das ist jetzt zwingend – massiv kontrolliert werden. Ich sage Ihnen ehrlich, ich bedaure es sehr, dass das in anderen Ländern der Welt, in Europa, offensichtlich besser funktioniert: in Frankreich und in Italien. Ich hoffe und wünsche mir sehr, dass jetzt alle, auch Veranstalter und Betreiber sowie alle, bei denen 2G und 2G plus für den Zugang gelten, das gut kontrollieren und auch selber kontrollieren. Aber wir werden es trotzdem machen, auch mit größerem Einsatz der Polizei, und ich sage auch sehr deutlich: mit deutlichen Strafen. Denn, meine Damen und Herren, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist leider notwendig.Wer sich nicht solidarisch verhält, muss damit rechnen, dass man einen Betrieb schließt. Das ist einfach eine Frage der Fairness, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir bitten auch um Verständnis, dass die Weihnachtsmärkte landesweit abgesagt wurden. Einzelne Kommunen hatten sie bereits abgesagt, aber jetzt ist das in Bayern einheitlich geregelt, nachdem der Ruf und der Wunsch kamen, das einheitlich zu machen. Die Absage fiel keinem von uns leicht, vor allem weil die Weihnachtsmärkte bereits im letzten Jahr abgesagt wurden. Ich wäre gern über den Christkindlesmarkt in Nürnberg gegangen, und ich weiß auch, dass die Absage der Weihnachtsmärkte ins-

besondere die Schausteller und alle, die im Umfeld solcher Märkte arbeiten, sehr hart trifft.

In den nächsten drei, vier Wochen bis Weihnachten ist es aber aus unserer Sicht in der Abwägung nicht vertretbar, dass diese Märkte stattfinden; denn dort kommt es einfach massiv zu Kontakten. Seien wir doch bitte ehrlich: Dort ist eine Abgrenzung von 2G oder 2G plus kaum realistisch und in der Praxis auch nicht umsetzbar. Darüber hinaus ist die Wirkung von Glühwein für die Pandemiebekämpfung nicht gerade förderlich, wenn ich das einmal so sagen darf.

(Unruhe)

Die Absage ist daher besser.

Natürlich braucht es aber einen Ausgleich. Ich habe den Wirtschaftsminister, wie bei einem Runden Tisch mit den Schaustellern kommuniziert, daher gebeten, dass die Überbrückungshilfe III angewendet wird. Der Bund hat uns mitgeteilt, dass bei dieser Hilfe möglicherweise noch eine Nachbesserung erfolgt; darauf hoffen wir sehr. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Besitzer von Clubs, Discos, Bars; für sie braucht es ebenfalls einen Ausgleich.

Selbstverständlich war die Absage eine schwere Entscheidung. Ich sage Ihnen aber auch sehr offen, meine Damen und Herren: Es diskutieren immer noch viele über Schlupflöcher und über Ausnahmen. Das ist jetzt aber nicht die Zeit, um immer nur die Ausnahme und das Schlupfloch zu suchen oder nach dem Haar in der Suppe zu fahnden, sondern wir brauchen jetzt einen größeren flächenmäßigen Ansatz, um dieser Pandemie Herr zu werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dies gilt besonders für die Regionen, in denen das Pandemiegeschehen in kürzester Zeit fast außer Kontrolle geraten ist. Auch hier gibt es übrigens keinen Vorwurf. Ich hatte mit vielen Landräten und Oberbürgermeistern aus den Regionen Schaltkonfe-

renzen, und jeder von ihnen gibt sich, genauso wie unsere Gesundheitsbehörden, unglaublich viel Mühe. Ich finde das Verhalten einiger unfair: Mich anzugreifen ist okay. Schützen wir aber bitte auch diejenigen, die in der Pandemie an der Front stehen und gefordert sind, all das zu erledigen, und die kaum hinterherkommen, Kontakte zu ermitteln und Fragen zu beantworten. Alle diejenigen werden von einigen in der politischen Debatte an den Pranger gestellt. Wir sollten sie jedoch schützen und ihnen den Rücken stärken.

Deswegen und gerade weil es aus diesen Regionen kam, ist es wichtig, in diesen Regionen eine harte Notbremse für die Geimpften und für die Ungeimpften zu ziehen. Das betrifft die Regionen und Landkreise mit einer Inzidenz von über 1.000; in Bayern sind das im Moment zehn. Wir müssen so handeln, um die Welle zu brechen, um Kontakte zu reduzieren und um die Krankenhäuser Stück für Stück zu entlasten. Die harte Notbremse ist im Prinzip das 2G und das 2G plus – was woanders erlaubt ist, ist an der Stelle nicht erlaubt. Das ist bis zum 15.12.2021 befristet, und es gibt, egal ob nach altem und nach neuem Recht, keine Verlängerungsoption.

Wir haben in dem gesamten Konzept mit 2G, 2G plus und der harten Notbremse Ausnahmen für drei Bereiche definiert.

Die erste Ausnahme gilt für Kinder und Jugendliche, nicht nur bei den Übergängen, wo wir das heute noch einmal so gesteuert haben, dass das Impfen vernünftig möglich ist, sondern insbesondere im Bereich Schule und Kita. Es ist eine spannende Frage: In einigen Ländern wird bereits wieder diskutiert, die Schulen zu schließen und Präsenzpflichten aufzuheben.

Wir glauben, dass die Inzidenz dort ohne Frage eine Herausforderung ist. Allerdings wissen wir, dass die Schließung der Schulen für die Kinder und Jugendlichen wieder weitreichende Konsequenzen hat. Außerdem wollen wir aus den anderen Pandemiewellen lernen und nicht einfach wieder zuerst bei den Kindern und Jugendlichen ansetzen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Des Weiteren testen wir mehr. Wo es geht, rollen wir Tests aus, und zwar neben den Schnelltests auch zunehmend die Pool-Testungen. Darüber hinaus sagen wir, dass das Tragen der Maske zentral ist. Als wir vor einigen Wochen das Tragen der Maske wieder etabliert haben, hatten einige große Bedenken geäußert und Kritik geübt. Ich denke jedoch, dass das eine richtige Entscheidung war.

Die Schulen und Kitas bleiben, wenn es geht, offen, und wir versuchen an der Stelle, das Infektionsgeschehen einzugrenzen. Ich glaube auch, dass es besser ist, wenn die Schule täglich stattfindet und getestet wird, als wenn am Nachmittag möglicherweise andere Aktivitäten ohne jeden Test und ohne das Tragen einer Maske stattfinden.

Der zweite Bereich sind die Alten- und Pflegeheime. Wir haben mit als Erste in Deutschland, weil Klaus Holetschek das bereits früh angeordnet hat – vielen Dank für die vielen Vorschläge, die auch aus den Reihen des Hauses gekommen sind –, die Testpflicht für Besucher und Mitarbeiter auf "täglich" ausgeweitet. Das läuft, und wir werden uns das weiter sehr genau ansehen. Allerdings wollen wir kein generelles Betretungs- und Besuchsverbot mehr festlegen, weil wir bei der Abwägung der Schutzgüter festgestellt haben, dass die Untersagung von Besuch zu erheblichen psychischen Belastungen führt und Familien zerreißt. Für uns als Familienland sind in dieser angespannten Situation ein maximaler Schutz, aber auch Respekt und Rücksicht gegenüber den Schwächsten sowie der Erhalt der Familienbande wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der dritte Punkt – auch darüber kann man trefflich streiten – ist der Bereich des Handels. Einige fordern, den Handel ganz zu schließen. Ich halte es für schwierig, wenn man Ungeimpften nicht einmal mehr die Möglichkeit geben kann, sich das tägliche Brot zu erwerben bzw. zu kaufen. Für einen Staat ist das nicht akzeptabel.

(Zuruf)

Andere sprechen sich dafür aus, nur wieder die Supermärkte offenzuhalten. Das kann man überlegen. Allerdings sage ich Ihnen auch ganz ehrlich: Wir haben das zweimal gemacht, und im Ergebnis gab es meistens erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten "groß/klein" oder Quadratmeterzahl hin oder her. Seien wir also bitte auch da im Rückblick wahrheitstreu. Wie war es denn? Am Ende war es so, dass die Sortimente des Einzelhandels alle in den Supermärkten abgebildet wurden und sich die Einzelhändler gefragt haben: Was ist das für eine Entscheidung? Wir sind bereit mitzumachen, und wir haben Schutzmaßnahmen. Wenn dann aber die anderen das Geschäft machen und dort der Andrang ist, dann macht das keinen Sinn.

Deswegen haben wir uns entschieden, an der Stelle mit einer Einschränkung der Quadratmeterzahlen und mit dem Tragen der Maske zu arbeiten. Wir glauben, dass die Verweildauer in den Geschäften ohnehin generell geringer ist – da liegt der Schwerpunkt auf anderem –, und wir wollen die Versorgung der bayerischen Bevölkerung dauerhaft gewährleisten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zusammengefasst kann man festhalten: Fast überall in Bayern 2G und 2G plus, ein Lockdown für Ungeimpfte und in den Hotspots ein Lockdown für alle. Die Schulen, die Kitas und der Handel mit entsprechenden Schutzmaßnahmen sind die Ausnahme.

"Bremsen, blocken, und boostern" ist eine der großen Fragen, die uns alle beschäftigt. Auf diesen Bereichen liegt auch in den Anträgen – ich habe sie bereits gelesen – ein großer Schwerpunkt.

Wir müssen weiter massiv impfen, und zwar sowohl im Hinblick auf die Erst- und die Zweitimpfung als auch auf die Auffrischungsimpfungen; denn beides ist notwendig. Das Positive ist, dass nicht nur beim Boostern, sondern auch bei den Erst- und Zweitimpfungen ein Anstieg zu verzeichnen ist. Nach dem Bericht des Gesundheitsministe-

riums und des LGL haben wir hier in der letzten Woche einen sehr, sehr guten Wert erzielt, wir hatten in Deutschland mit die meisten Neuimpfungen. Wir werden sehen, ob das so bleibt. Dafür ist beim Impfen ein maximaler Einsatz nötig.

Das Gesundheitsministerium hat die Alten- und Pflegeheime bereits Mitte August angeschrieben und zur Drittimpfung aufgefordert. Viele haben das Angebot wahrgenommen, leider nicht alle. Warum hat denn auch manches bei der Drittimpfung so lange gedauert? – Zunächst standen nicht die Kapazitäten zur Diskussion, sondern es war unklar, ob man das überhaupt machen soll.

Die STIKO hat Mitte Oktober noch empfohlen, ausschließlich nach sechs Monaten statt nach fünf Monaten und vor allen Dingen nur die Über-Siebzigjährigen zu impfen. Meine Damen und Herren, das ist doch die Schwierigkeit bei dieser gesamten Situation. Ich bin dankbar, dass die STIKO ihre Empfehlung verändert hat, aber die Wahrheit ist: Meistens hinken die Empfehlungen der Lage deutlich hinterher. Hätten wir bei den Schülern nach unserer Empfehlung eher begonnen, wären wir weiter. Hätten wir beim Boostern eher eine Empfehlung gehabt, hätten wir auch mehr machen können. Ich bin sehr gespannt, was passiert, wenn der Impfstoff für die Über-Fünfjährigen zugelassen ist.

Ich wünsche mir nur eines, und das gilt übrigens auch für die Zulassung von Medikamenten, wo ich darum bitte, dass wir progressiver sind: Deutschland wartet ewig, bis etwas entschieden wird, und dann hinken wir der Lage immer hinterher. Wir müssen schauen, dass wir wie andere vor die Welle kommen und ihr nicht immer hinterherlaufen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Ich bin übrigens für jeden Vorschlag dankbar, wie wir das verbessern können. Eine Impfkampagne – wie und in welcher Richtung – auf Bundesebene, auf Landesebene oder möglicherweise auch mithilfe des Landtags: sehr gerne, das ist kein Problem.

(Zuruf)

Ich bin auch dankbar für Vorschläge. – Lieber Ludwig Hartmann, liebe Katharina Schulze, Sie haben uns empfohlen, alle Ungeimpften entweder noch einmal anzuschreiben oder anzurufen. – Das gibt unser Datenschutz leider nicht her. Deswegen würde es uns mehr helfen, wenn Sie das in Berlin als neuer Ampelpartner ändern würden.

(Zurufe)

Wir können die Landräte zu nichts auffordern, was wir nicht dürfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist kein Vorwurf. Ich wäre dankbar.

(Zurufe)

– Ja, Regieren wird noch schwer werden; Sie werden das erleben. Regieren heißt manchmal auch leiden. Sie werden das erleben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fragen Sie die FREIEN WÄHLER. Einige von ihnen können das manchmal mit Genuss erzählen.

(Heiterkeit)

Wir haben uns am letzten Freitag noch einmal mit allen Impfpartnern zusammengesetzt. Sie haben ja alle recht. Das Tempo muss beschleunigt werden. Sie haben alle recht, dass das schneller gehen muss und auch zeitnahe Termine möglich sein müssen. Wir haben das mit allen Impfpartnern gemacht. Ich will noch eines dazu sagen: Wir in Bayern haben keine Impfzentren abgebaut, wie es übrigens auch Ärzte gefordert haben und wie es viele Bundesländer gemacht haben. Wir haben die Impfzentren im Standby-Modus gehalten, weil keiner zum Impfen gekommen ist. Es hat keinen

Sinn, etwas aufrechtzuerhalten, wenn keiner kommt. Jetzt müssen sie hochgefahren werden. Dabei waren einige Kommunen schnell, andere haben etwas gebraucht; wir haben sie dabei unterstützt, sodass schon jetzt alle mit maximaler Kraft impfen können.

(Unruhe)

Auch Ärzte sollen mit höherem Tempo und voller Auslastung impfen können. Wichtig ist auch, dass nicht nur Haus-, sondern auch Fach- und Betriebsärzte impfen. Wir appellieren noch einmal an den Bund, zu ermöglichen, dass auch andere Ärzte wie Zahnärzte oder auch Apotheken an dieser Stelle impfen dürfen. Wir sind sehr dafür; das ist jetzt wichtig. Das geht nach Bundesrecht nicht; das wäre aber eine kleine Möglichkeit, wie man auf Bundesebene für schnelleres Impfen sorgen könnte. Das ist kein Vorwurf, sondern ein Angebot und ein Wunsch. Wenn das gemacht wird, könnten die Apotheken ab nächster Woche impfen. Das wäre ein zusätzliches Angebot, mehr Geschwindigkeit beim Boostern zu bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie gleich sagen werden, dass auch der Bund aktuell schwierige Signale setzt. Die Signale vom Wochenende haben leider wieder viel verwirrt und auch die Bürger unsicher zurückgelassen.

(Unruhe)

Moderna und BioNTech sind zwei super Impfstoffe und beide sehr gut geeignet. Meine Damen und Herren, wir sollten in der Kommunikation alles unterlassen, was uns in dieser Situation schwächt, verunsichert und die Menschen eher ratlos zurücklässt. Das ist ein Appell an jeden Einzelnen von uns.

(Unruhe)

Zur Impfpflicht: Zwischen Bund und Ländern wird jetzt diskutiert, ob eine Impfpflicht Sinn hat und ob man sie nur für einzelne Berufsgruppen festgelegt. Als Erstes wird über die Pflege geredet. Meine Damen und Herren, das ist sehr viel guter Diskussionsstoff. Am Ende wird das aber nicht reichen; da bin ich mir mit meinem Kollegen Winfried Kretschmann einig. Ich weiß, dass wir das noch ausführlich diskutieren müssen und es am Ende vielleicht auch eine Gewissensentscheidung ohne Fraktionszwang sein kann.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass ein bisschen Impfpflicht nicht reichen wird. Erstens ist das ungerecht gegenüber einzelnen Gruppen. Wir sind uns auch nicht ganz sicher, ob das mehr Einsatz in der Pflege oder das Gegenteil bringt. Zweitens. Lassen Sie uns vorausschauend denken! Was schafft auf Dauer mehr Freiheit und Entlastung? Was schafft auf Dauer mehr Sicherheit? Das ist heute meine 13. Regierungserklärung zu Corona. Ich befürchte, dass wir im nächsten Jahr die 14. oder 15. Regierungserklärung zu Corona haben und wieder an der gleichen Stelle stehen werden; denn eines ist doch klar: Wir kommen immer wieder auf denselben Punkt zurück, wenn sich nicht deutlich mehr Menschen impfen lassen und wir keine größere Impfbereitschaft haben – in einigen Ländern wie in Spanien und Portugal funktioniert das, mittlerweile sogar in Brasilien. Das wird eine Endlosschleife. Und jährlich grüßt das Corona-Murmeltier. Am Ende gibt es immer die gleiche Botschaft: Corona oder Impfen? Wir müssen davon ausgehen, dass die Mutationen nicht verschwinden oder milder werden, sondern eher aggressiver werden. 2G wird auf Dauer zu 1G, aber nicht getestet, sondern geimpft; denn jeder Genesene kann sich ein halbes Jahr später wieder mit Corona anstecken.

Meine Damen und Herren, deswegen sollten wir den Kopf nicht in den Sand stecken und das Thema nicht erneut vertagen; wir müssen es diskutieren. Österreich macht das. Auch wir sollten das tun. Der Bayerische Ethikrat hat schon letzte Woche gesagt, er halte das zwar für eine schwierige Entscheidung, aber möglicherweise könnte eine allgemeine Impfpflicht vertretbar sein. Wir haben das in der Diskussion von bayeri-

scher Seite einmal vorgeschlagen; viele haben das unterstützt. Ich danke dafür. Natürlich muss man das noch diskutieren, aber ich sage Ihnen eines: Ich spüre das. Natürlich gibt es eine Spaltung der Gesellschaft; das steht außer Frage. Ich glaube, dass eine Impfpflicht dazu führt – wie es immer bei solchen Diskussionen war; auch in Deutschland gab es schon Impfpflichten –, dass man am Ende eher zusammenkommt, weil es einmal entschieden ist und nicht in Endlosschleife mit absurden Argumenten diskutiert wird. Nicht alle Impfskeptischen sind unerreichbar, meine Damen und Herren. Wir müssen uns Mühe geben, sie zu erreichen. Manchmal bedeuten aber manche Argumente – wahrscheinlich stellt gerade deswegen jemand den Strom ab – eine falsche Entscheidung.

(Unruhe)

Ich werbe dafür: Lassen Sie uns in Deutschland endlich eine Impfpflicht einführen. Wir müssen eine Entscheidung für die Zukunft unseres Landes treffen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein letzter Appell an alle Hardcore-Impfgegner: Ist Impfen etwas Gutes? – Ja! Ich teile die Auffassung des Bundespräsidenten, der fragt, was denn noch passieren müsse, um zu überzeugen, dass Impfen sinnvoll ist. Impfen hilft. Impfen schützt Leben. Das Sterberisiko Ungeimpfter ist bei Corona siebenmal höher als das Geimpfter. Alle 25 Minuten stirbt in Bayern jemand an Corona. Weltweit gibt es mittlerweile 5 Millionen Corona-Tote. Wenn wir für jeden Corona-Toten Deutschlands eine Schweigeminute abhalten würden, bräuchten wir dafür ungefähr 10 Wochen. Das ist doch real. Das ist doch nicht absurd. Das sind keine Fake News.

Neben dem Sterberisiko ist doch auch die Langzeitwirkung von COVID, nämlich Long COVID, eine schwere Belastung für den Einzelnen und ganze Familien. Ungeimpfte leiden deutlich häufiger an Long COVID als Geimpfte; denn bei Geimpften ist der Verlauf milder und – das ist ganz wichtig – die Ansteckungsgefahr für andere deutlich geringer, weil die Viruslast geringer ist. Meistens gibt es Impfdurchbrüche bei Men-

schen, die schon vorher eine schwere Erkrankung hatten. Bei Ungeimpften können im Durchschnitt sieben bis acht Menschen angesteckt werden.

Meine Damen und Herren, sind die Impfstoffe sicher? – Wahrscheinlich sind das die am besten überprüften Impfstoffe, die es je gegeben hat. Eine solche Datenlage mit Millionen weltweiten Impfungen hat es noch nie gegeben. Die Fakten liegen auf dem Tisch, was Impfreaktionen und minimalste Nebenwirkungen betrifft.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, vor allem gibt es keine Langzeitwirkungen. Ich bin wirklich jedem dankbar, der sich impfen lässt. Ich bin wirklich jedem dankbar. Zum Argument, eine Impfung sei nicht sinnvoll, weil man sie auffrischen müsse, sage ich: Bei Tetanus, bei Polio, bei Hepatitis, bei Diphtherie und vielen anderen Erkrankungen ist es normal, sich regelmäßig impfen zu lassen. Ich kann nur eines sagen, an jeden Einzelnen appellieren und fast schon flehentlich bitten: Wenn man für sich und für seine Gemeinschaft etwas Gutes tun will, dann gibt es nur eine Chance: sich noch impfen zu lassen. Impfen lohnt sich immer. Es ist nie zu spät. Ich bin dankbar, dass diesem Beispiel alle aus dem Kabinett gefolgt sind; das sage ich ausdrücklich. Das ist richtig. Ich bin froh darüber. Ich wünsche mir, dass auch Profifußballspieler endlich diesen Schritt gehen, auch im Interesse der Fans, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sollte endlich passieren.

(Beifall)

Alle Hardcore-Skeptiker sollten einmal Leute erleben, die auf der Intensivstation waren und sich eines Besseren haben belehren lassen. Ich habe letztens von einem Rapper gelesen, der auf der Intensivstation lag und Folgendes sagte: Das war die schlechteste Entscheidung meines Lebens. Ich habe mich nicht impfen lassen, weil ich mir nicht sicher war. Sein Appell war: Lasst euch bitte impfen! – Mehr kann man dazu nicht sagen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie verzeihen mir die Länge dieser Regierungserklärung. Sie ist zwar etwas länger geworden, aber sie ist nötig und der Situation angemessen, weil wir nicht nur verkünden, was wir entscheiden, sondern auch erklären, warum wir so entscheiden. Wir müssen diese Entscheidungen auch einordnen. Diese vierte Welle war in ihrer Dimension für mich überraschend. Sie war aber vorherzusehen, weil wir wussten, dass niedrige Impfquoten eine solche Welle wahrscheinlicher machen.

Viele Menschen im Land haben den Ernst der Lage noch nicht vollumfänglich verstanden und angenommen. Der eine sagt: So schlimm kann das doch gar nicht sein, wir leben doch weiter. – Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen eines noch einmal klarmachen: Wir haben die Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, sorgfältig abgewogen. Wir haben über alle Eingriffe nachgedacht, sie für nötig befunden und sie auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft. Ich weiß, dass uns die Situation alle beschwert, auch mich. Jetzt wird es wieder etliche geben, die schimpfen. Den einen sind die Maßnahmen zu viel, den anderen sind sie zu wenig. Es gibt auch eine große Zahl derer, die es sowieso immer besser wissen. Das ist okay. Dann werden Fehleranalysen gemacht. Ja, es gibt Fehler. Jeder, der arbeitet und ein Mensch ist, macht Fehler. Aber alle arbeiten auch am Anschlag, und zwar seit langer Zeit. Auch in einer Zeit, in der viele das Thema Corona gar nicht mehr auf dem Schirm haben, waren viele mit diesem Thema beschäftigt.

Der Staat hat Corona übrigens nicht erfunden, keiner von uns. Wir müssen aber Corona bekämpfen. Wir alle hatten die große Hoffnung, dass wir keine neuen Maßnahmen mehr brauchen. Wir dachten, wenn die Menschheit es schafft, innerhalb eines Jahres wirksame Impfstoffe zu finden, dann muss doch jeder froh und glücklich darüber sein, dass eine solche Entwicklung möglich ist. Ich hätte nicht gedacht, dass in einer solchen Notlage wie der Corona-Pandemie, in einer solchen Lage, in der wir durch un-

heimlich viele Einschränkungen beschwert waren, über die viel gestritten wurde, so viel Widerstand entsteht, obwohl es eine gute Lösung gibt, nämlich das Impfen.

Wer sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen kann, dem gehört mein Respekt. Er verdient unseren Schutz und unsere Anerkennung. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Argumente, die bis heute ins Feld geführt werden, und die Radikalität und Vehemenz von einigen, die diese Argumente vortragen, ist nicht zu akzeptieren. Wir müssen uns mehr engagieren, um diese Argumente zu zerstreuen!

(Beifall bei der CSU)

Corona zermürbt alle. Es zermürbt unser Land. Corona ist die Bürde unserer Zeit. Es ist die schlimmste Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Auch wenn mancher fast schon aufgegeben hat, wir bleiben am Ball, solange es dauert. Wir werden vor dieser Herausforderung nicht versagen. Mein Appell: Ich bitte alle mitzumachen! Die Gesellschaft ist gespalten. Lassen Sie uns als Politik diese Spaltung nicht ständig zusätzlich vertiefen. Lassen Sie uns versuchen, wie bei den Wellen zuvor eine gemeinsame Entschlossenheit zu zeigen. Bei manchen habe ich hier keine Hoffnung, aber bei vielen anderen will ich dafür werben.

Nehmen Sie mich beim Wort: Keine Partei, außer einer ganz bestimmten, wird auf Dauer Erfolg haben, wenn sie versucht, beim Thema Corona gegen eine andere Partei einen schnellen Punkt zu machen. Corona ist eine Aufgabe aller Regierungen, ob in Berlin oder in München. Wir alle stehen gleichermaßen im Wort. Deswegen: Lassen Sie uns unterhaken! Lassen Sie uns mitmachen! Lassen Sie uns denen danken, die helfen: den Medizinern, den Pflegekräften, den Gesundheitsämtern und allen Behörden, unseren Landräten und Oberbürgermeistern, die es wirklich nicht einfach haben! Lassen Sie uns den Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen und den Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas, aber auch den Schülern und Jugendlichen danken, all denen, die betroffen sind und sich in dieser schwierigen Situation Mühe geben und sich engagieren!

Liebe Bürgerinnen und Bürger, natürlich werden wir diese vierte Welle überwinden. Davon bin ich fest überzeugt. Wir lassen dabei auch niemanden zurück, auch nicht diejenigen, die uns beschimpfen oder skeptisch sind. Auch diese Menschen sind uns anvertraut. Das ist der Amtseid, den wir leisten: Bayern zu schützen und Schaden vom Land abzuwenden. Jeder von uns würde sich wünschen, dass über andere Themen gesprochen werden kann. Jeder von uns hat sein Programm, seine Philosophie und ein Thema, über das er gern reden und entscheiden möchte. Jeder von uns in Bayern ist freiheitsliebend. Die Bayern sind freiheitsliebend, vielleicht mehr als andere. Wir möchten gern unsere Ideen und Philosophien ausleben. Wir lassen uns ungern von jemandem etwas vorschreiben. Das alles ist wahr.

Manchmal überlegt man sich im Stillen, ob es nicht besser gewesen wäre, vor zwanzig Jahren statt jetzt in einer bestimmten Funktion zu sein. Ich würde auch manchmal gerne mit Ihnen über andere Themen diskutieren und leidenschaftlich streiten. Aber es hilft nichts. Wir stehen an diesem Punkt der bayerischen Geschichte in der Verantwortung, und wir müssen diese Verantwortung schultern. Ich sage Ihnen aus persönlicher Überzeugung: Wir werden das auch tun. Wir werden weiterhin das Land und die Menschen, egal welchen Alters und welcher Einstellung, schützen. Wir werden Fürsorge betreiben und das tun, was am Ende notwendig ist, um für unser Land die Entscheidungen zu treffen. Mir wäre es am liebsten, wir tun das mit so vielen wie möglich und auf breiter Front.

Deshalb noch einmal mein Appell am heutigen Tag: Lassen Sie uns mit dieser Debatte ein gutes Signal nach draußen senden! Lassen Sie uns nicht in kleinlichen Streit verfallen! Natürlich müssen wir über Argumente diskutieren. Aber wir sollten es nicht zulassen, dass bei den Menschen der Eindruck entsteht: Die einen glauben an Corona und an die Gefahr, die anderen sind der Überzeugung, dieses Virus gibt es gar nicht mehr. Lassen Sie uns zu einer gemeinsamen Einschätzung, zu einer gemeinsamen Strategie und zu einem gemeinsamen entschlossenen Kampf gegen Corona kommen! Corona ist es völlig egal, welche Partei und welche Gruppe regiert. Corona freut sich

über Streit und nutzt ihn aus. Lassen Sie uns ein Signal senden, dass wir Corona diese Möglichkeit nicht geben werden! – Herzlichen Dank! Gott schütze Bayern!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Es ist vollkommen in Ordnung, dass Sie angesichts dieser Situation länger gesprochen haben. Die Gesamtredezeit der Abgeordneten wird entsprechend erhöht. Ursprünglich waren 119 Minuten Redezeit für die Fraktionen vereinbart. – Ich eröffne die Aussprache. Als Erste hat Frau Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates wurde in den letzten Wochen erneut erschüttert; und das schmerzt mich. Ich bin in die Politik gegangen, weil ich davon überzeugt bin, dass die Politik das Leben aller Menschen besser machen sollte. Ich bin in die Politik gegangen, weil ich davon überzeugt bin, dass die Politik große Herausforderungen sehen und mit angemessenen Maßnahmen darauf reagieren sollte. Ich bin überzeugt, dass es gerade bei sich zuspitzenden Krisen auf die Politik ankommt, vor allem wenn es um das Leben von Menschen geht.

Schauen wir uns die momentane Situation an, so muss ich feststellen: Wir hier in Bayern stehen im Herbst 2021 trotz Impfung schlechter als im Herbst 2020 da, und das ist bitter. Die Wissenschaft hat mit ihren präzisen Voraussagen geliefert. Die forschenden Unternehmen haben geliefert, indem sie uns schon nach zwölf Monaten einen sicheren Impfstoff bereitgestellt haben. Was für ein Segen! Und die Menschen, die in den Gesundheitsberufen arbeiten, liefern jeden Tag. Dafür vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wissen Sie, wer über diesen Sommer nicht geliefert hat? – Das ist diese Regierung hier; denn sie hat es versäumt, die nötigen Schutzmaßnahmen für diesen Herbst bereitzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehen wir uns doch einmal die Lage an: Die Impfquote in Bayern ist beschämend niedrig. Ständig gibt es neue verwirrende Regeln, weil es eben keine stringente Pandemiebekämpfung gibt. Die Intensivstationen sind voll. Tumoroperationen müssen verschoben werden. Das Personal ist am Limit. Darüber hinaus sind Kinder und Jugendliche erneut die Leidtragenden der Pandemie. In diesem Winter wird es täglich weitere vermeidbare Tote in Bayern geben, und das an jedem einzelnen Tag. Dieses Szenario wurde von Expertinnen und Experten genau so vorausgesagt. Herr Söder, ich lasse Sie heute nicht damit durchkommen, dass Sie erneut gesagt haben: Hach, wir waren ganz überrascht. Die Expertinnen und Experten haben das auch nicht vorausgesehen. – Das ist dreist, und das stimmt so nicht. Diese Modelle gab es, und auf diese Modelle wurde nicht reagiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe ein Zitat von Clemens Wendtner rausgesucht. Er ist Chefarzt der Infektiologie im Klinikum Schwabing. Er hat Ende Juli gesagt, es gelte – ich zitiere –, jetzt bereits an den Herbst zu denken und nun das Impftempo noch einmal deutlich anzuziehen. – Juli 2021.

(Zuruf)

Was geschah da in Bayern? – Ich habe mir die Zahlen angeschaut: Bis Ende Juli hatten wir 59 % Erstgeimpfte in Bayern. Seitdem, von Ende Juli bis jetzt, sind gerade mal 9 % weitere Geimpfte dazugekommen. Jetzt muss ich Sie schon fragen, Herr Söder: Ist das Ihr vielbeschworener "Impfturbo"? Wenn das der "Impfturbo" sein soll, dann hat er gestockt, bevor er losgegangen ist.

(Beifall – Zuruf)

Herr Söder, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gerade ausgeführt, warum sich gerade die Bevölkerung des Alpenraums teilweise etwas schwerer tut, sich impfen zu lassen.

(Zuruf)

Ich bin mir sicher, dass Sie diese Informationen nicht erst gestern bekommen haben, sondern schon über den Sommer und davor hatten. Da frage ich mich, warum – das ist eine Forderung, die wir GRÜNE in unzähligen Anträgen belegt haben – nicht eine umfangreiche Aufklärungs- und Informationskampagne an den Start gebracht worden ist, warum die Bürgerinnen und Bürger nicht Post bekommen haben mit Informationen zur Impfung und warum nicht an jeder Ecke ein Impfmobil stand,

(Zuruf)

damit nicht nur die, die sich proaktiv impfen lassen wollten, eine Impfung bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber rekapitulieren wir kurz den Sommer. Was war da? – Da hatten wir einen Vize-Ministerpräsidenten, der sich nicht hat impfen lassen wollen und damit Unsicherheit geschürt hat. Wir hatten eine FDP, die vom Freedom Day geschwafelt hat. Wir hatten einen Ministerpräsidenten, der Wahlkampf gegen einen vermeintlichen Linksrutsch gemacht hat und der die Impfzentren runtergefahren hat.

(Zurufe)

Jetzt haben wir eine niedrige Impfquote, und diese niedrige Impfquote hat uns in diese katastrophale Lage gebracht.

(Zuruf)

– Doch, die Impfzentren wurden runtergefahren, Personal wurde ausgestellt, und jetzt mussten die wieder hochgefahren werden.

(Zurufe)

Das ist doch ein Problem, dass das gemacht worden ist!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

– Wir haben das ganz sicher nicht gefordert. Da müssen Sie andere Kolleginnen und Kollegen hier ansprechen. Wir haben uns als GRÜNE, als wissenschaftsbasierte Partei,

(Zurufe)

von Anfang an dafür starkgemacht, das Impfen nach vorne zu stellen, und dazu unzählige Anträge gestellt.

(Beifall – Zurufe)

Weil Sie gerade die epidemische Lage ansprechen: Die neue Regierung ist noch nicht einmal im Amt. Im Sommer hätten Sie all diese vielen Maßnahmen, die Sie jetzt angeblich nicht ergreifen können, ergreifen können, wenn Sie gewollt hätten. Das haben Sie auch nicht gemacht.

(Zuruf)

Jetzt gibt es durch den Gesetzentwurf der möglichen Ampelregierung

(Zuruf)

Möglichkeiten für die Länder, die nötigen Schritte auch umzusetzen. Das ist doch eine gute Sache,

(Zuruf)

dass es eine Länderöffnungsklausel gibt. Dafür haben wir GRÜNE uns eingesetzt – gegen den Willen der FDP. Das muss ich an dieser Stelle auch mal deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber diese ganze Debatte zeigt nur, was draußen ganz viele Menschen umtreibt und warum sie müde, genervt und auch enttäuscht sind: Weil all die Menschen, die sich jetzt seit fast zwei Jahren an alle Regeln halten,

(Zuruf)

die sich haben impfen lassen und die solidarisch sind, jetzt wieder in die Röhre gucken, weil weitere Einschränkungen nötig sind.

Ich finde, auch wir hier in diesem Hohen Haus müssen folgende Fragen beantworten: Schützen wir Ältere, Kinder und Menschen, die beispielsweise eine lebensnotwendige Operation benötigen, oder haben in unserem Land die Sorgen der Impfunwilligen Vorrang? – Aus meiner Sicht verläuft genau da die Trennlinie. Hier müssen wir uns entscheiden. Ja, das ist ein Konflikt. Es gibt legitime Konflikte, die eine Gesellschaft austragen muss, wenn sie ihre Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit bewahren will. Der Konflikt mit den sogenannten Querdenkern und den Impfgegnern ist genau ein solcher Konflikt. Diesen Gruppen entgegenzutreten hält die Menschen zusammen, die die genannten Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit teilen. Eine laute, kleine Minderheit diktieren zu lassen, lässt die Gesellschaft bröckeln. Eine pluralistische Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie diese Konflikte austrägt; denn ich finde: Viel zu lange wurde lauten, schreienden Minderheiten der Impfgegner und Vulgärfreiheitsideologen zugehört, und aus Angst, Überzeugung und – was ich ganz besonders schlimm fände – manchmal vielleicht sogar auch aus Kalkül wurden die passenden Maßnahmen nicht rechtzeitig ergriffen. Einige – das hat man oft gehört und gelesen – wollten den Impfverweigerern nicht zu viel zumuten, aus Furcht, die Gesellschaft zu spalten. Diese falsche Rücksichtnahme kaschiert am Ende politische Entscheidungsschwäche. Ich frage mich: Ist dieses Zurückweichen davor denn die ganze

Sache wert? – Wir haben Tausende Tote. Wir haben schwer belastete Kinder. Die Zahl der psychischen Erkrankungen hat drastisch zugenommen. Wir haben völlig ausgebranntes medizinisches Personal und Pflegekräfte. Wir haben vereinsamte Ältere. All diejenigen müssen jetzt in der vierten Welle wieder alles ausbaden. Das wird Millionen von Menschen in unserem Land jeden Tag zugemutet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch die wahre Spaltung in diesem Land!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Söder, wenn ich Ihnen so zuhöre, dann habe ich das Gefühl, dass Sie mit der momentanen Situation auch nicht zufrieden sind. Es treibt Sie um. Sie möchten, dass es besser wird. Aber wissen Sie, was mir bei Ihrer Rede jetzt erneut gefehlt hat und was ich bei Ihnen vermisse? – Das ist auch nur ein Funken, wirklich nur ein Funken Selbstreflexion oder Selbstkritik.

(Beifall – Zurufe)

Bei Ihnen – so höre ich das immer raus – sind prinzipiell die anderen schuld: Die noch nicht einmal gebildete Koalition auf Bundesebene, die Bundesländer oder die anderen Länder rund um Bayern, die sorglosen und unvernünftigen Bürgerinnen und Bürger – das haben Sie schon bei vielen öffentlichen Äußerungen durchblicken lassen – sind irgendwie an dieser Misere schuld. Sie haben auch schon ein paar Mal gesagt, Sie hätten alles getan, und Sie hätten rechtzeitig gehandelt. – Das würde ich so nicht unterschreiben. Die Corona-Bilanz Bayerns steht für sich. Wir müssen das hier mal so klar benennen: Natürlich hat die Politik Fehler gemacht. Natürlich haben auch Sie als Ministerpräsident Fehler gemacht. Natürlich haben auch Vertreterinnen und Vertreter von anderen Parteien Fehler gemacht.

(Zuruf)

Der allergrößte Fehler war, dass über den Sommer erneut das Prinzip Hoffnung galt, anstatt die passenden Vorkehrungen zu treffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, Herr Söder: Verantwortung zu haben und diese dann auch zu übernehmen, gehört für mich zusammen. Selten wurden Vernunft und Logik dermaßen mit Füßen getreten wie in dieser Pandemie. Wie meinte mal ein kluger Kopf? Wenn du eine Entscheidung treffen musst und triffst sie nicht, ist das auch eine Entscheidung. – Genau das haben Sie über den Sommer getan, Herr Söder. Sie haben sich dagegen entschieden, gewisse Maßnahmen zu ergreifen. Ich finde, das müssen Sie dann auch verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in unserem Land erwarten, dass jetzt gehandelt wird. Für mich steht heute die entscheidende Frage im Mittelpunkt: Was muss getan werden, und reichen die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen aus? Da greife ich jetzt gleich Ihren Schlussappell auf, Herr Söder. Da haben Sie gesagt, wir sollen wieder mehr zusammenarbeiten. – An uns GRÜNEN scheitert es nicht.

(Zuruf: Doch!)

Wir stellen seit Monaten Anträge hier in diesem Hohen Haus, die von dieser Koalition fröhlich abgelehnt werden. Ich gebe Ihnen gerne eine Liste mit, was aus grüner Sicht noch gemacht werden muss. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie diese Maßnahmen bedenken und dann auch in die Tat umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass jetzt schnell und entschlossen gehandelt werden muss. Wir glauben aber, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um die Situation in den Krankenhäusern kurzfristig zu entspannen. Deswegen braucht es aus unserer Sicht kurzfristig folgende zusätzliche Maßnahmen: Wir müssen die Bundeswehr per Amtshilfe zur Unterstützung in die Kliniken holen,

(Zuruf)

damit das medizinische Personal schnell entlastet wird.

(Zuruf)

Dann brauchen wir flächendeckend PCR-Pool-Tests in den Regionen, in denen die Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter aufgegeben wurde, um möglichst alle Fälle zu finden und diese Personen dann in Quarantäne zu schicken.

Wir brauchen regelmäßige und kostenlose PCR-Tests für Geimpfte. Wir müssen Impfungen boostern. Ich habe mit Freude vernommen, dass Sie die Apotheken einbeziehen wollen. Das ist eine Forderung, die wir seit Langem erheben. Das finden wir sehr gut. Und wir müssen natürlich das Boostern in den Pflegeheimen verstärken. Wir brauchen PCR-Pool-Tests in den Seniorenheimen und Lolli-PCR-Pool-Tests in den Kitas. Das muss der Freistaat Bayern dann auch übernehmen, damit wir die Bildungs- und Betreuungsangebote offenhalten.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, so kraftraubend es auch ist: Ein viertes Mal heißt es jetzt für uns Erwachsene dringlicher denn je: Kontakte herunterfahren, Infektionskurve drücken.Für uns GRÜNE möchte ich deutlich feststellen: Das Reduzieren der Kontakte und Drücken der Infektionskurve gilt für uns Erwachsene. Für Kinder und Jugendliche sollten wir – wo immer möglich – Freizeitangebote offenhalten. Selbst die STIKO sagt, wir dürfen Kinder nicht von sozialer Teilhabe aufgrund ihres Impfstatus ausschließen. Darum ist Ihre heutige pragmatische Übergangsregel aus grüner Sicht nur Schadensbekämpfung. Wir wollen die 3G-Regel für Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen, weil wir der Meinung sind: Wenn wir das Prinzip "Kinder zuerst" ernst meinen – und das sollten wir nach fast zwei Jahren endlich tun –, dann können und müssen Erwachsene mehr schultern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mittelfristig – das ist uns GRÜNEN klar – hilft uns nur eine Impfquote von mindestens 85 %. Dies ist das Ticket aus der Pandemie. Andere Länder zeigen, das kann auch funktionieren. Um in Ihrer Sprache zu sprechen, Herr Söder: Sorgen Sie bitte dafür, dass Bayern Impfweltmeister wird. Ja, wir GRÜNE haben schon mehrfach vorgeschlagen, doch bitte einmal alle Bürgerinnen und Bürger anzuschreiben, sie über das Impfen aufzuklären und ihnen am besten gleich einen Impftermin zuzuschicken. Ich musste schmunzeln, als Sie vorhin erklärt haben, dies dürften Sie nicht.

(Zuruf)

Erstens hatten oder haben wir immer noch eine geschäftsführende Bundesregierung, an der Ihre Partei beteiligt ist. Diese verantwortet die momentan geltenden Regeln. Zweitens tun Portugal und Spanien dies auch. Wir haben überall die gleiche EU-Datenschutzverordnung. Drittens sind Sie als Ministerpräsident ein Meister darin, Bürgerinnen und Bürger ständig mit irgendwelchen Briefen zu behelligen. Dafür finden Sie immer einen Weg. Somit können Sie mir nicht erzählen, dass dies beim Thema Impfen aus irgendwelchen Gründen nicht geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben auch angesprochen, dass jetzt höchstwahrscheinlich bald die Zulassung für die Impfung von Kindern ab fünf Jahren erfolgt. Dazu war Ihre Aussage gerade eben hier vorne am Rednerpult: Na ja, schauen wir mal, wie es dann wird. – Ich würde es genau umdrehen: Ihre Verantwortung ist es, jetzt dafür zu sorgen und die Vorbereitungen dafür zu treffen, dass, wenn der Impfstoff ab fünf Jahren freigegeben ist, Eltern schon aufgeklärt sind und es Orte gibt, wo man die Kinder impfen lassen kann, sodass wir nicht wieder in ein Chaos geraten und es jetzt vor allem schnell geht; denn Schnelligkeit muss unser Ziel in dieser Pandemie sein. Dies bedeutet, schnell, umfassend und niedrigschwellig überall dort zu impfen, wo man impfen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, wir GRÜNE sprechen uns auch für eine Impfpflicht für Gruppen aus, die in körpernahen Berufen arbeiten. Hierin schließen wir explizit auch Kitapersonal sowie Lehrerinnen und Lehrer ein. Alle Menschen, die mit vulnerablen Gruppen arbeiten, sollen geimpft werden. Ja, natürlich müssen wir uns über eine allgemeine Impfpflicht ergebnisoffen unterhalten. Aus meiner Sicht war es ein Fehler, dass die Politik – darin schließe ich alle, auch meine Partei, ein – am Anfang die Möglichkeit einer Impfpflicht ausgeschlossen hat. In meinen Augen ist es auch ein Fehler, dass dies SPD und FDP auf Bundesebene erneut ausschließen. Wenn wir diesen Albtraum Corona und die deshalb nötigen Einschränkungen beenden wollen, ist eine Impfpflicht für alle nach Ansicht meiner Fraktion sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns mittlerweile in der vierten Welle; die fünfte wird schon prognostiziert. Ich stelle dies fest, damit hinterher keiner sagen kann: Huch, das wussten wir nicht. – Davon kann dann wirklich keiner mehr überrascht sein. Wir haben die Verantwortung und die große Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese vierte Welle hoffentlich die letzte Corona-Welle wird.

(Zuruf)

Seit Beginn der Pandemie denke ich immer an Dr. Michael Ryan von der WHO zurück. Vielleicht haben Sie sein Statement bei der Pressekonferenz im März 2020 auch gesehen. Er hat viele wichtige und gute Aussagen zur Seuchenbekämpfung getroffen, unter anderem folgende: Be fast, have no regrets. – Sei schnell und bereue nichts. Der WHO-Experte hat recht. Wir müssen schneller werden als dieses Virus. Dafür sind in meinen und unseren Augen Führungsstärke und Mut, um die vielen Lösungen, die wir auf dem Tisch haben, konsequent und klar umzusetzen, sowie Reflexion und eine echte Fehleranalyse nötig. Dies sind die ersten Etappen auf dem Weg zu einem besseren Handeln.

(Zuruf)

Kolleginnen und Kollegen, das Positive ist – Sie wissen, ich bin ein optimistisch denkender Mensch –: Wir wissen als Gesellschaft, wie wir dieses Virus eindämmen können. Das wissen wir. Die Maßnahmen liegen auf dem Tisch. Wir können aus Fehlern lernen, wir können klüger werden, und wir können auch in schlimmsten Zeiten zuversichtlich sein; denn dies ist eine zutiefst menschliche Eigenschaft. Wenn wir dies nun beherzigen, wenn wir die Hausaufgaben machen und wenn die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen von Ihrer Regierung konsequent umgesetzt werden, hoffe ich, dass diese vierte Welle die letzte Corona-Welle ist. Daran sollten wir jetzt alle arbeiten.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Thomas Kreuzer für die CSU-Fraktion das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wirklich anstrengend, Ihnen zuzuhören, Frau Kollegin Schulze.

(Beifall bei der CSU)

So viele Worte in so kurzer Zeit. Allerdings ist der Inhalt trotzdem nicht mehr. Ich werde nachher noch darauf zu sprechen kommen.

Wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen: Wir stecken mitten in der vierten Corona-Welle, und dies, obwohl wir seit einem Jahr wirksame Corona-Impfstoffe haben und obwohl in Bayern seit Mitte August auch die Auffrischungsimpfungen laufen. Fakt ist: Eine zur Eindämmung der Delta-Variante ausreichende Immunisierung der Bevölkerung ist bisher offensichtlich nicht erreicht. Laut RKI sind zwei Drittel der Bayern zweimal geimpft. Dies ist offensichtlich zu wenig und rächt sich jetzt. In Bayern hatten wir gestern neun Landkreise mit einer 7-Tage-Inzidenz von über 1.000. Dieser Wert ist vor einem Jahr jenseits jeglicher Vorstellung gewesen. Das muss man sich immer wieder vor Augen halten, wenn man darüber spricht, meine Damen und Herren.

Die Lage ist also ernst. Die Lage ist sehr ernst. Wir bitten alle Bürgerinnen und Bürger, sie auch ernst zu nehmen. Jeder und jede kann schon morgen persönlich betroffen sein, ob als Corona-Infizierter oder als Notfall-Patient, der vor Ort womöglich nicht mehr entsprechend behandelt werden kann und in weit entfernte Kliniken verlegt werden muss. In Bayern gilt seit dem 11. November wieder der Katastrophenfall. Ihn erneut auszurufen war eine notwendige und richtige Entscheidung. Jeder von uns kennt die Berichte aus den Kliniken, insbesondere, aber nicht nur im südostbayerischen Raum, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Intensivstationen einmal mehr am Limit arbeiten. Allen, die an dieser Stelle Dienst an der Gesellschaft leisten, gilt in dieser Situation unser besonderer Dank. Sie sind durch Corona seit mehr als anderthalb Jahren über alle Maßen gefordert. Sie haben leider ganz besonders unter der Unvernunft derjenigen zu leiden, die ihre schwere Corona-Erkrankung durch eine Impfung mit hoher Wahrscheinlichkeit leicht hätten vermeiden können. Sie setzen sich trotzdem jeden Tag voll ein. Hierfür ein sehr herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU)

Genauso danke ich allen, die in den Impfzentren und Gesundheitsbehörden ihren Dienst tun, den Hausärzten und auch den Ärzten, die aus dem Ruhestand reaktiviert wurden, um jetzt mitzuhelfen, dieser vierten Welle etwas entgegenzusetzen. Alle tun ihr Möglichstes. Nur durch eine Gemeinschaftsleistung all derjenigen, die ich aufgezählt habe, wird es uns gelingen, die Situation einigermaßen im Griff zu behalten. Auch ihnen allen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen jetzt dringend handeln; denn wir befinden uns ohne Zweifel in einer epidemischen Lage. Dies werden wir auch heute durch den Bayerischen Landtag explizit feststellen.Das ist, wie jeder durch einen Blick auf die Infektionszahlen eigentlich sofort erkennen kann, auch Fakt – jeder, bis auf die Ampelparteien in Berlin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese haben Ende Oktober verkün-

det, die epidemische Lage auslaufen zu lassen; die Pandemie sei im Bund für beendet zu erklären. – Meine Damen und Herren, was für eine kolossale Fehleinschätzung!

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Das RKI zählte, als das gesagt wurde, schon fast 30.000 Neuinfektionen täglich. Meine Damen und Herren, es war keine Fehleinschätzung, sondern absurd und verantwortungslos, bis zur Entscheidung im Bundestag letzte Woche daran festzuhalten und es wirklich zu beschließen, die epidemische Lage trotz aller Warnungen und trotz einer Rekordinzidenz in Deutschland auslaufen zu lassen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Das war trotz aller Nachbesserungen das falscheste Signal, das man hier überhaupt setzen konnte. Auch Winfried Kretschmann – ein GRÜNER, der weiß, was Regierungsverantwortung tatsächlich bedeutet – hat es ein falsches Signal genannt. Ich kann mich ihm diesbezüglich nur anschließen.

SPD, GRÜNE und FDP haben somit schon einen Fehlstart hingelegt, bevor die künftige Regierung überhaupt an den Start geht. Meine Damen und Herren, das ist ein einmaliges Fehlverhalten; so etwas habe ich bisher noch nicht erlebt.

(Zuruf)

Herr von Brunn, der SPD kommen, wie am Wochenende den Medien zu entnehmen war, die jetzigen Maßnahmen in Bayern zu spät. Etwas anderes hätte ich von Ihnen auch nicht erwartet. Ich sage Ihnen aber: Kehren Sie erst einmal vor Ihrer eigenen Tür!

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

MdL Florian von Brunn hat im Juli 2021 die Abschaffung der FFP2-Maskenpflicht gefordert

(Zuruf)

und die Staatsregierung gerügt, dass die Abschaffung zu spät gekommen sei. "Schade, dass Sie sich – zum Beispiel auf die FFP2-Maskenpflicht bezogen – erst kurz vor der Bundestagswahl lernfähig zeigen." – Sie von der SPD wollten in diesem Sommer weniger und nicht mehr Maßnahmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der erste Entwurf des Infektionsschutzgesetzes des Bundes, den Sie im Bund vorgelegt haben, war absolut untauglich, um überhaupt noch Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergreifen zu können. Liebe Freunde der Ampelkoalition, sorgen Sie lieber dafür, dass sich die künftige Regierungskoalition in Berlin bereits jetzt darüber Gedanken macht, wie es nach dem Ende der geltenden Übergangsfristen am 15. Dezember weitergehen soll! Sorgen Sie dafür, dass Herr Scholz als künftiger Bundeskanzler beim Thema Corona nicht wieder wochenlang abtaucht! Liebe Freunde, damit hat er im Wahlkampf gute Erfahrungen gemacht, damit werden wir die Krise aber nicht lösen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kritik der GRÜNEN am Corona-Management in Bayern wäre glaubwürdiger, wenn sie sich in Berlin nicht ebenso lautstark dagegen eingesetzt hätten, dass die Länder ihre bisherigen Instrumente im Kampf gegen Corona behalten und als Grundlage dafür die epidemische Lage verlängert wird. Die GRÜNEN haben stattdessen im Bundestag – man höre: schon im Juni! – den Ausstieg aus der epidemischen Lage gefordert.

Frau Schulze, nachdem ich Ihre heutige Rede gehört habe, muss ich eines sagen: Es ist menschlich nicht in Ordnung, selbstherrlich und unfair, die Bayerische Staatsregierung dafür verantwortlich zu machen, dass die Impfquote in Bayern niedrig ist.

(Zuruf: Oje!)

Meine Damen und Herren, das ist ein schäbiges Verhalten, das hier an den Tag gelegt wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie wissen ganz genau, dass wir alles versucht haben, um eine hohe Impfquote zu erreichen.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie nicht!)

– Wir haben das beispielsweise dadurch getan, indem wir im Gegensatz zu vielen Ländern, in denen Sie, meine Damen und Herren, an der Regierung beteiligt sind, Impfzentren nicht geschlossen haben. Wir können diese Impfzentren deshalb wieder hochfahren.

Auch Baden-Württemberg hat beim Impfen nicht mehr Erfolg als Bayern. Wenn es an der Regierung läge, dann müssten die Leute mit ihrem supergrünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann doch schon zu 95 % geimpft sein. Die Vorwürfe, die Sie hier erheben, sind deswegen unbegründet und vorgeschoben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie fordern, wir sollten endlich die Bundeswehr einsetzen. – Wissen Sie überhaupt, dass wir – Stand heute – 727 Soldaten im Einsatz haben, darunter 117 in den verschiedensten Einrichtungen und in Kliniken? Liebe Freunde von den GRÜNEN, Sie sind da mit Ihrer Forderung zu spät, weil Sie nicht Bescheid wissen, sondern nur kritisieren und auf den Busch klopfen. Das ist die Art Ihrer Politik.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Bundestag haben Sie gesagt, man müsse die epidemische Lage auslaufen lassen, damit alles normal werde. Ich kann mich im Übrigen aber über den ganzen Sommer hin und bis in den Herbst und in die letzten Wochen hinein überhaupt nicht daran erinnern, dass die bayerischen GRÜNEN irgendeine Verschärfung von Maßnahmen in

Richtung Lockdown oder Kontaktbeschränkung gefordert hätten, meine Damen und Herren. Sie haben nichts gefordert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe)

Meine Damen und Herren, als der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag gesagt hat, es gebe keine ernste Gefahr mehr für die Bevölkerung, haben FDP und GRÜNE laut Beifall geklatscht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich hier – unabhängig davon, was sachlich richtig ist – in die politische Geiselhaft der FDP begeben, um möglichst bald eine Koalition schmieden und Posten besetzen zu können,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

einer FDP, die sich bisher in jeder Phase der Pandemie durch gefährliche und abstruse Fehleinschätzungen hervorgetan hat!

Herr Kollege Hagen, Sie wollten bereits Anfang Oktober alle Corona-Beschränkungen fallen lassen. Ich nenne nur das Stichwort Freedom Day – eine fatale Fehleinschätzung!

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Solches Gerede von der Aufhebung aller Maßnahmen hat leider auch zur Sorglosigkeit der Menschen beigetragen, einer Sorglosigkeit, deren Folgen wir heute zum Teil zu tragen haben.

Am 21. Oktober haben Sie erklärt, die epidemische Lage müsse im November auslaufen. – Herr Hagen, wenn wir das beschlossen hätten, dann hätten wir sie im Fall der höchsten Inzidenz, die wir je gehabt haben, auslaufen lassen. Im November auslaufen lassen – das war die Einschätzung der FDP.

(Beifall bei der CSU)

Ihnen ist es bei diesen schwierigen Verhältnissen hinsichtlich der epidemischen Lage immer nur um Parteipolitik und um die Wahlen gegangen.

(Zuruf)

Der FDP ist es um sonst gar nichts gegangen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Sie haben nichts mitgetragen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

MdL Hagen am 01.09.2021: Diese Rückkehr zur Normalität ist möglich, und sie ist geboten, weil erstens Dank der hohen Impfquote, insbesondere bei den Risikogruppen, eine Überlastung des Gesundheitssystems unwahrscheinlich geworden ist und zweitens jeder Einzelne inzwischen die Möglichkeit hat, sich selbst durch eine Impfung vor schwerem Verlauf zu schützen. – Damit ende die Schutzverantwortung des Staates, und es sei mehr Eigenverantwortung gefragt.

Heißt dies, wir sollten alle Maßnahmen aufheben und auf Eigenverantwortung setzen? Dies ist abstrus. Wir würden in eine Katastrophe laufen,

(Zuruf)

in eine FDP-Katastrophe in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die FDP hat über Monate hinweg nichts anderes getan, als überall und sofort Öffnungen zu verlangen und unseren Kurs der Vorsicht und Umsicht in Bayern zu diskreditieren. Heute stellen sich die gleichen Leute hin und werfen dem Ministerpräsidenten vor,

er hätte zu spät und zu wenige Maßnahmen ergriffen. Liebe Freunde, dies ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten.

Ich bin sehr froh darüber, dass die Bayerische Staatsregierung entschlossen und mit einschneidenden Maßnahmen handelt. Wir beschränken die Kontakte der Ungeimpften, und wir alle – auch als Geimpfte – sollten die Zahl unserer Kontakte in den nächsten Wochen möglichst gering halten. Wir weiten die 2G-Regelung über die Gastronomie hinaus auf körpernahe Dienstleistungen wie Friseure, auf Hochschulen und Einrichtungen wie Fahrschulen und Volkshochschulen aus. Wir führen in der Kultur und im Sport 2G plus ein. Wir schließen vorübergehend Diskotheken, Clubs und Bars. – Herr Ministerpräsident, das tut uns natürlich leid, weil diese sehr lange geschlossen waren. Wir müssen sie wieder schließen. Gerade die Auswertung der Daten der Luca-App hat aber gezeigt, dass in Diskotheken, Clubs und Bars eine erhebliche Zahl an Ansteckungen erfolgt. Meine Damen und Herren, die Auswertung zeigt, dass es richtig war, dass wir in Bayern Diskotheken, Clubs und Bars so lange nicht geöffnet haben. Sonst wäre das Infektionsgeschehen noch viel schwieriger geworden.

Auch die Weihnachtsmärkte können unter den gegebenen Umständen, anders als geplant, leider nicht stattfinden. Wir lassen die Marktkaufleute und Schausteller aber nicht allein, sondern ihnen wird wirtschaftlich geholfen. Hinzu kommen Regelungen für die Hotspots, in denen die 7-Tage-Inzidenz über 1.000 liegt. Hier brauchen wir stärkere Maßnahmen. Das ist tragisch für die Betroffenen in der Hotellerie und Gastronomie, aber unumgänglich. Dort müssen die Zahlen ganz bedeutend und zügig gesenkt werden, meine Damen und Herren.

Die vergangenen Wochen und Monate haben auch gezeigt: Es führt kein Weg daran vorbei, die Einhaltung dieser Regeln konsequent zu kontrollieren, die Kontrollen weiter zu intensivieren und Verstöße ebenso konsequent durch die Ordnungsbehörden und die Polizei zu ahnden. Wenn die Regeln nicht eingehalten werden, dann laufen sie leer und helfen uns in der Pandemiebekämpfung nicht weiter. Wir wissen, welche Zumutungen diese neuerlichen Einschränkungen für die Bevölkerung, die Kultur, den

Sport und die Wirtschaft in Bayern bedeuten. Sie sind angesichts der echten Notlage, in der wir uns befinden, jedoch leider völlig unvermeidlich.

Leider betreffen einige dieser Einschränkungen auch die Vernünftigen, die sich in den vergangenen Monaten haben impfen lassen, die für sich und andere Verantwortung übernommen haben und die darauf gehofft haben, dass die Pandemie auf diese Weise endlich besiegt wird, sodass alle wieder normal leben können. Die Freiheit des Einzelnen einzuschränken und damit die Gesundheit aller zu schützen, das ist sowohl rechtlich wie auch ethisch geboten. Ich sage aber ganz deutlich, im Kern richten sich unsere Maßnahmen sehr bewusst an diejenigen, die nicht geimpft sind. Sie hatten in den letzten Monaten jede Möglichkeit, sich impfen zu lassen und damit zur Überwindung der Pandemie beizutragen. Im Gegensatz zu dem, was Frau Schulze gesagt hat, gab es über den ganzen Sommer in Bayern jede Menge Impfstoff; jede Menge Kapazitäten waren da. Die Impfzentren sind vorübergehend stillgelegt worden, weil keiner mehr gekommen ist. Jeder hätte sich impfen lassen können.

(Unruhe)

– Erwecken Sie hier keinen falschen Eindruck. Es stimmt einfach nicht, was Sie sagen. Diese Menschen wurden mit einer Vielzahl von Appellen, Argumenten und Informationen angesprochen, um sie vom Nutzen der Impfung und von der Sicherheit der Impfstoffe zu überzeugen. Wer aber keinem Argument zugänglich ist, wer keine Mitverantwortung übernehmen möchte, wer als Trittbrettfahrer nur die anderen machen lassen will, der muss auch irgendwann die Konsequenzen tragen. Die Mehrheit der Vernünftigen kann nicht dauerhaft Rücksicht nehmen auf eine Minderheit der Unvernünftigen. Diese Gruppe der Ungeimpften ist nämlich für die Belastung dieses Gesundheitssystems ganz wesentlich verantwortlich. Es ist beunruhigend, welche Sorglosigkeit und mangelnde Solidarität im Umgang mit Corona bisweilen herrschen. Einige scheinen sich des Ernsts der Lage nicht bewusst zu sein und ihn nicht begriffen zu haben. Sie tricksen bei den Regeln und setzen dadurch im Endeffekt ihr eigenes und das Leben anderer aufs Spiel.

Meine Herren von der FDP, mit Wolfgang Kubicki hat ein führender FDP-Politiker bekannt, selbstverständlich habe er während des Lockdowns trotz des Verbots Kneipen besucht, er habe nur vom Recht auf autonomes Handeln Gebrauch gemacht. Das ist kein Kavaliersdelikt. Das ist eine Schande für diese frühere Rechtsstaatspartei FDP.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer solche Vorbilder hat, der braucht sich dann natürlich nicht zu wundern, wenn sich immer mehr Menschen nicht mehr freiwillig an diese Regeln halten. Das ist aber genau die Geisteshaltung, die uns in Deutschland in diese schwierige Lage gebracht hat. Mir fehlt auch jegliches Verständnis für Corona-Partys, für gefälschte Impfzertifikate und so weiter. All dies ist ein massiver Angriff auf die Gesundheit unserer Menschen. Es ist unverantwortlich, sich an so etwas zu beteiligen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ein Ende der Pandemie gibt es nur mit der Impfung. Ja, auch jeder Geimpfte kann an Corona erkranken. Aber trotzdem gilt: Die Impfung ist das verlässlichste Mittel, um schwere Krankheitsverläufe soweit wie möglich zu verhindern und natürlich die Ansteckungsgefahr zu reduzieren. Ein sicheres Mittel ist die Impfung noch dazu. Lebensgefährlich ist nicht das Impfen, lebensgefährlich ist das Nichtimpfen, wie mittlerweile durch mehrere Milliarden verabreichter Dosen in der ganzen Welt erwiesen ist. Leider sind wir aber in einer Situation, in der eine Minderheit der Mehrheit diktiert, wie sie zu leben hat. Die weit überwiegende Zahl der Patienten auf den Intensivstationen ist ungeimpft mit der Folge, dass dringende Operationen und Notfallbehandlungen derzeit nicht mehr überall wie erforderlich durchgeführt werden können. Im schlimmsten Fall führt das zu schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen, ja sogar zu Todesfällen, mit der Folge, dass wir nun erneut zu harten Einschränkungen greifen müssen. Ich verstehe deshalb den Unmut der Geimpften. Sie haben alles richtig gemacht, und nun sollen sie sich mit jenen solidarisch zeigen, die diese Solidarität gerade nicht gezeigt und sich dem Impfen verweigert haben. Ich

sage Ihnen, dies kann nicht Monate oder sogar Jahre so weitergehen. Wenn die Impfquote nicht deutlich steigt, dann werden wir bei jeder neuen Infektionswelle erleben, dass eine zu hohe Zahl an Impfverweigerern erneute Maßnahmen und Einschränkungen für alle erforderlich macht.

(Unruhe)

Wir haben in Bayern ungefähr 4,6 Millionen Nichtgeimpfte. Wenn wir jetzt Maßnahmen zur Senkung ergreifen, dann können Sie sicher sein, dass wir im Frühling, wenn die Pandemie zurückgeht, wieder über 4 Millionen Nichtgeimpfte haben. Dann kommen Zuzüge und Sonstiges hinzu, dann sind wir im nächsten August wieder bei 4,5 Millionen. Dann fahren wieder alle in Urlaub, und im nächsten November haben wir die gleiche Situation wie jetzt. Das darf aber nicht passieren, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir haben bisher auf Solidarität und Eigenverantwortung gesetzt, aber nicht erst in der Corona-Krise, sondern generell nach unserer Verfassungsordnung. Die persönliche Freiheit hat aber dort Grenzen, wo es um das Wohl der Gesellschaft und um die Rechte der anderen geht. Unser freiheitlich demokratischer Staat kennt nicht nur Rechte, sondern er kennt eben auch Pflichten. Wenn die Impfquote nicht deutlich steigt, dann brauchen wir deshalb – und ich sage ganz klar, meine Damen und Herren, das werden wir verfolgen – eine allgemeine Impfpflicht in diesem Land, beginnend ab dem nächsten Sommer, um eine fünfte Welle im nächsten Herbst und Winter zu vermeiden.

(Beifall bei der CSU)

Sie ist notwendig, wenn andere Mittel nicht ausreichen. Sie ist auch verhältnismäßig, meine Damen und Herren. Jede neue Welle kostet Menschenleben, unendliches tägliches Leid, sie schränkt die Freiheit der geimpften Menschen über Gebühr über Monate ein und verursacht schwere wirtschaftliche Schäden. Wir müssen alles tun, was

rechtmäßig ist, um eine solche Situation zu vermeiden. Da können Sie sich auf die CSU verlassen, das tun wir.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich sage deshalb, ein handlungsfähiger Staat und eine aufgeklärte Mehrheitsgesellschaft dürfen es nicht hinnehmen, dass unbegründete Ängste, fehlende Einsicht oder Egoismus letztlich den Ausschlag geben, ob wir aus dieser Pandemie herauskommen. Wir müssen jetzt handeln, wie das die Staatsregierung heute vorschlägt, um die Situation kurzfristig in den Griff zu bekommen. Wir müssen aber auch, wenn andere Maßnahmen nicht zu einer Erhöhung der Impfquote führen, eine Impfpflicht einführen, um Corona langfristig überwinden zu können. Mehr denn je appellieren wir an alle vernünftigen und verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürger: Halten wir zusammen. Nehmen wir Rücksicht, und bieten wir Corona noch einmal die Stirn, auch wenn das immer schwerer fällt. Wir haben es bisher geschafft, die Dinge durchzustehen; wir werden es auch in Zukunft schaffen. Ich bedanke mich bei all denjenigen, die mitmachen. Gemeinsam werden wir dies schaffen. Gott schütze unser Land!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Hier sind zwei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk. Bitte schön, Herr Abgeordneter Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Kreuzer, die CSU erzählt auch heute immer noch das Märchen von der Pandemie der Ungeimpften, obwohl doch selbst Herr Drosten das als falsch widerlegt hat. Wie erklären Sie sich beispielsweise die Zahlen aus einem der Hotspots? Im Landkreis Traunstein sind aktuell, Stand heute, 69 COVID-19-Patienten hospitalisiert. Davon sind 38 vollständig geimpft, was in etwa der Impfquote im dortigen Bereich entspricht. Wie erklären Sie sich solche Zahlen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Die Inzidenz liegt bei Ungeimpften weit über dem Zehnfachen im Verhältnis zu Geimpften, es gibt da also zehnmal so viel Infizierte. Bei der Hospitalisierung müssen Sie auch beachten, dass natürlich die Geimpften in der Regel im Durchschnitt wesentlich älter sind als die anderen und die Betagten die Ersten waren, die die Impfung erhalten haben, und somit bei vielen die Frist von insgesamt sechs Monaten ausgelaufen ist. Somit kommt es auf den Intensivstationen zu einer etwas überdurchschnittlichen Belegung mit Geimpften im Verhältnis zu den Angesteckten. Wahr ist aber auch, dass insgesamt mehr als zehnmal so viele Ungeimpfte betroffen sind und das Risiko zehnmal höher ist und dass die Krankheitsverläufe im Schnitt bei geimpften Personen wesentlich günstiger sind.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Henkel von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Herr Kreuzer, was sagen Sie zu folgendem Fall aus der Praxis? – Als Angehöriger einer Risikogruppe hätte ich morgen um 13 Uhr meinen Booster-Termin, also meine dritte Impfung auf der Theresienwiese gehabt. Vor zwei Stunden bin ich vom Landtag darüber informiert worden, dass der von mir benötigte Impfstoff dort nicht zur Verfügung steht. Mein Termin ist also geplatzt. Herr Kreuzer, wie kann es sein, dass einfach nicht genügend Impfstoff für diejenigen zur Verfügung steht, die es exakt so machen, wie Sie und die Staatsregierung es von den Bürgern fordern?

(Beifall bei der AfD)

Thomas Kreuzer (CSU): Ich finde dies sehr bedauerlich. Ich kann das jetzt natürlich nicht nachvollziehen. Da müssen Sie bei der Landeshauptstadt München nachfragen, die das Impfzentrum betreibt. Haben sie nicht genügend Impfstoff angefordert, oder haben sie zu viele Leute einbestellt? – Dies sollte nicht passieren. Das sage ich ganz klar. Ich mache da aber niemandem einen Vorwurf, sondern wir müssen schauen,

dass Sie möglichst bald drankommen. Ich freue mich, dass Sie in dieser Beziehung einer der wenigen Vernünftigen in der AfD sind, mein lieber Herr Kollege Henkel.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. – Ich sehe keine weiteren Zwischenbemerkungen. Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen, den Abgeordneten Christian Klingen von der AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter Klingen, Sie haben gleich das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Das Corona-Drama, wie Sie es nennen, Herr Ministerpräsident, ist vor allem eines: hausgemacht. Der Bürger wird für eklatante politische Versäumnisse und Fehlentscheidungen in Haftung genommen, und zwar nicht erst für solche seit Corona, sondern der zurückliegenden Jahre. Um vom eigenen Versagen abzulenken, flüchtet man sich nun in Hetze und Schuldzuweisungen gegen Teile der Bevölkerung, die auch nur Opfer dieser desaströsen Politik sind. Ein besonders perfides Beispiel konnten wir von unserem Minister Spahn hören. Ich zitiere: "Wahrscheinlich wird am Ende dieses Winters so ziemlich jeder in Deutschland geimpft, genesen oder gestorben sein." – An Zynismus und Menschenverachtung ist das kaum zu überbieten.

(Beifall bei der AfD)

Die Infektionszahlen sind mittlerweile, nach einer Durchimpfung von knapp zwei Dritteln der Bürger, genauso hoch oder sogar höher als im letzten Jahr, als noch niemand geimpft war. Ein klarer Beweis dafür, dass der Impfstoff nicht das taugt, was man den Bürgern verspricht!

(Beifall bei der AfD)

Das ändert man auch nicht dadurch, dass man Menschen nötigt, sich künftig alle fünf Monate den nächsten Schuss zu holen. Aber damit bald alle am Dauerimpfabo auf Lebenszeit teilhaben können, soll jetzt nach Ihren Vorstellungen wohl eine Zwangsimpfung durchgepeitscht werden. Wie war das noch? – Vor nicht allzu langer Zeit wurden derartige Befürchtungen besorgter Bürger noch als Verschwörungstheorien und Fake News gebrandmarkt, für die vermutlich wieder mal die AfD verantwortlich gewesen sein soll. Ich zitiere Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder aus dem Protokoll 18/91 vom 01.09.2021: "Wir wollen keine Impfpflicht. Ich sage das ausdrücklich: Es wird keine Impfpflicht geben."

(Beifall bei der AfD)

Nun zu den überlasteten Krankenhäusern: Unser geschätzter Gesundheitsminister Holetschek hat sich ja in der Pressekonferenz letzten Freitag dankenswerterweise dazu geäußert: Es gehe dabei nicht um die Zahl der Intensivbetten oder der Beatmungsgeräte; davon sei reichlich vorhanden. Das Problem wären die Fachkräfte. – Sie haben sogar eingeräumt, dass das möglicherweise ein Versäumnis sein könnte. Ich zitiere dazu mal ein paar Schlagzeilen aus der Presse.

"Krankenhäuser überfüllt – Patienten liegen auf Pritschen in den Gängen": Diese Meldung wurde am 9. Januar 2000, also vor fast 22 Jahren veröffentlicht.

"Kliniken schlagen Alarm: Notaufnahmen sind überlastet": Dies stammt vom 4. März 2016.

Oder passend zu Corona die folgende Schlagzeile: "Auf Intensivstationen fehlen tausende Pfleger". – Das war am 25. Juli 2017, mehrere Jahre vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Wohlgemerkt: im Monat Juli, also außerhalb der jährlichen Grippesaison. Die spielt offenbar seit Corona im Infektionsgeschehen keine Rolle mehr.

Der Personalnotstand in den Kliniken und Intensivstationen ist also seit Jahren und Jahrzehnten bekannt. Er hat absolut niemanden interessiert. Die Corona-Krise hat den

Fokus jetzt verschärft auf das Problem gelenkt. Und was ist passiert? – Mal wieder nichts. Falsch, nicht ganz; es wurden weiterhin Betten abgebaut, und es wurde von weiteren Wellen, die unweigerlich auf uns zukommen, schwadroniert. Im Schlepptau von Karl Lauterbach ergötzte man sich daran, die Bürger in Angst und Schrecken zu versetzen, statt nach Lösungen zu suchen.

"Alle Kliniken sind am Anschlag": Dies ist ausnahmsweise eine aktuelle Meldung. Allerdings bezieht sie sich nicht auf Corona, sondern auf die derzeitige Situation in bayerischen Kinderkliniken. Dort wütet derzeit ein alter Bekannter, das RS-Virus. Da Kinder in den letzten zwei Jahren aufgrund der Corona-Einschränkungen meist weniger Kontakte zu anderen hatten, konnten sie nicht die normale und wichtige Entwicklung ihrer Immunabwehr durchlaufen. Jetzt treffen die Keime auf ungeübte Immunsysteme und sorgen dort für schwere Verläufe. Viele Kinderkrankenhäuser haben daher kaum noch freie Kapazitäten. Es handelt sich also um ein generelles Systemversagen.

(Beifall bei der AfD)

Wir leben jetzt im 21. Monat nach Corona. Zeit genug, um Intensivpflegekräfte anzuwerben oder weiterzubilden. Man findet keine? – Ich würde sagen, das ist eine Frage des Angebots: 20 bis 30 %Gehaltsaufschlag, kürzere Schichten, Rückkehrprämien, wie in unserem Dringlichkeitsantrag gefordert. Außerdem sollte die Bundeswehr zur Unterstützung angefordert werden. Näheres, Vorschläge und Lösungen finden Sie in unserem Dringlichkeitsantrag. Aber wer interessiert sich schon für praktische Lösungen? – Den Pflegekräften mit ergriffener Miene zu applaudieren hat es ja schließlich auch getan.

Den Bürger kann man weiterhin mit Repressalien schikanieren, gekrönt von der Entscheidung zum Impfzwang. Ihre Corona-Politik ist nicht nur ein einziges Desaster, sie ist vor allem Lug und Trug gegenüber der Bevölkerung.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Fraktionsvorsitzende der FREIEN WÄHLER Florian Streibl. Bitte schön, Herr Abgeordneter Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wertes Präsidium, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bei der AfD hat man wieder einmal gesehen, dass sich der politische Stil trotz der Neuwahlen und des neuen Vorstandes nicht groß geändert hat. Die Inhalte sind gleich geblieben und nur rhetorisch etwas schwächer geworden. Es ist also nichts Neues unter der politischen Sonne des Parlamentes hier angekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Sie haben dem Hohen Haus wieder einiges geboten. Sie haben dem Hohen Haus wieder einiges abverlangt. Es war ein gewisser Mischmasch, den Sie hier geboten haben. Zur Lösung haben Sie aber leider noch nicht beigetragen. Alles, was Sie letztlich möchten und worauf Sie abzielen, ist ein Spalten und Verunsichern unserer Gesellschaft mit dem Virus. Sie versuchen, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben, und haben das leider auch schon geschafft. Sie wollen hieraus politischen Profit schlagen. Wenn man die Umfrageergebnisse Ihrer Partei anschaut, dann stellt man fest: Genau das Gegenteil geschieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Mehrheit im Land weiß genau, dass sie bei diesem Spiel und diesen Verstrickungen in Unwahrheiten letztlich nicht mitmachen kann; denn Sie, meine Damen und Herren von der AfD, sind der Geist, der stets verneint.

Den demokratischen Oppositionsparteien sei gesagt: Sie haben im Sommer wie viele andere immer nach dem Prinzip Hoffnung gehandelt. Sie haben wie auch wir Öffnungen gefordert. Wir haben jetzt Verantwortung zu übernehmen. Wir übernehmen sie jetzt auch. Wir handeln jetzt. Man muss aber Abstand davon nehmen zu meinen, aus der Pandemie politisch Kapital schlagen zu können. Wir müssten doch jetzt endlich

gelernt haben, dass wir als demokratische Fraktionen und Parteien zusammenstehen müssen. Wenn wir uns hier auseinanderdividieren, dann ist das das absolut falsche Signal an die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land; das verwirrt sie nur. Es langt schon ein Spaltpilz hier im Hohen Haus. Wir brauchen nicht noch weitere. Wir müssen eine geschlossene Linie zeigen. Wir müssen zeigen, wie wir aus der Pandemie gemeinsam herauskommen. Es bringt nichts, sich dauernd gegenseitig Fehler vorzuhalten und vorzuwerfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir brauchen Lösungen, und zwar stringente. Die aktuelle Lage ist schlimm genug. Sie ist schlimmer als vor einem Jahr, als wir härtere Maßnahmen getroffen haben. Sie ist schlimmer, weil wir diese härteren Maßnahmen heute so nicht mehr treffen können. Sie ist schlimmer, weil Menschen auf den Intensivstationen liegen und dort jeden Tag Menschen sterben.

Von daher hoffen wir, dass wir in einem gemeinsamen Kraftakt hier im Hohen Haus, aber auch zusammen in Land und Bund, jetzt wieder mit einer Stimme sprechen. Unsere Apelle gehen auch an die neue Bundesregierung, die, Gott sei Dank, aus den Träumereien der Koalitionsverhandlungen erwacht ist. Wir fordern von ihr ein tatkräftiges Handeln ein, damit wir vom Bund eine einheitliche Linie bekommen, um in Deutschland und in Bayern handeln zu können. Von daher hoffe ich, dass wir dieses dynamische Geschehen gemeinsam in den Griff bekommen.

Wir haben es hier schon oft gesagt: Es ist ein dynamisches Geschehen, das uns immer wieder vor neue Herausforderungen stellt. Mit einem einheitlichen Plan, den man vor eineinhalb Jahren festgelegt hätte, wären wir nicht weit gekommen. Meine Damen und Herren, es ist klar: Wenn man mit dem Boot hinaussegeln will, einen festgelegten Kurs hat und die Segel setzt, dann ist das ganz schön; wenn aber ein Sturm aufzieht, dann muss man die Segel wieder einholen. Man muss dann vielleicht von seinem Kurs abweichen. Meine Damen und Herren, bei uns zieht kein Sturm auf, son-

dern ein Orkan. Besser gesagt: Wir stecken bereits in diesem Orkan. Von daher bleibt uns nichts anderes übrig, wie auch in vielen anderen Dingen, den Kurs dem Orkan anzupassen.

Überall wird Alarm geschlagen. Gerade die Krankenhäuser und Kliniken stehen bereits vor dem Kollaps oder sind schon kollabiert. Viele Intensivmediziner rechnen in den nächsten Tagen und Wochen mit der Einleitung der Triage. Bei manchen läuft sie schon. Manche Entscheidungen sind gerade für die Patienten und die Angehörigen bitter, und zwar auch für Patienten, die nicht unter COVID leiden, sondern die unter den ganz normalen, bei uns schon immer vorkommenden Krankheiten leiden. Dass diese dann keinen Platz bekommen, hinterlässt bei Angehörigen und Patienten sowie Pflegern und medizinischem Personal eine große Bitterkeit.

Das ist eine Bitterkeit, die sich natürlich auch bis in unsere Bevölkerung hinein fortsetzt. Je weiter die Pandemie fortschreitet, umso mehr Menschen sind davon betroffen. Bei den Inzidenzen, die wir heute sehen – in manchen Landkreisen, die mit den höchsten Inzidenzen Deutschlands eine traurige Berühmtheit erlangen –, ist jede Familie irgendwie betroffen oder kennt jemanden, der erkrankt ist.

Von daher ist es wichtig, dass wir die Maßnahmen verschärfen und anpassen. Wir tragen diese Maßnahmen nicht nur mit, sondern wir, meine Damen und Herren, sind die Regierungskoalition, die diese Maßnahmen beraten hat und entschieden hat, diese auch durchzuführen. Wir von der CSU und den FREIEN WÄHLERN sind hier die Vertreter der Regierung. Wir tragen diese Entscheidungen, weil sie für das Land absolut unabdingbar notwendig sind. Wir haben die Not gesehen und darüber beraten. Wir haben darüber geurteilt und handeln jetzt auch entsprechend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bis zum heutigen Tag sind circa 17.000 Menschen in Bayern an Covid verstorben. Das ist eine Zahl, die nicht hinnehmbar ist, die wir aber gleichwohl akzeptieren müssen. Wir müssen daran arbeiten, dass es so wenige Opfer wie möglich gibt. Jeder Ein-

zelne, der verstirbt, hinterlässt eine große Lücke in seinem Familien- und Freundeskreis. Nichts ist schlimmer, als wenn man das kommenden Weihnachtsfest ohne den geliebten Angehörigen feiern muss.

Es ist auch klar, dass die meisten Todesfälle in der Gruppe der Ungeimpften vorkommen. Von daher kann man nur appellieren: Lasst euch impfen!

In diesem Zusammenhang möchte ich an dieser Stelle einen Dank an alle diejenigen richten, die in der medizinischen Pflege und im Rettungswesen tätig sind und tagtäglich Stunde um Stunde, Minute um Minute um das Leben der Menschen kämpfen und sich an dieser Front abmühen und ihr Äußerstes geben. Ihnen allen ein großes Dankeschön!

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte auch noch einmal dringend appellieren: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger, lassen Sie sich impfen! Wenn Sie keine Erstimpfung haben, lassen Sie sich impfen. Wenn Sie bereits Ihre Erstimpfung und Zweitimpfung haben, lassen Sie sich boostern. Wenn Sie Zweifel haben, gehen Sie zu medizinischem Personal oder den Ärzten Ihres Vertrauens und lassen Sie sich beraten! Das Gift, das in der Bevölkerung gegen das Impfen sitzt, sind die Unwahrheiten und die Verschwörungstheorien. Das ist im Grunde eigentlich nur der uralte, ewig gleichgebliebene Aberglaube, der leider immer noch in einem aufgeklärten Volk wie unserem vorherrscht und immer noch von manchen Kleingeistern beschworen wird. Diesem Aberglauben können wir nur durch Fakten, Aufklärung und durch Vernunft begegnen.

Wir können zeigen, was für einen guten Impfstoff wir mittlerweile haben. 40 % der Weltbevölkerung sind geimpft. Kein Impfstoff auf diesem Planeten ist besser erforscht als dieser. Es gibt immer noch von Schwurblern und Esoterikern Vorbehalte.

Letztlich geht es hier nicht um "geimpft" oder "ungeimpft". Ich sagte es vorher schon: Es geht um Leben und Tod. Es geht um Leben und Tod derer, die einen Platz auf einer Intensivstation brauchen. Die beste Waffe gegen das Virus bleibt die Impfung.

Wir müssen wieder lernen, an das Gemeinwohl, an die Gesellschaft, an unser Land und unseren Staat zu denken. Wir haben uns viel zu sehr angewöhnt, den Eigensinn vor den Gemeinsinn zu stellen. Der persönliche Egoismus gilt manchen mehr als der Erfolg von uns allen. Wenn wir als Land und Gesellschaft Erfolg haben wollen, müssen wir zusammenstehen.

Kollege Thomas Kreuzer hat es vorhin gesagt: Es gibt nicht nur Freiheiten und Rechte; es gibt auch Pflichten. Pflichtbewusstsein und Pflichtentreue sind Tugenden, die leider verschüttet sind.Die Pflicht ist es jetzt, sich impfen zu lassen. Hier muss ich auch deutlich sagen: Wenn den Appellen und Bitten nicht gefolgt wird und die Angebote, die gemacht worden sind und gemacht werden, nicht angenommen werden, dann bleibt als Ultima Ratio nur eine Pflicht und das Einfordern dieser Pflicht mit den Mitteln, die wir als demokratischer Rechtsstaat zur Verfügung haben.

Eine Pflicht ist kein Zwang – genauso, wie eine Gurtpflicht nur eine Gurtpflicht im Pkw ist. Man muss dann halt mit entsprechenden Folgen rechnen. Aber diese Pflicht wird man dann einfordern müssen.

Das beste Zeichen wäre es, wenn sich bis Weihnachten 80 % in Deutschland und damit auch in Bayern impfen ließen. Dann wäre der Weg der Pflicht nicht einzuschlagen.

Anders werden wir aus dieser Pandemie nicht herauskommen. Ansonsten werden wir im nächsten Jahr um diese Zeit vor der gleichen Situation stehen. Wir kommen anders nicht heraus. Nur mit Testen schaffen wir keine Immunisierung; damit können wir nur die Infektionsketten erkennen. Einen Weg aus der Pandemie finden wir letztlich nur durch das Impfen. Das Vertrauen und das Warten darauf, dass ein Therapeutikum

kommt, kann lang sein; es kann auch kurz sein. Trotzdem bleibt der Königsweg die Impfung.

Meine Damen und Herren, deshalb brauchen wir zum einen niedrigschwellige Impfangebote. Zum anderen muss sich jeder erneut fragen lassen. Wir müssen wieder eine Kampagne fahren, um die Leute zu erreichen. Letztlich werden wir nur mit vielen Impfungen aus diesem Schlamassel herauskommen.

Mir ist es wichtig, dass wir die Diskussion über die Impfpflicht führen. Mir ist es auch wichtig, dass wir die Diskussion über Corona hier im Haus führen; das gehört zur politischen und demokratischen Kultur dazu. Wichtig ist aber auch, dass wir partei- und fraktionsübergreifend wieder zusammenfinden und den Weg aus der Pandemie heraus gemeinsam gehen.

Meine Damen und Herren, eines noch: Die Regelungen und Maßnahmen, die jetzt beschlossen werden, gelten zum Ersten dem Schutz der Ungeimpften – dem Schutz derer, die sich nicht impfen lassen können, aber auch derer, die sich nicht impfen lassen wollen. Das müssen wir wissen.

Hier zeigt sich die Solidarität unserer Gemeinschaft mit denen, die nicht wollen, und noch mehr mit denen, die nicht können. Gerade denjenigen gegenüber, die nicht können, sind wir am meisten verpflichtet, sie zu schützen; denn sie sind die Verlierer in dieser ganzen Pandemie. Daher ist es, wenn man sich impfen lässt, letztlich ein Akt der Solidarität und der Nächstenliebe. Jeder Einzelne von uns ist gefragt, und der Schulterschluss ist geboten.

Daher möchte ich Ihnen noch einmal zurufen: Das Schlimmste für unsere Demokratie wäre es, wenn wir uns durch die Pandemie auseinanderdividieren ließen und im kleinen Parteiengezänk untergingen. Was wichtig ist, sind Einigkeit, Einigkeit – und Einigkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender Streibl. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ingo Hahn von der AfD. Bitte schön, Herr Abgeordneter Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Streibl, Ihr "Amigo" Ministerpräsident Markus Söder sagte soeben, dass das Regieren dieser Tage schwierig und hart sei; gerade die FREIEN WÄHLER hätten mit dieser Härte zu kämpfen, besonders einige von ihnen. Meine Frage: Warum leiden die FREIEN WÄHLER so viel mehr als die CSU?

Und: Warum lassen Sie sich diese Spalterei von Söder & Co. gefallen? Oder ist sie etwa berechtigt? Denn wie erklärt sich der Sinneswandel nach der Wahl? Ihr Parteichef Aiwanger war zuerst – aus gutem Grund – gegen die Impfung und hat sich dann trotz des bekannten Impfversagens und der Impfschäden impfen lassen. War das ein reines Wahlkampfmanöver, womöglich noch mit Vorsatz betrieben?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Streibl, Sie haben das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Hahn, Sie haben hier ein Wort benutzt, das das absolut falsche ist, gerade in Bezug auf mich. Dass Sie hier den Begriff "Amigo-Freund" anführen,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

empfinde ich schon als persönliche Beleidigung von Ihnen, für die Sie sich bitte zu entschuldigen haben. Meine Familie hat unter diesem Begriff genug gelitten. Dass Sie hier mit diesen Worten anfangen, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Und das noch mir gegenüber! Wenn das nicht boshafte Absicht ist, dann weiß ich nicht, was es soll.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Jede andere Antwort erübrigt sich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. Weitere Anfragen liegen nicht vor. Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Florian von Brunn, Fraktionsvorsitzender der SPD. Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Lage in Bayern ist ernst – bitterernst. Die Intensivstationen sind voll mit Corona-Kranken. Erkrankte müssen verlegt werden. Menschen sterben; andere ringen um ihr Leben. Ihre Angehörigen und Freunde leiden. Unser Mitgefühl gilt ihnen in besonderem Maße.

(Beifall)

Das Personal in den Krankenhäusern arbeitet am oder sogar über dem Limit. Egal, ob es Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger oder alle anderen Beschäftigten in den Krankenhäusern sind – sie leisten Unglaubliches. Man kann ihnen für ihre Arbeit gar nicht genug danken.

(Beifall)

Eines ist völlig klar: Jetzt müssen wir handeln, um Menschenleben zu retten, das Personal in den Krankenhäusern zu entlasten und vor allem, um Menschen vor Infektionen mit möglicherweise schlimmen Folgen zu schützen. Wir erkennen diese drängende Notwendigkeit an. Trotzdem ist es wichtig, die Vorgeschichte und, ja, auch die Verantwortung für diese schlimme Situation zu betrachten und zu analysieren.

Über allem steht die Frage: Hätte sich diese Situation vermeiden lassen? – Vielleicht. Eines zumindest ist klar: Die Lage könnte weniger schlimm sein – so, wie in anderen Bundesländern –, wenn rechtzeitig, zielgerichtet und entschlossen die richtigen Schritte unternommen und wichtige Maßnahmen ergriffen worden wären.

(Beifall bei der SPD)

Was wären die richtigen Schritte gewesen? – Der Bayerische Ethikrat, Herr Ministerpräsident, hat sie bereits am 10. Juni dieses Jahres klar benannt. Nur zur Erinnerung, sehr geehrte Damen und Herren: Die Regierung Söder hatte genau diesen Bayerischen Ethikrat vor rund einem Jahr eingesetzt, damit er sie in Zukunftsfragen berät.

Es ist schon bemerkenswert, was der Ethikrat in der genannten Stellungnahme geschrieben hat – Zitat –:

> Wir warnen dringend davor, wie im Jahr 2020 die Aufmerksamkeitsspannung bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen aus dem Blick zu verlieren und dann im Herbst von absehbaren Entwicklungen überrascht zu werden.

Der Ethikrat hat in dieser Stellungnahme unter anderem eine breite und niedrigschwellige Impfkampagne gefordert, ebenso aufsuchendes Impfen und eine umfassende Informationskampagne, auch in "migrantischen Sprachen".

Er hat außerdem ein zweite Impfwelle vorgeschlagen mit Auffrischungsimpfungen für die in Bayern schon geimpften Menschen, die im Herbst wieder gefährdet wären.

Das alles müsse gut vorbereitet werden, lässt sich die Stellungnahme an dieser Stelle zusammenfassen. Gut vorbereitet – ich betone es noch einmal ausdrücklich.

Hervorgehoben steht in dieser Stellungnahme des Ethikrates der Satz:

> Ziel aller Planungen muss sein, im kommenden Herbst und Winter ohne radikale Kontaktbeschränkungen und ohne Lockdowns auszukommen. Das ist aber nur möglich, wenn nicht gewartet wird, bis sich radikale Maßnahmen überhaupt nicht mehr vermeiden lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen nicht, Herr Ministerpräsident, ob Sie oder Ihr Gesundheitsminister diese Empfehlungen Ihres eigenen Ethikrates gelesen haben. Sie waren zu diesem Zeitpunkt offensichtlich mit anderen Dingen beschäftigt. Interessiert haben Sie die Empfehlungen nicht; zumindest haben sie keinen Niederschlag in Ihrem politischen Handeln gefunden.

Herr Söder war tatsächlich mit anderen Dingen beschäftigt, zum Beispiel damit, sich an Herrn Laschet abzuarbeiten und ihm Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Das Schicksal Bayerns und seiner Menschen hat ihn zu diesem Zeitpunkt sichtlich weniger interessiert.

Als die Umfragewerte der Union vor der Bundestagswahl fielen, haben Sie auf eine plötzliche Kehrtwende gesetzt und mit schnellen Lockerungen reagiert. Werfen Sie nicht anderen Lockerungen vor! Sie selbst haben schnelle Lockerungen hier in Bayern durchgeführt, um mit dieser Corona-Politik bei der Bundestagswahl zu retten, was noch zu retten war.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Unfug!)

Viel schlimmer ist noch – das halten wir für ein schwerwiegendes Versäumnis; Herr Kreuzer hat es gerade eingestanden –, dass damals – das ist noch gar nicht so lange her – die Impfzentren in Bayern auf Weisung der Staatsregierung heruntergefahren und den Kreisverwaltungsbehörden harte Beschränkungen bei der Höchstzahl von Impfungen auferlegt wurden. Falls Sie jetzt sagen, dass das nicht stimmt: Ich habe gestern mit Oberbürgermeistern und mit Leitern von Gesundheitsämtern telefoniert, die uns bestätigt haben, dass es genau so gewesen ist.

(Zuruf)

Das geschah vor dem Hintergrund, dass Herrn Söder, Herrn Holetschek und den Verantwortlichen in der Staatskanzlei und im Gesundheitsministerium dabei sehr wohl die Szenarien der Epidemiologinnen und Epidemiologen sowie der Medizinerinnen und

Mediziner bekannt waren, die tagtäglich mit Corona zu tun oder sich wissenschaftlich damit beschäftigt haben. Sie alle haben die Entwicklung, die wir jetzt erleben, ziemlich genau vorausgesagt.

Der Infektiologe und Chefarzt von der München Klinik Clemens Wendtner ist heute schon angesprochen worden, aber auch Herr Drosten hat am 28. September vor einer neuen Infektionswelle im Oktober gewarnt. Vor diesem Hintergrund war schlicht verantwortungslos, was Sie mit den Impfzentren gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Das größte Problem war und ist heute nämlich, dass aufgrund dieser Fehlentscheidung das medizinische Personal der Impfzentren entlassen werden musste, weil Ihnen die Kosten dafür zu hoch waren. Das war übrigens zum gleichen Zeitpunkt, als Sie im Wahlkampf umfangreiche Steuererleichterungen für die High Society in diesem Land versprochen haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Ich finde das wirklich unfassbar. Diese Staatsregierung muss sich fragen lassen, wie sie diese Verantwortungslosigkeit, ja, dieses Versagen den Menschen in Bayern und vor allem den Betroffenen erklären will.

Auch nach der verlorenen Bundestagswahl gab es bei Herrn Söder und der Staatsregierung aber keine Wende hin zu einer verantwortlichen Corona-Politik, wie sie der Ethikrat mehr als drei Monate zuvor eingefordert hatte. Die Impfquote in Bayern stagniert bis heute auf dem letzten Platz der alten Bundesländer; darauf habe ich bereits in meiner Rede zur Regierungserklärung vom 1. September hingewiesen.

Bis heute hat sich daran nichts geändert. Das manifestiert doch Ihr Versagen auf diesem Gebiet. Der Leiter des DIVI-Intensivregisters Prof. Christian Karagiannidis hat gestern im Bayerischen Rundfunk mit Blick auf Bayern, Sachsen und Thüringen auf den Zusammenhang zwischen der Erstimpfungsquote und der Belegung der Inten-

sivstationen hingewiesen. Die Zahlen zeigen, welche schlimmen Folgen eine zu niedrige Impfquote in der Realität hat.

Es gibt aber noch weitere Punkte: Die Corona-Krankenhausampel war von Anfang an fehlerbehaftet; darauf haben wir immer wieder hingewiesen. Das war Ihnen aber viel zu lange egal: Die Ampel wurde zu spät korrigiert und an die Realität angepasst.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Auffrischungskampagne und die Booster-Impfungen wurden im Freistaat von dieser Staatsregierung unzureichend vorbereitet. Herr Ministerpräsident, wir lassen Ihnen auch nicht durchgehen, dass Sie mit dem Finger auf andere zeigen und die Verantwortung nach Berlin abschieben wollen, anstatt Verantwortung für Ihre eigenen Fehler zu übernehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist schäbig und zeigt, dass es gut war, dass Sie nicht Kanzlerkandidat geworden sind. Sie sind nicht kanzlerfähig, und es stellt sich auch die Frage, ob Sie geeignet sind, Bayern in eine gute Zukunft zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Daran haben wir angesichts Ihrer Corona-Politik immer mehr Zweifel. Ihre Egotrips, Ihre Selbstbezogenheit, Ihre PR-Aktionen und Ihre ständige Ankündigungspolitik, der nichts oder wenig folgt – Stichwort: Luftfilter in allen Klassenzimmern nach den Ferien –, haben uns doch auch in die Situation gebracht, vor der Ihr Ethikrat schon im Juni gewarnt hatte. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch die von Ihnen begonnene Debatte über die allgemeine Impfpflicht, über die übrigens der Bundestag entscheiden muss, nicht Sie. Das tun Sie am liebsten, Herr Söder: Anderen kluge Ratschläge erteilen, anstatt sich um die Probleme im eigenen Bundesland Bayern zu kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Selbstverständlich müssen wir eine Debatte über eine allgemeine Impfpflicht führen, weil es nicht sein kann und nicht sein darf, dass ein bestimmter Prozentsatz von Unwilligen und Unbelehrbaren mit dafür verantwortlich ist, dass andere Menschen sterben, dass die Intensivbetten nicht ausreichen, dass Operationen verschoben werden müssen und dass es zu neuerlichen Freiheitseinschränkung und Lockdownmaßnahmen kommt.

(Zuruf)

Zuerst aber müssen sich alle in dieser Regierung doch um die Defizite kümmern, die aufgrund Ihrer Fehlentscheidungen hier in Bayern existieren, anstatt ständig Nebelkerzen in Richtung Berlin zu werfen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten längst alle Maßnahmen, die wir heute diskutieren, in Bayern umsetzen können. Das haben Sie aber nicht gemacht: Sie haben nur geredet und öffentliche Forderungen in den Medien erhoben. Herr Söder, es ist aber so: Sie tragen hier die Verantwortung. An diesem Maßstab und an keinem anderen werden wir Sie messen.

(Beifall bei der SPD)

Wer über die allgemeine Impfpflicht redet, muss sich auch der Realität in Bayern stellen. Im Moment reichen die Kapazitäten doch nicht einmal für die Booster-Impfungen aus. Vielerorts müssen Impfwillige immer noch aufgrund fehlender Ressourcen weggeschickt werden. Wer heute einen Termin vereinbaren will, bekommt ihn erst im Januar. Aus den Städten und Landkreisen heißt es, dass die Nachfrage nach Auffrischungsimpfungen frühestens Ende Januar abgearbeitet sein wird. Deswegen gilt: Wer wie Sie in einer Regierung ist, die solche Defizite zu verantworten hat, und dann über die allgemeine Impfpflicht schwadroniert, sollte überhaupt erst einmal darlegen, wie er die Voraussetzungen dafür in Bayern schaffen will.

(Beifall bei der SPD)

Ganz ehrlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN: Es ist besonders peinlich, dass Sie sich an dieser Debatte beteiligen. Wenn ich richtig informiert bin, waren es die FREIEN WÄHLER, die eine Verfassungsklage gegen die Bundesnotbremse eingereicht haben. Ihr Parteivorsitzender Hubert Aiwanger hat noch im September einen sogenannten Freedom Day statt German Angst gefordert; so hat er sich ausgedrückt. Ihr Koalitionspartner braucht überhaupt nicht die FDP zu kritisieren: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür. Sie wollten, dass alle Corona-Beschränkungen wegfallen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Aiwanger hat monatelang damit Schlagzeilen gemacht, dass er sich nicht impfen lassen wollte, und sogar Angst und Bedenken gegen das Impfen geschürt. Wenn gerade Sie heute eine allgemeine Impfpflicht fordern, ist Ihnen offenbar nichts zu peinlich. Das ist Heuchelei hoch zehn; das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann allen in dieser Regierung nur empfehlen, sich mit Ratschlägen an andere und mit posaunenden Debattenbeiträgen ganz zurückzuhalten und sich tatsächlich um die Probleme hier in Bayern zu kümmern, für die Sie verantwortlich sind. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie jetzt endlich eine starke zentral koordinierte Booster-Kampagne auflegen und dafür den Landkreisen und kreisfreien Städten auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Wir erwarten von Ihnen endlich auch eine bayernweite Koordinierung von niedrigschwelligen Impfangeboten, weil das in vielen Landkreisen eben nicht in ausreichendem Maße stattfindet, auch wenn es dabei echte Vorbilder im ländlichen Raum gibt wie etwa den Landkreis Regen in Niederbayern, der deutlich über der bayerischen Impfquote liegt. Wir brauchen konzertierte Impfaktionen für ältere Menschen, die zu Hause gepflegt werden, samt ihren Angehörigen. Auch hier gibt es noch viel zu viele Ungeimpfte und zu viele Menschen, die eine Auffrischungsimpfung brauchen.

Wir brauchen ein Sonderimpfprogramm für die Schulen, und zwar nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, sondern für alle Beschäftigten dort. Wir brauchten mehr Impfen vor Ort und eine breite und gute Impfkampagne, wie sie der Ethikrat schon vor Monaten gefordert hat. Wenn wir schon darüber diskutieren, möchte ich darauf verweisen, dass der Verfassungsrechtler Thorsten Kingreen gestern öffentlich darauf hingewiesen hat, dass aus seiner Sicht eine Impfpflicht verfassungsrechtlich nur möglich ist, wenn der Staat besser informiert, als das bisher der Fall ist. Schaffen Sie dafür die Voraussetzungen, wenn Sie weiter debattieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Impfstoffverteilung muss endlich verbessert werden; denn auch da hakt und klemmt es, was man erfährt, wenn man mit den Verantwortlichen in den Kommunen spricht. Nicht zuletzt muss auch das bayerische Impfportal endlich überarbeitet und benutzerfreundlich gemacht werden.

Angesichts der ernsten Lage tragen wir Ihre jetzigen Notmaßnahmen mit, aber ich will schon noch einmal deutlich sagen: Sie haben uns mit Ihren Fehlern und Versäumnissen in eine Situation gebracht, die diese Schritte jetzt notwendig macht. Sie tragen die volle Verantwortung für die wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Folgen dieser Maßnahmen. Sie haben den Menschen die neuerlichen Einschränkungen ihrer Freiheit zu erklären.

(Beifall bei der SPD)

Trotz unserer grundsätzlichen Bereitschaft, diese notwendigen schweren Schritte mitzugehen, halten wir es für notwendig, einige klare Linien zu ziehen und einzelne Punkte zu hinterfragen. Wir wollen auch keine Schließungen von Kitas und Schulen. Wir wollen nicht, dass Bildungsteilhabe, Angebote für den Alltag und soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, die für sie von besonderer Bedeutung sind, in Bayern wieder eingeschränkt werden. Kinder und Jugendliche haben genug unter der Pandemie

gelitten; wir wollen nicht, dass sie wieder die Leidtragenden sind, weil Fehler gemacht worden sind, die sie nicht zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir verlangen von Ihnen auch, dass Sie die geplanten Regelungen im Kulturbereich noch einmal genau überprüfen, damit es nicht vor allem für kleinere Kultureinrichtungen, die schon jetzt vielfach in existenzgefährdenden Situationen sind, das endgültige Aus bedeutet. Wo jetzt der Betrieb aufgrund bayerischer Sonderregelungen eingeschränkt oder gar eingestellt wird – egal, ob es um die Gastronomie oder um Weihnachtsmärkte geht –, verlangen wir schnelle, unbürokratische und großzügige Wirtschaftshilfen. Das muss auch bei regionalen Lockdowns gelten. Herr Ministerpräsident, das Geld ist im Haushalt vorhanden. Es darf nicht an der falschen Stelle gespart werden; die Betroffenen brauchen jetzt Hilfe.

(Beifall bei der SPD)

Es muss auch klare Regelungen geben, damit man weiß, woran man ist, wenn es zum Beispiel um Hotelschließungen in Landkreisen geht, in denen der Tourismus eine große Rolle spielt. Das kann nicht von heute auf morgen passieren und der Fall sein.

Wir akzeptieren nicht, dass Sie auch hier wieder versuchen, die finanzielle Verantwortung allein auf Berlin abzuschieben, wie aus dem Dringlichkeitsantrag der Koalitionsfraktionen hervorgeht. Tatsächlich bedeutet das doch, dass Sie die Betroffenen in Bayern im Regen stehen lassen wollen. Das merken die Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Wir verlangen von Ihnen auch, dass Sie Ihre Maßnahmen noch einmal anhand der bisherigen Erfahrungen und Lockdowns überprüfen. Wir halten nichts von epidemiologisch bedingt sinnvollen Maßnahmen wie dem Verbot von Amateursport im Freien, unverhältnismäßigen Schließungen oder sachlich nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlungen.

Ja, angesichts der gefährlichen Situation und der ernsten Lage tragen wir trotzdem Ihre Maßnahmen im Grundsatz mit. Aber wir werden Ihnen hier und heute keinen Blankoscheck ausstellen, sondern im Interesse der Menschen in Bayern genau darauf achten, was Sie in den nächsten Wochen und Monaten machen. Was wir nicht mehr akzeptieren, Herr Ministerpräsident, ist Ihr politisches Blendertum und Ihre Egotrips; denn das hat dazu geführt, dass wir in diese schlimme Situation geraten sind.

Das Gleiche gilt übrigens auch für Ihren Stellvertreter Herrn Aiwanger, der in dieser Beziehung keinen Deut besser ist.

Wir hoffen, dass Sie angesichts dieser schwierigen Lage, für die Sie einen Anteil an Verantwortung tragen, zu nachhaltigem, verantwortungsvollem Handeln in der Lage sind. Unsere Vorschläge dafür liegen hier und heute auf dem Tisch. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Der Herr Gesundheitsminister hat sich als Abgeordneter Holetschek von den Abgeordnetenplätzen aus für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Damit hat er jetzt berechtigt das Wort. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident! Herr Kollege von Brunn, leider haben Sie sich in Ihrer Rede nicht an den Fakten orientiert, vieles verdreht, falsch intoniert und Leute auch damit verunsichert, dass Sie die Fakten einfach tatsächlich nicht wissen. Wir haben die Impfzentren immer am Start gelassen. Sie werden mir sicher gleich die Frage beantworten können, wie viele Impfzentren in Bayern denn noch da sind, wie viele mobile Teams noch da sind. Das würde ich Sie gerne fragen, weil wir auch immer mit Kolleginnen und Kollegen Ihrer Partei in der kommunalpolitischen Familie in dieser Abstimmung waren. Wir waren uns alle einig, dass es sinnvoll ist, dass wir vorbereitet bleiben. Das sind wir auch. Wir fahren die Impfzentren hoch, wir sind bereit, mit den

Ärzten den Beitrag zu den Impfungen zu leisten. Das will ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich feststellen.

Ich frage Sie: Wie viele Impfzentren gibt es denn in Bayern? Wie viele mobile Teams sind denn da, die im Moment tatsächlich auch Menschen Impfungen verabreichen können?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön, Herr Abgeordneter Holetschek. – Bitte schön, Herr von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Holetschek, die Frage spielt überhaupt keine Rolle; denn es geht um das, was Sie gemacht haben.

(Unruhe)

Sie haben den kreisfreien Städten und den Landkreisen erlaubt, die Impfzentren, die Flächen der Impfzentren zu erhalten. Der Betrieb musste auf 25 % runtergefahren werden. Das war Ihre Anweisung, nichts anderes. Das führte dazu, dass Personal entlassen werden musste und dass dieses Personal heute nicht so leicht bis gar nicht zu finden ist. Deswegen haben wir diese Schwierigkeiten.

Genau diese Erfahrungen haben mir erfahrene Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gestern zurückgespiegelt. Da frage ich Sie, ob Sie hier die Wahrheit sagen, wenn Sie anderes verkünden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen nicht vor. Damit komme ich zum nächsten Redner. Das ist der Vorsitzende der FDP-Fraktion Herr Martin Hagen. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

Martin Hagen (FDP): Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bedanke ich mich ganz herzlich bei der Präsidentin des Bayerischen Landtags dafür, dass sie die Beteiligung des Parlaments an der Corona-Politik wieder angemahnt hat, und dafür, dass es zu dieser Regierungserklärung kommt. Es ist die erste Regierungserklärung zu Corona nach einer sehr langen Zeit. Es ist gut und überfällig, dass wir endlich jetzt an dieser Stelle wieder über dieses Thema diskutieren.

Vielerorts in Bayern sind keine oder nur noch sehr wenige Intensivbetten frei. Der Grund dafür ist ein saisonaler Anstieg der Corona-Infektionen in Verbindung insbesondere mit drei Faktoren: erstens einer unzureichenden Impfquote, zweitens einer viel zu niedrigen Auffrischungsimpfquote und drittens reduzierten intensivmedizinischen Kapazitäten.

Zu Punkt eins. Die Impfquote liegt in Bayern bei 65,9 %. Das liegt unterhalb des Bundesdurchschnitts. Die höchste Impfquote der Flächenländer hat Schleswig-Holstein mit 72,3 %, übrigens ein Land mit einem FDP-Gesundheitsminister. Dort sind die Infektionszahlen auch bundesweit am niedrigsten. Warum ist es so wichtig, dass wir eine hohe Impfquote haben? – Das ist deswegen wichtig, weil die Inzidenz der Geimpften – wir sehen das in Bayern – signifikant unter der Inzidenz der Ungeimpften liegt. Die Inzidenz der Geimpften in Bayern liegt bei 110, die Inzidenz der Ungeimpften bei 1.469. Ich wiederhole das noch mal: 1.469. Wenn das nicht als Argument reicht, sich impfen zu lassen, meine Damen und Herren, dann weiß ich auch nicht.

Sie reduzieren mit einer Impfung das Risiko einer Infektion. Sie reduzieren damit auch das Risiko, das Virus weiterzutragen. Und vor allem reduzieren Sie mit einer Impfung das Risiko eines schweren, möglicherweise tödlichen Verlaufs.

Ein medizinischer Eingriff wie eine Impfung ist zunächst mal immer eine persönliche Entscheidung. Aber das gilt eben nur so lange, wie die Entscheidung vieler, in diesem Fall die falsche Entscheidung vieler, nicht das Gesundheitssystem an seine Grenzen

bringt. In dieser Situation sind wir jetzt aber. Eine Freundin von mir schrieb vor wenigen Tagen auf Twitter, Zitat:

> Liebe Ungeimpfte, die OP meines Vaters wird verschoben, weil für Euch Betten im Krankenhaus freigehalten werden müssen. Das bedeutet für meinen Vater viele Wochen voller Schmerzen. Deshalb ist eine Impfung KEINE PERSÖNLICHE Entscheidung.

Ich finde, sie hat recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Debatte um eine Impfpflicht, die auch heute hier schon geführt wurde, gewinnt in der gesamten Gesellschaft an Fahrt. Sie kann und sie muss auch geführt werden: mit Blick auf eine langfristige Bekämpfung der Pandemie, mit Blick auf einen langfristigen Umgang mit Corona. Sie muss gründlich und fundiert geführt werden, weil es eine verdammt schwierige Abwägung ist zwischen den Rechten des Einzelnen und gesamtgesellschaftlichen Interessen. Die Impfung ist aber kein Notfallinstrument für die vierte Welle, dessen müssen wir uns bewusst sein. Als solches käme sie jetzt zu spät. Die Impfpflicht bringt auch nichts, wenn Impfwillige momentan schon stundenlang Schlange stehen, weil die Nachfrage aktuell die Kapazitäten der Impfzentren und der Arztpraxen übersteigt. Eine Impfpflicht einzuführen, während die, die sich impfen lassen wollen, nicht den Impfstoff bekommen – das ist nicht der richtige Zeitpunkt. Die Debatte über eine Impfpflicht darf auch kein Ablenkungsmanöver sein, um Versäumnisse vergessen zu machen.

Das bringt mich zum zweiten Faktor für die Überlastung des Gesundheitssystems, die viel zu niedrige Quote von Auffrischungsimpfungen, nämlich bei denen, die zu Jahresbeginn 2021 ihre Erstimpfung hatten. Das waren insbesondere die Alten und besonders gefährdeten Gruppen. Dort erleben wir jetzt momentan leider sehr viele Impfdurchbrüche. Das ist übrigens eine Situation, mit der wir – da haben Sie recht, Herr Ministerpräsident – nicht in dieser Vehemenz gerechnet hätten. Herr Kollege Kreuzer

hat an der Stelle ja der FDP Fehleinschätzungen vorgeworfen. Da hat er einen Punkt, meine Damen und Herren. Aber hätte er und hätte die CSU die Lage besser eingeschätzt als die FDP, wären wir jetzt nicht in diesem Schlamassel.

(Beifall bei der FDP)

Wir erleben unerwartet viele Impfdurchbrüche. Wir sehen, dass die Auffrischungsimpfquote bei den Über-Sechzigjährigen in Bayern gerade mal bei 14,6 % liegt. Auch das ist wieder unter Bundesdurchschnitt. Auch hier gehört wieder Schleswig-Holstein mit immerhin 18,5 % zu den Spitzenreitern. Der Ethikrat war weitsichtiger als wir hier im Parlament. Er hat am 10. Juni bereits gemahnt, Booster-Impfungen vorzubereiten, weil – Zitat – "ein Teil der Geimpften ihren Schutz womöglich zu der Jahreszeit verlieren wird, in der aus saisonalen Gründen die Wahrscheinlichkeit einer Verbreitung des Virus wieder steigt."

Diese Empfehlung an die Staatsregierung stammt vom 10. Juni. Vier Monate später, am 10. Oktober, hat die Staatsregierung Zeitungsanzeigen in allen bayerischen Zeitungen geschaltet und sich damit direkt an die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger im Land gewandt. Wissen Sie, was da draufstand? – Ich zeige Ihnen gerne die Zeitungsanzeige:

(Der Abgeordnete Martin Hagen (FDP) präsentiert eine Zeitungsannonce)

Danke, Oma, danke, Opa, fürs Kümmern, Spielen, Kochen, Trösten. Einen schönen Großelterntag! Dr. Markus Söder und Carolina Trautner

Sie geben Geld aus, um in Zeitungen Glückwünsche zu einem von Ihnen selbst erfundenen Großelterntag zu überbringen, anstatt die Großeltern auf diesem Weg zum Boostern aufzurufen? Herr Ministerpräsident, Sie haben in Richtung Ampel heute an dieser Stelle gesagt: Regieren heißt, das zu tun, was notwendig ist. – Sie haben das offenbar versäumt.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum dritten Faktor, der verantwortlich ist für die Überlastung des Gesundheitssystems, die wir derzeit erleben, die reduzierten intensivmedizinischen Kapazitäten.Bayerns Intensivstationen sind derzeit am Limit. Das liegt aber nicht allein an den 962 Corona-Patienten, die dort behandelt werden, sondern das liegt auch daran, dass im Lauf der vergangenen zwölf Monate eine ähnlich hohe Anzahl an Intensivbetten abgebaut wurde. Wir haben in den letzten zwölf Monaten den Abbau von rund 800 Intensivbetten erlebt, weil viele Pflegekräfte aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und der schlechten Arbeitsbedingungen ihren Job gekündigt haben. Weder die Bundes- noch die Landesregierung haben aber etwas getan, um dem entgegenzuwirken.

Unser Krankenhaussystem ist auf diese vierte Welle deutlich schlechter vorbereitet, als das bei den drei vorherigen Wellen der Fall war. Deswegen müssen wir jetzt dreierlei tun: Erstens. Wir brauchen mehr Tempo beim Impfen. Zweitens. Wir brauchen mehr Tempo beim Boostern. Drittens. Wir müssen alle Möglichkeiten zur kurzfristigen Gewinnung von pflegerischem und von ärztlichem Personal ausreizen, um eine Aktivierung der Notfallreserve in unseren Krankenhäusern zu ermöglichen. Die Anträge aller demokratischen Fraktionen hier in diesem Haus, sowohl von der Regierung als auch von der Opposition, bieten hierfür sinnvolle und gute Vorschläge, die jetzt bitte umgesetzt werden sollten, und zwar egal aus welchem Eck dieses Hauses sie kommen.

Impfen, Auffrischen und die Krankenhäuser zu ertüchtigen wird allerdings nicht reichen; denn wir sind auch durch die Versäumnisse der vergangenen Monate in einer Situation, in der neue Einschränkungen unvermeidlich werden. Wir als FDP haben immer gesagt, dass die Situation in den Krankenhäusern das entscheidende Kriterium für die Corona-Politik ist und Maßnahmen verschärft werden müssen, wenn eine Überlastung der Kliniken droht. Für diese Maßnahmen hat die Ampel in Berlin eine neue Rechtsgrundlage geschaffen.

Herr Kreuzer, die Beendigung der epidemischen Notlage ist mit der Beendigung der Corona-Krise nicht gleichbedeutend – reden Sie nicht so einen Unsinn! –, Sie wissen das ganz genau.

(Beifall bei der FDP)

Der Bundestag hat nicht die Pandemie beendet, sondern er hat lediglich ein juristisches Konstrukt beendet, indem er es durch ein anderes ersetzt hat. Dieses neue Konstrukt, das neue Infektionsschutzgesetz, kann Bayern nun auch nutzen.

Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Dringlichkeitsantrag, die Instrumente des neuen Infektionsschutzgesetzes, das die Ampel in Berlin beschlossen hat, im Kampf gegen Corona auszuschöpfen. Das Gesetz enthält einen umfassenden Maßnahmenkatalog, den die Bundesländer unabhängig von der epidemischen Lage nationaler Tragweite anwenden können. Die Voraussetzung dafür, dass alle Instrumente auch nutzbar sind, ist wiederum die Feststellung der Anwendbarkeit durch die Landesparlamente, und diese Feststellung beantragt die FDP-Fraktion mit ihrem Dringlichkeitsantrag, wie das auch die CSU und die FREIEN WÄHLER mit ihrem Dringlichkeitsantrag tun. In dieser Frage sind wir also beieinander.

Die FDP unterstützt die notwendigen Corona-Maßnahmen der Staatsregierung auf der Basis des neuen Infektionsschutzgesetzes, das die Ampel beschlossen hat. Einen Dissens haben wir hingegen bei den Maßnahmen, die Sie übergangsweise bis zum 15. Dezember 2021 in Landkreisen mit einer Inzidenz von über 1.000 planen.

Diese Maßnahmen basieren nicht auf dem Infektionsschutzgesetz, wie es jetzt entwickelt wurde, sondern sie gehen noch auf die epidemische Lage von nationaler Tragweite zurück, die jetzt demnächst ausläuft. Es handelt sich dabei um die pauschalen Schließungen von Freizeit-, Sport- oder Kulturveranstaltungen, um die Schließung der Gastronomie und der Hotellerie sowie um die Schließung der Betriebe mit körpernahen Dienstleistungen und der Hochschulen. Wir lehnen diese Maßnahmen wie auch schon im vergangenen Jahr ab. Genauso lehnen wir das Verbot von Weihnachtsmärkten ab, und da haben wir die Aerosolforscher auf unserer Seite, die heute erst wieder geäußert haben, dass das Quatsch sei, weil das Infektionsrisiko an der frischen Luft nachweislich gering und es nicht klug sei, die Leute in Innenräume zu drängen.

Weil wir diese Punkte ablehnen, können wir Ihrem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen, obwohl wir an anderer Stelle wiederum an einem Strang ziehen. Um unsere differenzierte Haltung im Abstimmungsverhalten zu dokumentieren, werden wir uns bei Ihrem Dringlichkeitsantrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren von der CSU, ich kann Ihnen nicht ersparen, abschließend noch einmal über den politischen Stil zu sprechen. Die CSU versucht seit Wochen, die Ampel, die übrigens noch gar nicht regiert, aber ihrer Verantwortung trotzdem schon nachkommt, für die Versäumnisse der immer noch amtierenden Regierung Merkel und der Bayerischen Staatsregierung verantwortlich zu machen. Die Rede von Thomas Kreuzer war dafür ein unrühmliches Beispiel.

(Beifall bei der FDP)

Der CSU-Generalsekretär Blume twitterte am 14. November 2021 – Zitat –: "Das ‚Team Vorsicht‘ wird abgelöst vom ‚Team Fahrlässig‘". Einen Tag später, also am 15. November 2021, twitterte er: "Das ‚Team Vorsicht‘ wird abgelöst vom ‚Team Weißnicht‘". – Meine Damen und Herren, jeden Tag ein neuer Kalauer. Glauben Sie wirklich, dass es das ist, was die Bürger in dieser Krise für unser Land erwarten und was die Bürger von der Politik momentan hören wollen? Zwar gehört Klamauk natürlich traditionell zur Jobbeschreibung eines CSU-Generalsekretärs. Dass aber auch der Bayerische Ministerpräsident in diese Rolle zurückfällt, hat mich doch irritiert, meine Damen und Herren.

Der Bayerische Ministerpräsident twitterte gestern – Zitat –:

> Die Ampel hat die Situation falsch eingeschätzt. Es ist unangemessen, die epidemische Notlage abzuschaffen und parallel Drogen zu legalisieren.

Ich musste das noch einmal nachlesen, aber er hat das tatsächlich geschrieben. Wie bitte? Was? – Meine Damen und Herren, einen Zusammenhang zwischen der Coro-

na-Krise und der Legalisierung von Cannabis herzustellen und die Bekämpfung einer Notlage für unser Land für parteitaktische Rempeleien zu instrumentalisieren, erinnert an den politischen Aschermittwoch, aber nicht an einen Ministerpräsidenten in Krisenzeiten. Das ist ein erschreckendes Zeichen von mangelnder Ernsthaftigkeit in dieser Situation.

(Beifall bei der FDP)

Mich hat es deshalb heute gefreut, dass Sie zumindest in Ihrer Regierungserklärung wieder zu einem staatstragenderen Stil zurückgefunden haben, Herr Ministerpräsident. Es hat mich auch gefreut, dass sich Bayern im Bundesrat durchgerungen hat, das neue Infektionsschutzgesetz der Ampel mit zu beschließen.

(Zuruf)

Alle staatlichen Ebenen müssen jetzt Verantwortung übernehmen und diese Krise gemeinsam meistern; denn vor uns liegen schwere Monate, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist jetzt nicht die Zeit für parteitaktisches Klein-Klein, sondern es ist, wie gesagt, die Zeit, Verantwortung zu übernehmen. Das gilt für die Parlamentarier sowohl in der Regierung als auch in der Opposition, und das gilt für die Bürgerinnen und Bürger, die es jetzt mit ihrem Verhalten in der Hand haben, dass wir gemeinsam gut durch diesen Winter kommen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hagen, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste Zwischenbemerkung kommt von dem Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD. Herr Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Martin Hagen, zuerst einmal Danke für den Hinweis auf die Aerosolforscher. Ich sage das schon seit Monaten, und du zitierst jetzt die beiden Aerosolforscher Asbach und Scheuch, die das wiederholt vorgebracht haben.

(Zuruf)

Die FDP geriert sich als Freiheitspartei gegen Lockdowns; das hast du vorhin richtig betont. Warum hat dann aber die Ampelkoalition, bei der du selber mit in der Verhandlungsführerschaft bist, dieser Erpressung der Verlängerung der epidemischen Lage durch eine Übergangszeit bis zum 15. Dezember 2021 indirekt zugestimmt? Der Herr Ministerpräsident hat das sofort ausgenutzt, um diesen irrsinnigen Lockdown bei Inzidenzen über 1.000 – du hast das selber vorhin kritisiert – in Bayern mit allen Einschränkungen, auf die ich in meiner Rede noch eingehen werde, durchzusetzen. Warum seid ihr diesen Kuhhandel eingegangen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit.

Franz Bergmüller (AfD): Stellt ihr euch gegen diese Regelung, dass sie weitergeführt wird?

(Zuruf)

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Bergmüller, die Ampel hat mit dem neuen Infektionsschutzgesetz eine rechtliche Grundlage für die Instrumente geschaffen, die wir brauchen, um durch diese Krise zu kommen. Das alles sind Instrumente, die die Fraktion der AfD ablehnt, weil sie das Virus verharmlost oder sogar für eine große Verschwörung hält.

(Zuruf)

Die Ampel hat mit diesem Gesetz aber anders, als es bisher die Politik war, eine Grundlage geschaffen, die erstens auf einen parlamentarischen Rahmen setzt. Das heißt, dass das Parlament entscheidet. Schluss mit dem Ausnahmezustand!

Zweitens ist es grundrechtsschonender,

(Zuruf)

weil Lockdowns ausgeschlossen sind. Es geht nicht mehr um die Schließung von Gaststätten, Ausgangssperren und Ähnlichem, sondern um maßvollere, mildere Mittel.

Drittens. Diese Grundlage ermöglicht wirksame Maßnahmen, weil wir neue Instrumente für die Bereiche geschaffen haben, die bisher noch nicht abgedeckt waren, wie zum Beispiel die 3G-Pflicht am Arbeitsplatz.

Das ist der Unterschied zwischen verantwortungsvoller Politik und radikaler Polemik vom rechten Rand.

(Beifall bei der FDP – Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hagen, die zweite Zwischenbemerkung kommt von dem Abgeordneten Klaus Holetschek. Herr Holetschek, bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Kollege Hagen, erlauben Sie erstens mir zum Thema Auffrischungsimpfungen die Feststellung, dass wir bereits Mitte August als eines der ersten Bundesländer aktiv auf die Träger, auf die Impfzentren zugegangen sind, um diese Impfungen durchzuführen. Ich höre, dass in Rheinland-Pfalz erst jetzt mit dem Boostern in Einrichtungen begonnen wird.

(Zuruf)

Zweitens. Ich fand Ihre Ausführungen zum politischen Stil sehr interessant. Wie werten Sie denn den politischen Stil des FDP-Mitglieds und Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags Kubicki, der den Weltärztepräsidenten Montgomery mit Saddam Hussein verglichen hat? Ist das politischer Stil? Ist das ein Vorbild? Zeigt das Verantwortung?

(Beifall bei der CSU)

Letzte Frage: Würden Sie den von Ihnen am 01.09.2021 hier eingebrachten Dringlichkeitsantrag, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, unverzüglich einen Freiheitstag auszurufen, im Lichte der jetzigen Lage noch einmal stellen?

Martin Hagen (FDP): Zur ersten Frage: Ich habe die Zahlen von Rheinland-Pfalz nicht im Kopf; ich weiß aber, dass Bayern hier leider unter dem Durchschnitt liegt. Ich habe gesagt, dass wir in Deutschland insgesamt im Bereich der Auffrischungsimpfungen hinten dran sind. – Herr Gesundheitsminister, Sie schütteln mit dem Kopf. Das ist leider ein Zeichen mangelnder Einsicht.

(Beifall bei der FDP – Unruhe)

Das bringt mich direkt zur dritten Frage: Die Idee eines Freedom Day basierte auf der Annahme, dass mit unserer Impfquote und dem Impfangebot für alle eine Überlastung des Gesundheitssystems insbesondere deswegen nicht mehr droht, weil die Geimpften geschützt sind. Wie wir heute wissen, war das eine Fehleinschätzung; eine Fehleinschätzung, die wir übrigens beide geteilt haben. Wäre es anders, wären wir jetzt nicht in dieser Lage; denn dann hätten Sie das ja abgewendet. Das liegt ja daran, dass wir insbesondere die Älteren nicht rechtzeitig geboostert haben. Deswegen gibt es jetzt die Impfdurchbrüche. Deswegen haben wir diese Situation in den Krankenhäusern.

Zur Frage bezüglich Herrn Kubicki kann ich Ihnen klipp und klar sagen: Ich fand die Äußerung unterirdisch. Ganz klar.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk. Herr Plenk, bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Unser manisch repressiver Ministerpräsident Söder mimt auch heute wieder den besorgten Landesvater, der für die Bürger Bayerns angeblich nur das Beste im Sinn hat. Die Realität sieht leider ernüchternd aus. Wir erleben eine zunehmend gespaltene Gesellschaft und eine kranke, depressive Bevölkerung. Von einer Lösung der Corona-Krise ist Herr Söder weiter entfernt denn je. Vermutlich liegt

es daran, dass es Herrn Söder gar nicht wirklich um einen bestmöglichen Gesundheitsschutz für die Bevölkerung geht. Vielmehr verfolgen er und seine Helfer vor allem das Ziel des persönlichen Machterhalts. Das ist ein widerliches Unterfangen zulasten der Menschen in unserem Land.

Wie sonst lässt es sich erklären, dass man Personal und Intensivbetten inmitten der größten Gesundheitskrise im Nachkriegsdeutschland ab- statt aufgebaut hat? Wie sonst lässt es sich erklären, dass man Anfang Oktober Clubs, Diskotheken, Bars etc. geöffnet hat, während sie die ganzen Sommermonate über geschlossen bleiben mussten? Wieso wurden die kostenlosen Corona-Tests abgeschafft? Wieso werden Geimpfte und Genese nicht getestet, obwohl doch auch sie weiterhin zur Corona-Pandemie beitragen? Wieso wurden die sogenannten Booster-Impfungen nicht rechtzeitig organisiert, obwohl Ihnen offensichtlich selbst klar war, dass es nicht bei zwei Impfdosen bleiben wird?

Jetzt gibt es mit der Impfpflicht noch den ultimativen Betrug an den Bürgern als Ablenkung von Ihrem eigenen Totalversagen. – Herr Söder, Sie können noch so oft die Schuld bei anderen suchen, Sie sind es, der für diese Misere in Bayern verantwortlich ist. Am Anfang der Pandemie haben Sie immer betont, wie gut Bayern doch durch diese Krise segelt, immer mit Hinweis auf vermeintliche Negativbeispiele aus Italien und Schweden. Wie sieht es heute aus? – Fast alle Länder kommen besser durch die Krise, viele davon mit weit geringeren Eingriffen in die bürgerlichen Freiheitsrechte. Ich habe es Ihnen schon am Anfang der Pandemie prophezeit: Es wird am Ende und nicht mitten im Spiel abgerechnet.

Mittlerweile kann niemand mehr leugnen, dass insbesondere Schweden einen viel besseren Job gemacht hat als Sie in Bayern. Sogar afrikanische Länder kommen besser, ohne Lockdown und ohne Impfzwang durch diese Pandemie. Sie verleugnen jedoch diese Tatsachen und ignorieren aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse. Statt sich diesen Fakten zu stellen und geeignete politische Maßnahmen abzuleiten, verbreiten Sie Fake News und Lügen, zuletzt Ihre Lüge, dass wir gegenwärtig eine Pan-

demie der Ungeimpften mit einer COVID-19-Hospitalisierungsrate von 90 % hätten. – Zu keiner Zeit seit Anfang September 2021 war dies der Fall; dennoch plappern viele in der CSU und in den Medien diesen Unsinn nach. Fakt ist: Immer mehr vollständig Geimpfte werden hospitalisiert. Aktuell sind es deutschlandweit circa 50 % – mit steigender Tendenz.

(Zuruf)

Das hat auch nichts mit Impfdurchbrüchen zu tun, sondern damit, dass diese Impfstoffe nicht oder nicht mehr wirken. Das ist eine Problematik, die Ihnen schon lange bekannt sein dürfte. Mit Ihren unsinnigen Corona-Verschärfungen werden Sie die Lage jedenfalls auch weiterhin nicht in den Griff bekommen. Wer 2G-Regeln einführt und dafür sorgt, dass Geimpfte und Genesene das Virus munter verbreiten können, anstatt in einer angespannten Situation auf das Testen aller zu setzen, hat nichts verstanden.

In einem Punkt gebe ich Ihnen jedoch recht, Herr Söder: Corona ist Mist. Noch größerer Mist ist allerdings Ihr Corona-Krisenmanagement. Zeigen Sie endlich Charakter und bewahren Sie unser Land vor weiterem Schaden! Die Menschen haben es satt. Herr Söder, treten Sie zurück!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Einen Moment noch, es gibt eventuell noch eine Zwischenbemerkung; wir müssen aber noch schauen, welche Person sich hinter dieser Sitzplatznummer verbirgt.

(Unruhe)

Gibt es eine Zwischenbemerkung aus der CSU-Fraktion, oder ist das ein Missverständnis? – Die Zwischenbemerkung wurde zurückgezogen. Danke schön. – Die nächste Rednerin kann an das Rednerpult kommen. Es ist die Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Während wir nun hier seit fast drei

Stunden über die Corona-Pandemie und die Auswirkungen diskutieren, hat mich eine E-Mail des Arztes meines Vertrauens erreicht, der schreibt, die Anzahl der ungeimpft Infizierten steige täglich. Ein ungeimpfter Schulbegleiter habe ein krankes Kind infiziert und eine schwangere Frau leider die Notgeburt ihres Kindes nicht erlebt. Das heißt: Anstatt uns gegenseitig zu beschimpfen und unflätig zu reden, sollten wir uns einmal überlegen, wer eigentlich unser Gegner ist. Das sind nicht wir, das ist das Virus. Das ist das Coronavirus, das uns in den letzten Wochen und Monaten im Griff hält.

Jeder, der versucht, diese Pandemie zu lösen, sie in den Griff zu bekommen und Lösungsmöglichkeiten aufzubieten, verdient unseren Respekt und unsere Wertschätzung. Ich bitte, hier im Hohen Haus endlich wieder auf eine Sachebene zurückzukommen und von persönlichen Diffamierungen Abstand zu nehmen.

(Beifall)

Wir brauchen Solidarität, und wir brauchen ein Miteinander. Es lohnt sich für jede Fraktion, einmal nachzuschauen, was Solidarität eigentlich heißt. Solidarität heißt Zusammengehörigkeit, Kameradschaftsgeist, Übereinstimmung, Verbundenheit und Gemeinschaftssinn. Nur so können wir dieser Pandemie die Stirn bieten. In seiner Regierungserklärung hat unser Ministerpräsident heute viele Handreichungen gegeben bzw. Angebote gemacht und Brücken gebaut. Um die vierte Welle wirklich brechen zu können, sind wir aufgefordert, gemeinsam dieser Pandemie die Stirn zu bieten; denn ein Team, ein Haus, eine Gesellschaft ist immer nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Es lohnt sich deswegen auch, gemeinsam neue Instrumente zu ergreifen, um diese Verantwortung wahrzunehmen. Dazu haben die Fraktionen heute unterschiedliche Anträge eingereicht.

Auch wenn der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung schon einiges genannt hat, möchte ich ganz kurz auf die unterschiedlichen Anträge eingehen.Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER haben heute die Lage in den bayerischen Krankenhäusern und den Intensivstationen mehrfach dargelegt. Nahezu jedes verfüg-

bare Intensivbett in Bayern ist belegt. Die Infektionszahlen erreichen täglich neue Höchststände. Das wurde heute auch schon mehrfach angesprochen.

Mit unserem heutigen Antrag wollen wir das Bestehen einer epidemischen Notlage feststellen und damit die weitere Anwendbarkeit der in § 28a Infektionsschutzgesetz dafür vorgesehenen Befugnisse erreichen. Wir sprechen uns dafür aus, auf Bundesebene eine allgemeine Impfpflicht ins Auge zu fassen, wenn sich die Impfquote in den kommenden Wochen nicht deutlich verbessert.

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders allen Bürgerinnen und Bürgern danken, die diese von mir angesprochene Solidarität bereits gezeigt haben, die sich haben impfen lassen und die für die Gemeinschaft, für die anderen, diesen Weg gegangen sind.

Sehr verehrte Frau Kollegin Schulze, die leider nicht mehr im Raum ist, es ist spannend, sich anzuschauen, welche falschen Vorwürfe Sie vorhin an diesem Pult geäußert haben. Sie sagten, wir stünden nicht besser da als letztes Jahr. – Wir stehen sehr wohl besser da, weil steigende Impfquoten auch eine höhere Inzidenz beeinflussen. Je mehr Menschen sich impfen lassen, desto mehr halten die Intensivstationen aus. Es lohnt sich durchaus, sich einmal die Impfquote anzuschauen. Nimmt man die Quelle RKI, so liegen wir bei 66,2 % vollständig Geimpften. Das Land Baden-Württemberg, Grün-regiert, hat eine Quote von 66,1 %. 0,1 % sind für mich ein nicht so großer Unterschied. Das bereits genannte Land Rheinland-Pfalz hat nur eine Quote von 67,8 %. Frau Kollegin Schulze hat darauf hingewiesen, wir bräuchten eine Quote von 85 %. Werte Kollegin, ich denke, die GRÜNEN können auch in den Ländern mit ihrer Regierungsbeteiligung einmal die Hausaufgaben machen, die sie bei uns so anmahnen.

(Beifall bei der CSU)

Mich würde einmal interessieren, was im Sommer im Bundestag gelaufen ist. Da haben die GRÜNEN der Abschaffung der pandemischen Lage zugestimmt. Hätten Sie

damals die Mehrheit gehabt, hätten wir heute keine Instrumente mehr; auch das gehört zur Wahrheit. Manchmal kommt es mir ein bisschen vor wie bei Schneewittchen: Man muss aufpassen, welchen Apfel man gerade gereicht bekommt.

Zu Ihrem Antrag "Der Klinikkollaps ist da: Jetzt um Amtshilfe der Bundeswehr ersuchen!" kann ich nur sagen, dass wir diesen Antrag ablehnen werden. Bereits jetzt werden von den Kreisverwaltungsbehörden als unteren Katastrophenschutzbehörden, teils auf Veranlassung der Ärztlichen Leiter Krankenhauskoordinierung, Anträge auf Amtshilfe an die Bundeswehr gestellt, die in vielen Fällen, wie bei mir im Landkreis Eichstätt, genehmigt werden können, aber trotzdem wegen fehlenden Fachpersonals abschlägig verbeschieden werden müssen. Mit Stand 22. November waren bereits 121 Kräfte der Bundeswehr im Einsatz. Weitere 309 Kräfte sind beantragt. Das ist eine tolle Leistung der Bundeswehr, für die ihr ein richtig großes Dankeschön gebührt.

(Beifall bei der CSU)

Für allfällige Verlegungen von Patienten in andere Bundesländer greifen die hierfür vorgesehenen sogenannten Kleeblattstrukturen. Sollte sich im Rahmen des weiteren Verlaufs der Corona-Pandemie ein weiterer Bedarf an Kräften der Bundeswehr ergeben, so können wir diesen Bedarf durch Amtshilfeersuchen decken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zum Antrag der SPD. Herr von Brunn ist auch nicht mehr da. Die Debatte interessiert ihn anscheinend nur, wenn er hier eine Rede halten kann. Seine eigenen Leute sagen von ihm, er sei ein blutleerer Egomane. Also bitte ich Sie doch, sich bei Angriffen auf unseren Ministerpräsidenten zu mäßigen und sich wertschätzender zu äußern; denn unser Ministerpräsident arbeitet Tag und Nacht. Das mag uns gefallen oder nicht. Wir können diesen Weg mitgehen oder nicht. Es ist aber nicht in Ordnung, jemanden, der sich so einsetzt, so anzusprechen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich können wir uns mit einer Rückschau beschäftigen. In der Rückschau kann man vieles wesentlich einfacher betrachten. Ich frage mich aber schon: Wer war und wer ist in der Regierung? – Das ist neben uns auch die SPD. Wo wart ihr denn in den letzten fünf Jahren? Heute hat die "Bild"-Zeitung den Kanzlerkandidaten Scholz als vermisst gemeldet. Ich habe ihn auch schon länger nicht mehr gehört.

Alle im Antrag der SPD geforderten Maßnahmen werden bereits durchgeführt. Bayern bietet bereits allen Personen ab 18 Jahren Auffrischungsimpfungen an. Weil das Herr Kollege Hagen gerade angesprochen hat: Meine Mutter und meine Schwester haben bereits im August ihre Booster-Impfung erhalten, weil meine Mutter zu den vulnerablen Gruppen und meine Schwester zum Pflegepersonal gehört. Es war also sehr wohl bereits im August möglich, Auffrischungsimpfungen zu bekommen.

Bayern führt bereits die geforderten niedrigschwelligen Impfaktionen durch und hat gesonderte Aktionen für Auffrischungsimpfungen für das Personal an Schulen initiiert. Auch wir im Bayerischen Landtag profitieren von einer Initiative des Herrn Innenministers Herrmann und seines Impfteams, sodass wir unsere Booster-Impfung erhalten können, sobald wir dran sind.

Die Zuständigkeit für die Einführung einer Impfpflicht liegt beim Bund, der dazu eine entsprechende Regelung in das Infektionsschutzgesetz aufnehmen kann. Ja, das Wohl der Kinder und Jugendlichen liegt auch uns am Herzen. Das hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung dargelegt. Es ist das erklärte Ziel der Staatsregierung, den für die Entwicklung und die soziokulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen besonders wichtigen Besuch der Kitas und der Schulen in Präsenz unter allen Umständen zu ermöglichen, und zwar für Geimpfte und Genesene ebenso wie für Schülerinnen und Schüler, die noch nicht geimpft sind. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht alle Eltern teilen dies. Es gibt auch eine große Anzahl von Eltern, die diese Entscheidung etwas anders und komplexer sehen. Auch diesen müssen wir gerecht werden. Wir müssen die Kinder schützen und alles dafür tun, dass sie auch geschützt werden können. Für Kinder, die gerade zwölf Jahre alt geworden sind,

wurde heute im Kabinett eine Karenzzeit von drei Monaten beschlossen, um ihnen die nötige Zeit zu geben.

Derzeit besteht ein besonders dynamisches Infektionsgeschehen. Dem Gesundheitssystem droht eine akute Überlastung. Zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung ist es zwingend erforderlich, die weitere Ausbreitung der Pandemie zu verlangsamen; denn Übertragungen finden überall dort statt, wo Menschen zusammenkommen. Dies gilt unabhängig von der Größe eines Veranstaltungsortes. Die Begrenzung der Teilnehmer auf 25 % der Kapazität stellt sicher, dass der erforderliche Mindestabstand eingehalten werden kann. Das ist gerade in der derzeitigen Lage unverzichtbar.

Die Staatsregierung stellt sicher, dass laufend überprüft wird, ob und welche Infektionsschutzmaßnahmen im Freistaat weiterhin erforderlich sind. Aus diesem Grund sind die zur Bewältigung der Pandemie getroffenen Maßnahmen zeitlich befristet. Sie werden je nach Lage Schritt für Schritt angepasst.

Zum Antrag der FDP: Sehr geehrter Herr Hagen – er ist auch nicht mehr im Saal; es ist auch ein Zeichen, dass die Vorredner alle nicht mehr im Saal sind –, wir versuchen, möglichst viel Solidarität zu erreichen. Es gilt jedoch nicht nur, die Solidarität der im Gesundheitssystem Tätigen, sondern die Solidarität aller einzufordern. Wir brauchen unbedingt die Solidarität der gesamten Gesellschaft, um diese schwierige Lage zu meistern. Wir verstehen nicht, warum ausgerechnet jetzt das Ende der pandemischen Lage ausgerufen werden soll. Bayern ruft jetzt den K-Fall aus, gleichzeitig haben wir immer weniger Instrumente, um dagegen anzugehen. Egal wie viel wir hier reden, egal wie viel wir uns wünschen und egal wie viel wir es herbeibeten, das Virus wird sich nicht mit dem 15. Dezember verabschieden.

Im Antrag der FDP wird der Ausschluss bestimmter Maßnahmen gefordert wie zum Beispiel Ausgangssperren, pauschale Schulschließungen, pauschale Schließungen von Betrieben der Gastronomie und des Einzelhandels sowie Übernachtungsgebote

oder das Verbot von Reisen. – Herrschaftszeiten, wir können nicht alles ausschließen, nur weil uns das gerade in den Kram passt! Das Virus ist der Gegner, und das Virus gibt den Takt vor! Deswegen müssen wir uns am Virus orientieren!

(Beifall bei der CSU)

Unser Ministerpräsident hat recht: Es wird Nachbesserungen beim Infektionsschutzgesetz brauchen. Unser Ministerpräsident hat, obwohl das von einigen in Abrede gestellt worden ist, sehr wohl Größe bewiesen, indem er zugegeben hat, dass die vierte Welle von vielen, auch von Experten, unterschätzt worden ist. Auch Herr Hagen hat das gerade angemerkt. Es wäre aber wunderbar gewesen, wenn auch die Ampel gesagt hätte, dass wir das weiterführen, was sich in den letzten Monaten oft bewährt hat. Schließlich wird die SPD auch der künftigen Regierung angehören.

Der Freistaat hat eine Therapie-Strategie aufs Gleis gesetzt und 55 Millionen Euro dafür investiert. Wir beschleunigen das Boostern mit den Verantwortlichen vor Ort, nicht von oben herab. Es ist spannend, dass die Bayern-FDP, anders als die FDP auf Bundesebene, in ihrem Antrag nichts zur Impfpflicht geschrieben hat.Herr Kollege Hagen, ich bin selber Großmutter. Ich habe mich über den Oma-Opa-Tag schon gefreut. Im Zuge des Oma-Opa-Tages haben wir in der Familie intensiv das Thema "Impfen, testen und boostern" besprochen. Man muss nicht immer alles so negativ darstellen. Solche wertschätzenden, positiven Tage können zu positiven Ergebnissen führen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

– Herr Klingen, Sie haben gerade gefordert, dass ich auch zu Ihrem Antrag noch etwas sage. Ich finde es ganz spannend, welche Studie Sie da rausnehmen. Es ist die "#PflegeComeback-Studie". Ich sage da nur: Wie quält man Daten oder lügt mit Statistiken oder Studien?

(Zuruf)

71 Befragte, von denen nur 10 bis 21 detailliert geantwortet haben, sind nicht so repräsentativ wie die über 1.000 Befragten, die die AfD bei 6 % sehen.

Nun zur Situation in den Kliniken. Wir lehnen diesen Antrag aus den bereits genannten Gründen ab. Wir haben gerade in Bezug auf die Bundeswehr – das habe ich schon genannt – bereits den Einsatz. Wir können hier bereits auf die Bundeswehr zählen. Gerade von der AfD ist dieser Antrag jedoch in hohem Maße unglaubwürdig. Sie haben wiederholt die hohe Belastung der Krankenhäuser in der Pandemie in Abrede gestellt und versucht, den Krankenhäusern finanzielle Interessen im Zusammenhang mit der hohen Belastung zu unterstellen. Sich nun als Beschützer der durch die Pandemie besonders betroffenen Krankenpflege darzustellen, finde ich ehrlich gesagt nicht erträglich. Die von Ihnen angesprochenen Maßnahmen wurden, soweit überhaupt notwendig und sinnvoll, bereits umgesetzt. Sie fordern auch, eine vorrangige Prämie von 1.500 Euro zu zahlen, wenn Kräfte sich verpflichten, bis 30. April 2022 mit einem Arbeitsanteil von mindestens 85 % wieder tätig zu werden. – Aber wir haben bereits mit Beschluss vom 03.11.2021 erneut eine Prämie für Krankenhäuser und Klinikbeschäftigte, insbesondere Pflegekräfte, geschaffen. Unser Finanzminister, der uns, gerade wenn es um finanzielle Punkte geht, so gut durch diese Krise steuert, verdient ein hohes Maß an Wertschätzung und viel Lob. Die Betten werden nicht abgebaut. Betten pflegen keine Patienten. Das machen Pflegekräfte. Diese Pflegekräfte leiden auch darunter, dass die AfD die Gefährlichkeit dieses Virus verkennt und gerade bei Impfkritikern Ängste schürt.

(Zuruf)

Mich würde interessieren, wie hoch der Anteil der geimpften AfD-Mitglieder ist. Da könnte man sicherlich einen Bezug herstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, dass es im Angesicht der Pandemie und vor allen Dingen der Krise wichtig ist, dass wir alle ein bisschen enger zusammenrücken und versuchen, diesem Virus gemeinsam solidarisch die Stirn zu bieten.

Da hilft ein politischer Schlagabtausch hier im Hause sicherlich nur bedingt. Deswegen möchte ich an dieser Stelle einen Impfappell nach draußen schicken. Ich möchte, dass wir nicht nur immer vom Herrn Holetschek oder vom Ministerpräsidenten einfordern, etwas besser zu machen, sondern dass wir weiterhin alle den Mut haben, hier in unserem Mikrokosmos unseren Beitrag dazu zu leisten, Leute mitzunehmen, zu begeistern und vielleicht fürs Impfen zu motivieren; denn das schafft wirklich eine höhere Impfquote. Wenn ich sehe, wie die Impfquote in Bayern in den letzten Wochen nach oben geschossen ist – heute Morgen war vor dem Klinikum Rechts der Isar eine ewig lange Schlange –, dann kann ich nur sagen: Viele Menschen nehmen es ernst. Viele Menschen sind unterwegs, um sich und ihre Nächsten zu schützen. Daher bin ich davon überzeugt, dass solche Mails wie von dem Arzt meines Vertrauens langsam aber sicher der Vergangenheit angehören. Ich bin überzeugt: Gemeinsam solidarisch schaffen wir es, diese Krise zu besiegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE RÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor drei Jahren wurde mir die Ehre zuteil, Mitglied des Bayerischen Landtags zu werden. Hätte mir beim Einzug in dieses Parlament irgendjemand prophezeit, dass ich heute hier stehen würde, um die Bayerische Staatsregierung nicht nur aufzufordern, sondern auch inständig darum zu bitten, die Bundeswehr, allen voran – das ist der Unterschied, Frau Kollegin Schorer-Dremel – die Streitkräftebasis im Rahmen des Sanitätsdienstes und der Luftwaffe, um Amtshilfe zu ersuchen, hätte ich das nie für möglich gehalten. In den vergangenen knapp zwei Jahren ist einiges über Bayern, über Deutschland und über die ganze Welt hereingebrochen, was jenseits wahrscheinlich all unserer Gedanken während der konstituierenden Sitzung des 18. Bayerischen Landtags war. Wir sind mit einer Situation konfrontiert, die heute noch wesentlich bedrohlicher ist, als sie gestern je war, einer Situation, in der es von elementarer

Bedeutung ist, dass wir uns ganz unmittelbar der Auswirkungen unserer Entscheidungen hier im Parlament auf das Leben oder das Sterben der Menschen bewusst sind, die uns mit unseren Mandaten ausgestattet haben.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Bayern vertrauen zu Recht darauf, dass die demokratischen Fraktionen ihres Landtags jetzt Schulter an Schulter für sie kämpfen. Die pandemische Lage gerät hauptsächlich wegen einer zu niedrigen Impfquote außer Kontrolle. In ganz Bayern melden täglich mehr und mehr Kliniken, dass sie nicht länger in der Lage sind, weitere Patienten und Patientinnen aufzunehmen: weder den Herzinfarkt noch den Unfall noch einen schweren COVID-Verlauf. Das medizinische Personal in diesen Klinken arbeitet längst über jedes Limit hinaus. Die viel zu wenigen Pflegekräfte stehen vor schier unmenschlichen Herausforderungen. Schwer kranke Menschen müssen in andere Kliniken verlegt werden, und zwar nicht, weil sie dort besser versorgt werden, sondern weil sie überhaupt nur woanders noch versorgt werden können.

Sowohl bei der Akutversorgung in den Kliniken als auch bei den Interhospitalverlegungen kann die Bundeswehr helfen, die Lage zu stabilisieren, wenn die Staatsregierung als oberste Katastrophenschutzbehörde – das ist der Unterschied, Frau Kollegin – um Amtshilfe bittet. Genau deswegen hat die Bayerische Staatsregierung auch nach meinem Dafürhalten vollkommen berechtigt den Katastrophenfall ausgerufen, um genau solche Schritte einleiten zu können. Die Unterstützung des Sanitätsdienstes und der Luftwaffe kann sie gemäß Artikel 7 Absatz 4 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes erbitten. Ermöglicht wird diese Handlung Gott sei Dank auf Basis des Artikels 35 Absatz 1 unseres Grundgesetzes.

Sehr geehrter Herr Söder, ich stehe hier und heute vollkommen hinter Ihnen, wenn Sie sagen, dass wir unabhängig von den Entscheidungen und Vorgaben aus Berlin in allererster Linie den Menschen in Bayern verpflichtet sind. Damit meine ich uns alle hier im Raum, auch die Staatsregierung, auch die Regierungsfraktionen. Im Interesse dieser Menschen, deren Schicksal in unseren Händen liegt, appelliere ich eindringlich an

Sie: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, geben Sie sich einen Ruck und, um es in Ihren Worten zu sagen, Herr Ministerpräsident, handeln Sie losgelöst von jedem Fraktionszwang richtig und stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag vielleicht doch zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist wichtig, meine Kollegen – in Abgrenzung zur AfD –, dass diese Unterstützung flächendeckend und dezentral zur Entlastung vor Ort kommt, und zwar ausdrücklich nicht, wie die AfD es beschreibt, durch eine zentrale Intensivversorgung auf dem Grund des Rettungszentrums der Bundeswehr. Damit produzieren wir unzählige Interhospitalverlegungen, die wir Stand heute definitiv nicht leisten können.

Meine Damen und Herren, als Krankenpfleger weiß ich, dass meine Kolleginnen und Kollegen jede zusätzliche fachkundige Hand, Stand heute, definitiv brauchen. Als Rettungssanitäter des Bayerischen Roten Kreuzes ist mir persönlich die mehr als nur begrenzte Anzahl unserer Intensivtransportfahrzeuge bewusst. Als Abgeordneter in diesem Hohen Haus spüre auch ich ganz persönlich die unwahrscheinliche Verantwortung für unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen auf meinen Schultern.

Im Gegensatz zu anderen, und das meine ich nicht abgrenzend, glaube ich persönlich, Herr Söder, nicht an Gott. Aber ich glaube sehr wohl an die große Kraft der Worte unserer bayerischen Hymne. Ich möchte mit meiner ganz persönlichen Interpretation der zweiten Strophe unserer Bayernhymne schließen: "Gott mir Dir, dem Bayernvolke" hängt heute und jetzt mehr denn je davon ab, meine Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier in diesem Hohen Haus fest in Eintracht und in Frieden mit aller Kraft versuchen, Schaden von den Menschen abzuwenden, die wiederum ihren Glauben nicht nur in Gott, sondern auch in dieses Parlament setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat es eindrucksvoll geschildert: Die neuerliche Eskalation des Corona-Infektionsgeschehens in Bayern ist dramatisch. Die nächsten Wochen werden brutal werden. Wenn wir heute nicht entschlossen handeln, stehen wir womöglich an der Schwelle zur größten Katastrophe der Nachkriegszeit. Politik, aber auch Wissenschaft und Gesellschaft kommen nach meiner festen Überzeugung nicht umhin zu konstatieren: Ja, wir haben erstens die Aggressivität der Delta-Variante unterschätzt und zweitens die kollektive Vernunft überschätzt. Das Schlimmste an dieser Diagnose ist, dass wesentliche Teile der Gesellschaft und leider auch der Politik den Ernst unserer Lage noch immer nicht erkannt haben.

Bayerns Krankenhäuser, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind voll. Wichtige Operationen werden abgesagt, und kranke Menschen werden kreuz und quer durch unser Land verlegt. Die Sanitäter aus meiner Heimatregion schildern mir sehr eindrucksvoll, dass sie teilweise stundenlang mühevoll auf der Suche nach einem Krankenhaus sind, das überhaupt noch medizinische Notfälle aufnimmt. Zeitgleich liegt die Inzidenz bei Ungeimpften um 1.500, sodass eine weitere Eskalation des Infektionsgeschehens mindestens für die nächsten Wochen bereits vorgezeichnet ist.

Mir kommt dies, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, zwischenzeitlich ein bisschen vor wie auf der Titanic: Unten im Bauch dieses Schiffes, wo der Bordarzt seine Praxis betreibt, steht das Wasser längst bis zum Hals, aber oben an Deck des Schiffes tanzen noch immer die Passagiere, die sich beschweren, auf keinen Fall eine Schwimmweste anlegen zu wollen, und lautstark schimpfen, dass das Bordorchester zwischenzeitlich nicht mehr spielt. Ich bin fest davon überzeugt, und mit mir meine Fraktion: So, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann und darf dieses Schiff nicht weitersegeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Beschlüsse, Kolleginnen und Kollegen, die uns in dieser Lage zuletzt aus Berlin erreicht haben, illustrieren eindrucksvoll eine große Stärke der Demokratie in normalen Zeiten, nämlich die Fähigkeit, markante Entscheidungen durch geeignete Kompromisse zu glätten. Diese zu normalen Zeiten wichtige Fähigkeit der Demokratie darf nun in einer absoluten Krisensituation aber auf gar keinen Fall dazu führen, dass Notwendiges zu lange unterbleibt. Deshalb handeln wir heute in Bayern völlig anders als in Berlin. Wir als Bayerische Staatsregierung aus FREIEN WÄHLERN und CSU treten – wie es notwendig ist – beherzt auf die Notbremse. Wir reißen das Ruder mit unseren heutigen Beschlüssen mit voller Kraft herum. Während in Berlin die nationale Notlage aufgehoben wird, wird sie in Bayern unter dem Eindruck dessen, was in unseren Krankenhäusern passiert, erklärt. Wir tun das Gegenteil des Zögerns, des Zauderns und des Träumens der Ampelkoalition in Berlin. Wir tun das, meine sehr verehrten Damen und Herren, was gut, richtig und notwendig ist, damit unser Land und seine Menschen gut durch diese Krise kommen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will insoweit, als der Ministerpräsident und die Redner der Regierungsfraktionen bereits auf die wesentlichen Details der Maßnahmen, die wir heute auf den Weg gebracht haben, eingegangen sind, nicht noch einmal in Details gehen, sondern einzig die vier großen Linien dessen, was wir heute miteinander auf den Weg bringen, nachzeichnen.

Die erste große Linie, die ich für sehr angezeigt und richtig halte, meine sehr verehrten Damen und Herren, besteht in der klaren Aussage und in dem klaren Bekenntnis dazu, dass wir jetzt – anders als im letzten Winter – zwischen Ungeimpften und Geimpften unterscheiden, dass wir für die Ungeimpften empfindliche Einschränkungen der Kontakte vornehmen und dass wir damit das klare Signal aussenden: Wer als gesunder, impffähiger Erwachsener in eigenem Ermessen seinen Beitrag zur kollektiven Freiheit und zum Abwenden dieser historischen Katastrophe verweigert, kann nicht länger gewissermaßen als Trittbrettfahrer auf dem Rücken der Geimpften am öffentli-

chen Leben teilnehmen. An dieser Erkenntnis führt in unserer aktuellen Lage kein Weg vorbei. Dies ist das Signal, das wir heute aussenden; ein Signal für das Impfen, aber auch ein Signal an diejenigen, die diese Impfung verweigern und die nicht länger Trittbrettfahrer sein können.

Die zweite Botschaft, die wir heute aussenden, betrifft die Menschen, die eine Immunisierung hinter sich gebracht haben, weil wir an der Zahl der vermehrten Impfdurchbrüche erkennen können, dass wir uns auch um die Geimpften stärker kümmern müssen. Dies liegt, Herr Kollege Plenk, nicht daran, dass die Impfung nicht wirken würde, sondern schlicht an simpler Mathematik und daran, dass immer mehr Menschen geimpft sind. Wenn ein neunzigprozentiger Schutz besteht, gibt es einen Impfdurchbruch, wenn 10 Menschen geimpft sind, aber 6 Millionen Impfdurchbrüche, wenn 60 Millionen Menschen geimpft sind. Deshalb müssen wir jetzt auch bei den Geimpften genauer hinsehen. Wir müssen zusätzlich über die 2G-plus-Regel testen und die Kontakte reduzieren, wo immer dies möglich ist. Dies ist die zweite Botschaft des heutigen Tages.

Die dritte Botschaft, die ich für sehr wertvoll und für eine Lehre aus unserem Handeln in der Pandemie im letzten Winter halte, lautet, dass wir nicht wieder Kinder und Jugendliche belangen, also die Gesellschaftsgruppe, die Gott sei Dank – wenn es irgendetwas Positives in dieser Pandemie gibt, ist es das – eine bemerkenswerte Resistenz gegenüber schweren Verläufen aufweist und die wir nur sehr selten hospitalisiert und auf Intensivstationen sehen, und dass wir – ich will es so deutlich sagen, meine Damen und Herren – nicht noch einmal wie im letzten Winter die Freiheit der ungeimpften Erwachsenen auf dem Rücken unserer Kinder und Jugendlichen austragen dürfen. Deshalb ist es richtig, heute die klare Botschaft auszusenden. Dafür danke ich auch Kultusminister Prof. Piazolo. Unsere Schulen bleiben offen. Unsere Kitas bleiben offen. Wir stehlen Bayerns Kindern nicht die Zukunftschancen, weil sich zu wenige Erwachsene impfen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf die aus meiner Sicht dringend notwendige Debatte über die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht zu sprechen kommen. Ich halte diese – und mit mir weite Teile meiner Fraktion – deshalb für bitter nötig, weil das Hauptproblem des Coronavirus in seiner saisonalen Dynamik besteht. Wenn wir jetzt nicht unter dem Eindruck der Eskalation handeln, werden wir meiner Prognose nach nächsten Sommer eine Situation wie in diesem Sommer sehen. Wir werden, so hoffe ich, wieder leere Krankenhäuser und niedrige Inzidenzen sehen. Dann wird es, wenn es keine Aufforderung im Sinne einer Pflicht zur Impfung als Bedingung für die Teilnahme am öffentlichen Leben gibt, wieder eine geringe Bereitschaft zur Impfung geben. Dann werden wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, nächstes Jahr im November wieder hier stehen, und der gleiche Corona-Wahnsinn wird wieder von vorne beginnen.

Lassen Sie uns deshalb jetzt handeln und jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, damit wir endlich aus dieser Endlosspirale herauskommen und unser altes Leben zurückerhalten. Der einzige Weg dahin besteht nun einmal in der Impfung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Lassen Sie mich – verbunden mit der Bitte um Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag der Regierungsfraktionen – deshalb mit dem vielleicht bekanntesten Zitat von John F. Kennedy schließen. Sie wissen alle, Kennedy hat gesagt, man möge nicht danach fragen, was das Land für einen tun kann, sondern was man selbst für das Land tun kann. – Herr Präsident, wenn Sie mir diesen Satz noch gestatten: Ich bitte Sie alle, wenn Sie jemand in den nächsten Tagen fragt, was er für Bayern tun kann, ihm doch zu antworten: Jeder kann im Moment etwas für Bayern tun. Jeder kann sich impfen lassen. Man kann nicht mehr für dieses Land und seine Menschen tun, als impfen, sich selbst impfen zu lassen und die anderen zum Impfen aufzurufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Dies waren dreißig Sekunden für einen Impfappell. Ich denke, dass Sie diese Zeit bei der nächsten Rede wieder hereinholen.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Danke.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Bitte schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident – schön, dass Sie noch da sind, oder vielleicht gehen Sie auch gerade –, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ein paar Wochen hieß es noch: Freiheit durch Impfen. Was aber jetzt abläuft, ist ein massiver Vertrauensbruch gegenüber den Menschen, die sich impfen lassen und zu denen auch ich gehöre, weil ich – wie mein Kollege Henkel – Risikopatient bin und mich selbst schützen will. Ich trage meine Verantwortung. Freiheit heißt aber auch – Sie haben es gesagt, Herr Ministerpräsident – Kontrollen.Wenn Kontrollen so ausgeführt werden wie letzten Montag, also gestern vor acht Tagen, in einem Wirtshaus bei mir in der Nähe, wo auf einmal ein Gast aufgestanden ist, sich als Kontrolleur zu erkennen gab und jeden Impfausweis sehen wollte,

(Zuruf)

ist das noch verhältnismäßig?

(Weitere Zurufe)

Haben wir zu den Wirten kein Vertrauen mehr? – Ich sage als Wirtevertreter, dass wir in dieser Pandemie unsere Hygienemaßnahmen sehr wohl wahrnehmen.

Übrigens war in diesem Lokal kein Ungeimpfter.

(Zuruf)

– Ist ja gut; sind wir doch froh. – Ich finde so anonyme Kontrollen aber nicht verhältnismäßig.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Herr Ministerpräsident, wir haben Sie seit dem 01.09. nicht mehr im Parlament gesehen. Erst war der Wahlkampf, in dem Sie wahrscheinlich stark beansprucht waren. Dann war Wundenlecken angesagt. Jetzt ist natürlich Zeit, sich gegen die Ampelkoalition in Berlin in Position zu bringen. Alles recht und schön. Man muss sich da aber nicht das Staatstragende heraushängen lassen. Ihnen geht es in der Politik sehr wohl immer um Stimmungsmache.

Die strengen Regelungen haben in Bayern nichts gebracht. In Rumänien – ich habe vorgestern mit einer Ärztin aus Rumänien gesprochen, die zurzeit in Deutschland weilt – sind die Inzidenzwerte genauso wie in Florida ohne jegliche Lockdown-Maßnahmen wieder zurückgegangen: Florida vom Spitzenreiter in Amerika zum Letzten in der Infektionsliste.

(Lachen)

Der schwedische Epidemiologe Anders Tegnell sagt eigentlich das, was die FDP von Haus aus für den richtigen Weg in der Pandemie gehalten hat.

(Zurufe)

Schweden hat keine Lockdown-Beschränkungen. Schweden hat deshalb, sagt es, vielleicht konstantere Corona-Zahlen, weil durch fehlende Lockdowns kein Nachholbedarf an privaten Kontakten besteht.

Die Regierung Schwedens hat von Anfang an klar kommuniziert, die Pandemie sei dann vorbei, wenn jeder Antikörper habe – ob durch Impfung oder durch Durchseuchung. – Da sind wir im Ziel eigentlich einig. Wir brauchen aber keine, wie Sie sie heute schon erwähnten, Impfpflicht.

Die Freiwilligkeit der Maßnahmen hat zu höherer Akzeptanz in der Bevölkerung geführt – und nicht der Druck, den wir hier immer ausüben wollen.

(Beifall bei der AfD)

Das Maßnahmenwirrwarr hätte von Anfang an auf echten Schutz der Risikogruppen abgestimmt werden müssen. Das ist unsere Meinung dazu.

Sie haben heute von der Impfpflicht gesprochen. Vor Kurzem haben verschiedene Magazine gebracht, dass es, würde die Impfpflicht kommen, 20 % weniger Pflegepersonal gäbe. – Dann hätten wir das totale Chaos.

Die Maßnahmen von Herrn Ministerpräsident Söder in Form von Ausgangssperren sind vom Verwaltungsgerichtshof vor Kurzem als unzulässig eingestuft worden. Anstatt das anzuerkennen, wird in der nächsten Instanz geklagt. Das zwängt die Bürger jetzt wieder in die Situation von Einschränkungen der Freiheitsrechte, einen Lockdown für Ungeimpfte und einen allgemeinen Lockdown in Gebieten mit hoher Inzidenz hinein.

Ein wichtiger Aspekt, der bislang in keiner Rede vorgekommen ist: In Amerika werden Antikörpermedikamente und Corona-Medikamente eingesetzt; das führt dazu, dass 50 % der Hospitalisierungen vermieden werden. In Europa sind wir jetzt erst seit voriger Woche dazu übergegangen, diese Medikamente zur Zulassung zu empfehlen. – Da sieht man mal, wo gehandelt wird und wo wir weit hinterher sind.

Zu den Weihnachtsmärkten: Letzte Woche ist im Parlament noch verteidigt worden, man könne ohne 3G-Bedingungen aufmachen. Dann sind die Märkte kurzfristig abgesagt worden. – Wisst ihr, was ihr den Schaustellern – ich habe gerade am Marienplatz in München gesehen, wie sie ihre Beleuchtung usw. gerade wieder abgebaut haben – antut! Es ist keine Verlässlichkeit da.

Jetzt kommt der Oberhammer. Das ist von den FREIEN WÄHLERN heute schon einmal zitiert worden: Laut der Aerosolforscher Dr. Christof Asbach und Dr. Gerhard

Scheuch finden – das sind die führenden Forscher in ganz Deutschland, die auch bei der Bundesregierung und im Bundestag Statements und Stellungnahmen abgegeben haben – 0,9 % aller Ansteckungen im Freien statt.

(Zuruf – Lachen)

Wir schließen dann kurzfristig auch noch die Weihnachtsmärkte.

Zuletzt gab es Tausender-Inzidenzen: Bei uns im Landkreis Rosenheim, in meinem Landkreiseck, wird ab morgen die absurde Situation herrschen, dass in allen drei Landkreisen im Umkreis von fünf Kilometern die Wirtshäuser offen haben werden, bei uns in Rosenheim am Landkreisrand aber nicht, obwohl ich, was so bekannt ist, keinen Unterschied bei den Inzidenzwerten und den Angesteckten zwischen uns und der Umgebung sehe. Am Stammtisch wird darüber geredet.

Aus unserer Sicht ist unser Dringlichkeitsantrag derjenige, der im Moment am notwendigsten ist. Wir fordern, auf der Intensivstation auch alle Bundeswehrkräfte einzusetzen, wie mein Vorredner, der Fraktionsvorsitzende Klingen, schon gesagt hat. Wir fordern auch einen Obolus, nämlich die Gewährung von steuer- und sozialversicherungsfreien Zuschlägen bzw. Sonderzahlungen. Das ist notwendig.

Es ist schon lange versäumt worden, den Stellenschlüssel zu verbessern. Die Bundesregierung hat selbst noch am 07.05.2021 verneint, dass mehr Intensivbetten notwendig seien. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, bleiben Sie noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Prof. Bausback von der CSU gemeldet. Herr Bausback, bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Bergmüller, Sie haben so begeistert von Rumänien gesprochen. – Ich sage Ihnen: Nach den Angaben im Internet hat Rumänien etwa 55.000 und ein paar Hundert Todesfälle in Bezug auf Corona.

Ich frage Sie: Wissen Sie, wie hoch die Einwohnerzahl von Rumänien ist? Wissen Sie, wie hoch die Todeszahlen in Deutschland sind und wie hoch unsere Einwohnerzahl ist? – Daran sehen Sie, dass man Rumänien offensichtlich – wirklich offensichtlich – nicht, wenn man verantwortlich argumentiert, was Sie aber nicht tun, als Beispiel heranziehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Franz Bergmüller (AfD): Es ist natürlich klar, dass Rumänien in Bezug auf die Einwohnerzahl sehr viele Tote hat. – Es geht aber um die jetzigen Maßnahmen. Weder Sie noch irgendjemand hier im Raum kann genau sagen, wie stark die Durchseuchung der Gesellschaft ist.

In Florida beobachtet ein guter Freund von mir ununterbrochen die Situation. Er schickt mir die von der FDA und der "New York Times" veröffentlichen Artikel zu. Schauen wir mit Florida mal auf einen Industriestaat, der unser Entwicklungsniveau hat:

(Zuruf)

Dort sind die Infektionen ganz klar deutlichst zurückgegangen. Florida ist in Amerika der Spitzenreiter der Nichtinfizierten.

In Rumänien ist die Infektionsquote tatsächlich – das können Sie auch im Internet nachschauen – plötzlich stark abgefallen. Das ist Fakt.

(Zuruf)

– In Polen kostet der Test was; darum lassen sich nicht viele testen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Wie viel Redezeit habe ich noch?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Stadler, Sie haben das Wort. Sie haben noch genau vier Minuten.

Ralf Stadler (AfD): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Abgeordnete! Gestern haben Sie gesagt: Wir tun das, was wir tun müssen. – Das haben Sie auch heute gesagt. Herr Söder, ja wissen Sie überhaupt noch, was Sie machen? – Anscheinend nicht! Sonst müssten Sie jetzt nicht eine Impfpflicht für alle ins Spiel bringen und unser Land durch einen erneuten Lockdown ins Wachkoma versetzen.

Jeder hat noch die hoffnungsvollen Worte auch von Ihnen im Ohr: Die Impfung ist der Gamechanger! Mit der Impfung werden wir wieder in Freiheit leben können! Es wird keine Impfpflicht und keinen Lockdown mehr geben!Erst hieß es, die Impfstoffe gegen COVID-19 schützen vor einer Infektion, dann, vor einem schweren Verlauf. Jetzt heißt es auf einmal, COVID-19-Impfungen sind indiziert zu einer aktiven Immunisierung. Heute, topaktuell: Wer sich mit Johnson & Johnson hat impfen lassen, der soll sich so verhalten, als sei er nicht geimpft, weil der Impfschutz nach sieben Monaten nur noch 13 % beträgt. 13 %!

(Unruhe)

Ist das noch ein wirksamer Impfstoff, Herr Söder und Herr Kreuzer?

(Unruhe)

Von der versprochenen Schutzwirkung der Impfstoffe ist also nicht mehr viel da. Sie verarschen die Bürger und hetzen sie gegeneinander auf. So schaut es aus. War Ihnen vielleicht schon früher bekannt, Herr Söder, dass der Impfstoff durchschnittlich nur fünf Monate hält? – Das ist doch kein Impfschutz, meine Damen und Herren, das ist eine Gelddruckmaschine der Pharmaindustrie, und Sie sind der Lobbyist. Mehr sog i ned! Impfen lohnt sich immer? – Und da machen Sie sogar noch Werbung hier herin? Laut einer Harvard-Studie gibt es nicht einmal einen Zusammenhang der Impfstoffe mit den Infektionszahlen.

(Anhaltende Unruhe)

Trotz vollständiger Impfung sterben zahlreiche Senioren und Personen mit Vorerkrankungen, aber auch Kinder und Jugendliche. Erst kürzlich ist wieder ein 15-jähriges Madl gestorben, kurz nach der Impfung. Sind das keine Opfer, die Sie beklagen sollten? – Wieso verschweigen Sie diese Impfopfer? Warum werden kritische Studien und Wissenschaftler nicht zur Kenntnis genommen? Genau das fördert nämlich die Skepsis der Bürger, die Sie immer kritisieren. Sie nehmen doch die Bürger einfach nicht ernst, Herr Söder, das ist doch Ihr Problem.

Nicht einmal die freie Wahl des Impfstoffes wollen Sie den Bürgern überlassen. Wo sind denn die Totimpfstoffe, mit denen sich vielleicht so mancher Impfkritiker der mRNA-Impfstoffe impfen lassen würde? – Laut einer Antwort des Gesundheitsministeriums, die ich heute bekommen habe, hat die Staatsregierung solche Impfstoffe nicht vorbestellt, obwohl manche bereits eingesetzt werden und viele kurz vor der Zulassung stehen. Insgesamt sind zwanzig solcher Impfstoffe entwickelt worden. Schlechter können die doch auch nicht sein. Stattdessen wollen Sie die Verweigerer und die Ungeimpften isolieren und ausgrenzen. Mit Ihrer Angst- und Panikmache verlieren Sie den letzten Funken an Glaubwürdigkeit.

Sie argumentieren mit der zunehmenden Belegung der Intensivbetten. Die Anzahl der Intensivbetten wurde in den letzten Jahren in Bayern und im Bund ständig reduziert.

Hier handelt es sich um einen Systemfehler, der schon vor Corona bestand, wie die Spitzenvertreter der Pflege jetzt bestätigen. Warum hat denn die Bayerische Staatsregierung nicht rechtzeitig für mehr Pflegepersonal in den Krankenhäusern gesorgt? Wo ist die Solidarität der Pharmaindustrie? Die haben doch mit uns Milliarden verdient. Die Aktienkurse steigen, aber haben die eine einzige Pflegekraft bezahlt oder ein Krankenhaus gebaut? Glauben Sie denn, mit einer Impfpflicht kommt das Pflegepersonal wieder lustig zurück ins Krankenhaus? Wer das Pflegepersonal nicht angemessen wertschätzt, der braucht sich nicht wundern, wenn es in Scharen davonläuft.

Durch die ständig wiederkehrenden Lockdowns und die Schikanen werden die Menschen zermürbt und ihrer Lebensfreude beraubt. Wahnsinn ist es, wenn man immer das Gleiche macht und hofft, dass sich dann etwas ändert. Das gilt für diese Regierung ganz besonders. Wir lehnen die Impfpflicht ab!

(Unruhe)

Wir lehnen die Impfpflicht ab, und die EU sieht das genauso. Niemand ohne Impfung darf diskriminiert werden.

(Unruhe)

– Ich habe noch nie überzogen. – Die EU-Resolution – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ralf Stadler (AfD): Die EU-Resolution 2361 beschäftigt sich mit dem Einsatz von COVID-19-Impfstoffen.

(Anhaltende Unruhe)

Die Staaten wollen sicherstellen, dass niemand diskriminiert wird, weil er aufgrund von möglichen – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit ist zu Ende. Danke, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem der Redner das Redepult verlassen hat, stelle ich fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Die Aussprache ist geschlossen. Ich lasse jetzt noch über die mitzuberatenden Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER betreffend "Coronapandemie: Feststellung der Epidemischen Notlage in Bayern, entschlossener Kampf gegen die vierte Welle" auf Drucksache 18/19065 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das ist die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) (Anm.: und der Abg. Baumgärtner (CSU)). Bitte Stimmenthaltungen anzeigen! – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Nun lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Der Klinikkollaps ist da: Jetzt um Amtshilfe der Bundeswehr ersuchen!" auf Drucksache 18/19066 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Situation in den Kliniken verbessern – Bundeswehr-Rettungszentrum einsetzen und Rückkehrprämie zahlen" auf Drucksache 18/19067 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zu-

stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Bitte Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD, die GRÜNEN und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nunmehr lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Dramatische Coronasituation in Bayern: Impfungen entschieden vorantreiben – Soziale Teilhabe von Kindern sicherstellen – Bayerische Wirtschaftshilfen auflegen" auf Drucksache 18/19068 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Bitte Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) (Anm.: und der Abg. Fischbach (FDP)). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Corona entschlossen bekämpfen – Instrumente des IfSG ausschöpfen" auf Drucksache 18/19069 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte Gegenstimmen anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, weise ich darauf hin, dass nach dem Tagesordnungspunkt 3, der Abstimmung über die Antragsliste, zwei Wahlen stattfinden, und zwar die Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums und im Anschluss daran die Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags. Beide Wahlen finden mit Namenskarte und Stimmzettel statt. Ihre Stimmkartentasche befindet sich in Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentaschen vor den Wahlen dort abzuholen. Ich danke Ihnen.